



Monatsbericht des BMF Oktober 2003

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003	26
Termine	28
Analysen und Berichte	31
Subventionsbericht der Bundesregierung – Fortsetzung des Subventionsabbaus	33
Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003	39
Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland	49
Internationale Bundeswehreinsätze in 2003 und ihre Berücksichtigung im Bundeshaushalt	57
Kurs: Marktwirtschaft – Russland im Wandel	65
Konsultationen mit ausgewählten Beitrittsländern im Vorfeld der EU-Osterweiterung	71
Statistiken und Dokumentationen	79
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
http://www.bundesfinanzministerium.de
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser.

die Bundesregierung steht gemeinsam mit den Ländern vor der Herausforderung, die zentralen Probleme unseres Landes zu lösen: Wir brauchen mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und Reformen, die die sozialen Sicherungssysteme auf ein langfristig tragfähiges Fundament stellen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass der Staat nicht alles leisten kann. Die demografische Entwicklung einerseits und die schlechte Wirtschaftslage andererseits haben zu massivem Druck auf die sozialen Sicherungssysteme geführt. Darum brauchen wir jetzt den Mut zu Reformen, die Eigenverantwortung mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit verbinden. Der Begriff Reformstau muss endgültig der Vergangenheit angehören.

Mit dem Modernisierungsprogramm der Bundesregierung gehen wir entschlossen den Weg zu einer Erneuerung Deutschlands. Strukturreformen für mehr Wachstum und Beschäftigung damit wollen wir mehr wirtschaftliche Effizienz und Wohlstand verwirklichen, ohne dabei soziale Gerechtigkeit oder ökologische Nachhaltigkeit zu vernachlässigen. Die Reformen am Arbeitsmarkt werden die Anreize zur Aufnahme von Arbeit stärken und die Erwerbstätigenquote älterer Arbeitnehmer erhöhen. Mit den Hartz-Reformen werden die Weichen für eine umfassende Modernisierung des Arbeitsmarktes gestellt. Zugleich tragen wir mit den Reformen des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung zur Senkung der Lohnnebenkosten bei. Auch dies wird sich positiv auf die Nachfrage nach Arbeit auswirken.

Die strukturellen Reformen brauchen Zeit, sie wirken nicht von heute auf morgen. Angesichts des uns begleitenden demografischen Wandels können die gegenwärtigen Reformschritte auch nicht abschließend sein. Aber wir haben damit



klar das Ziel und die Richtung unserer Politik vorgegeben. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu erhalten und zu verbessern, muss die Belastung des Faktors Arbeit mit Abgaben weiter gesenkt werden.

Das zweite große Reformfeld ist die weitere Konsolidierung und Umstrukturierung des Bundeshaushalts unter den gegebenen schwierigen Rahmenbedingungen. Hier müssen wir den Balanceakt meistern, konjunkturell angemessen zu handeln und gleichzeitig den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortzusetzen. Selbst wenn wir im laufenden Jahr wegen der Mehrbelastungen auf dem Arbeitsmarkt nicht um einen Nachtragshaushalt herumkommen, wird mit Blick auf die übrigen Ausgabenfelder klar, dass eine nachhaltige Ausgabenbegrenzung sehr wohl möglich ist. Zudem führt die gegenwärtige Struktur der Ausgaben des Bundeshaushalts uns deutlich vor Augen, dass es zu einer Politik der Begrenzung konsumtiver Ausgaben und Subventionen keine Alternative gibt. Der Anteil der Ausgaben für Rente, Arbeitsmarkt und sonstige soziale Leistungen ist in den letzten 40 Jahren von ca. 22 % auf rd. 47 % der Gesamtausgaben angestiegen, der Anteil der Zinsausgaben von nur 1,6 % auf rd. 15 %. Diese Entwicklung ist extrem ungleichgewichtig und zeigt, dass jede gestaltende Finanzpolitik zum Scheitern verurteilt ist, wenn es nicht gelingt, die Neuverschuldung nachhaltig zu begrenzen und vor allen Dingen die Ausgaben für soziale Sicherung in den Griff zu bekommen. Deshalb haben wir alle Ausgabenbereiche auf den Prüfstand gestellt und mit dem

Bundeshaushalt 2004 weit reichende Vorschläge mit zum Teil auch unpopulären Konsolidierungsmaßnahmen gemacht. Würden wir auf diese Eingriffe verzichten, wären höhere Steuern oder Einsparungen in zentralen zukunftsorientierten Bereichen wie Bildung oder Forschung die Folge. Dies kann nicht in unserem Interesse sein. Darum müssen wir die Chance ergreifen, jetzt Reformen umzusetzen, die sich in nachhaltiger Einsparung und Strukturverbesserung niederschlagen.

Das dritte Element unseres Modernisierungsprogramms berücksichtigt die konjunkturellen
Erfordernisse einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Auf der Basis der strukturellen Reformen
in den Sozialsystemen und der Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten
ergreifen wir schnell wirksame Maßnahmen zur
Stärkung der Wachstumskräfte. Mit dem Vorziehen der dritten Steuerreformstufe von 2005 auf
das Jahr 2004 geben wir Bürgern und Unternehmen mehr Spielräume, damit sie ihre Konsumwünsche und Investitionsplanungen schneller
realisieren können. Das hilft dem Anspringen der

Konjunktur und verbessert zugleich die wirtschaftliche Grundlage für kräftiges Wachstum und erfolgreiche Konsolidierung.

Strukturreformen, Konsolidierung und das Stärken der Wachstumskräfte – das sind die Eckpunkte unserer ambitionierten Strategie zur Erneuerung Deutschlands. Die Bereitschaft der Bürger zu Veränderungen ist durchaus vorhanden, wenn deutlich wird, dass wir Deutschland fit für die Zukunft machen. Je mutiger und entschlossener wir den manchmal auch unbequemen Reformpfad beschreiten, umso besser wird es uns gelingen, Wohlstand und Gerechtigkeit in unserem Land auch für die kommenden Generationen zu sichern.

Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Volhi Halsh

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003	26
Termine	28

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen mit 200,6 Mrd. € knapp 9,1 Mrd. € (4,7 %) über dem Vorjahresergebnis. Die auch im September angespannte wirtschaftliche Lage belastete den Bundeshaushalt mit weiterhin hohen Ausgaben für die soziale Sicherung (+ 6,7 Mrd. € / + 7,4 %). Die Ausgabenentwicklung für die übrigen Aufgabenfelder –

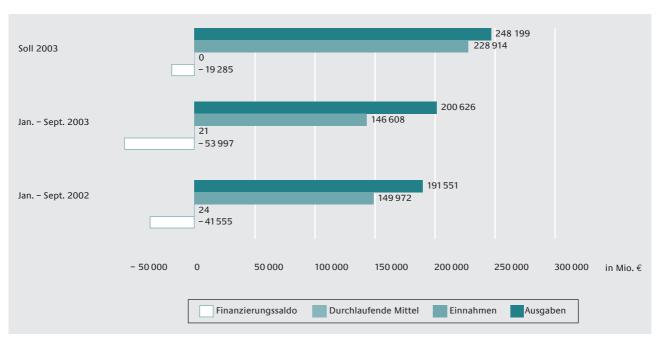
lässt man die Leistungen des Bundes an den "Fonds Aufbauhilfe" mit rd. 2,6 Mrd. € außer Betracht – verläuft in etwa auf Vorjahresniveau.

Bis einschließlich September nahm der Bund 146,6 Mrd. € ein (-3,4 Mrd. € / -2,2 %). Hierbei entfielen 129,2 Mrd. € auf die Steuereinnahmen des Bundes. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahresergebnis um 0,6 Mrd. €

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2003	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis September 2003
Ausgaben (Mrd. €)	248,2	200,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,4	4,7
Einnahmen (Mrd. €)	228,9	146,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,7	- 2,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	203,3	129,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,9	- 0,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,3	- 54,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 35,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,4	- 0,4
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €) ¹ Buchungsergebnisse.	- 18,9	- 18,1

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



oder −0,5 %. Die Verwaltungseinnahmen in Höhe von 17,4 Mrd. € gingen im Vorjahresvergleich um 2,8 Mrd. € zurück. Ursächlich hierfür ist der im Jahresvergleich nicht regelmäßige Einnahmeverlauf.

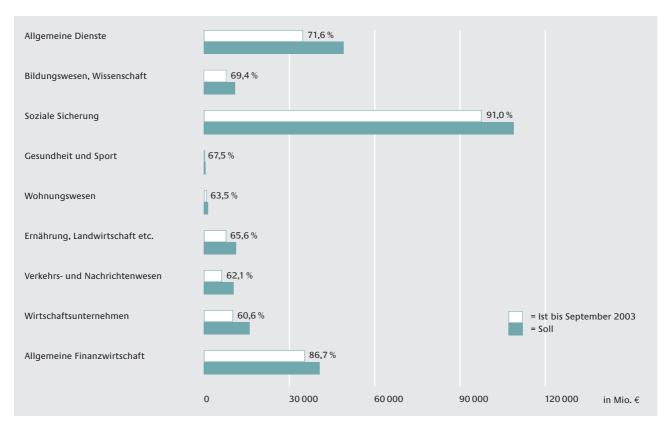
Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von − 54,0 Mrd. €. Angesichts der den Bundeshaushalt

weiterhin erheblich belastenden Faktoren der bisherigen wirtschaftlichen Stagnation wie hohe Arbeitslosigkeit und verminderte Steuereinnahmen wird die im Haushaltsplan vorgesehene Nettokreditaufnahme von 18,9 Mrd. € deutlich überschritten. Der erforderliche Nachtragshaushalt wird diese unerwartet negative konjunkturelle Entwicklung berücksichtigen.

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2003	Januar bis Se	Ist 2003 ptember	Januar bis Se	lst 2002 ptember	Verär derun ggi
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Vorjah in S
Allgemeine Dienste	48 520	34 753	17,3	34 679	18,1	0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 695	2 613	1,3	2 558	1,3	2,
Verteidigung	28 337	20 507	10,2	20 421	10,7	0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 503	6 026	3,0	6 185	3,2	- 2
Finanzverwaltung	3 008	2 209	1,1	2 184	1,1	1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 343	7 869	3,9	7 725	4,0	1,
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 060	750	0,4	707	0,4	6
BAföG	850	748	0,4	687	0.4	8
Forschung und Entwicklung	6 832	4 762	2,4	4 789	2,5	- 0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben,						
Wiedergutmachungen	107 325	97 614	48,7	90 896	47,5	7
Sozialversicherung	74 694	61 158	30,5	57 290	29,9	6
Arbeitslosenversicherung	0	8 073	4,0	6 774	3,5	19
Arbeitslosenhilfe	12 300	12 308	6,1	10 789	5,6	14
Wohngeld	2 650	2 169	1,1	1 689	0,9	28
Erziehungsgeld	3 270	2 383	1,2	2 493	1,3	- 4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 623	2 958	1,5	3 064	1,6	- 3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 037	700	0,3	689	0,4	1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 913	1 214	0,6	1 457	0,8	- 16
Wohnungswesen	1 413	976	0,5	1 193	0,6	- 18
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und						
Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	11 513	7 557	3,8	5 488	2,9	37
Regionale Förderungsmaßnahmen	4 607	3 444	1,7	940	0,5	266
Kohlenbergbau	2 559	2 320	1,2	2 490	1,3	- 6
Gewährleistungen	2 000	727	0,4	830	0,4	- 12
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 291	6 393	3,2	6 345	3,3	0
Straßen (ohne GVFG)	5 562	3 559	1,8	3 520	1,8	1
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 303	9 879	4,9	10 268	5,4	- 3
Postbeamtenversorgungskasse	5 300	3 143	1,6	3 363	1,8	- 6
Bundeseisenbahnvermögen	5 769	3 861	1,9	4 142	2,2	- 6
Deutsche Bahn AG	4 3 3 9	2 315	1,2	1 940	1,0	19
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 955	34 645	17,3	34 003	17,8	1
Fonds "Deutsche Einheit"	2 268	1 701	0,8	1 845	1,0	- 7
Zinsausgaben	37 885	32 579	16,2	31 672	16,5	2
Ausgaben zusammen	248 199	200 626	100.0	191 551	100.0	4

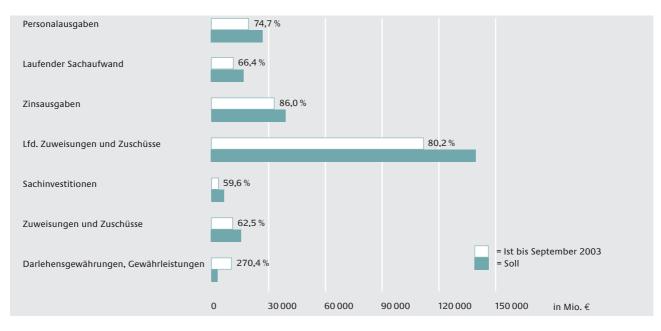
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis September 2003



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	C=II 2002		I++ 2002		I++ 2002		
	Soll 2003	Januar bis	Ist 2003	lanuar bis	Ist 2002 September		Verä Ierun
		Januar Dis	Anteil	Januar Dis	Anteil	qeqe	
	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €	in %	Vorjah	
Consumtive Ausgaben	222 298	176 633	88,0	170 610	89,1		3
Personalausgaben	27 078	20 235	10,1	19 927	10,4		1
Aktivbezüge	20 515	15 245	7,6	15 022	7,8		1
Versorgung	6 563	4 990	2,5	4 905	2,6		
Laufender Sachaufwand	17 323	11 498	5,7	11 384	5,9		
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 518	1 010	0,5	1 019	0,5	-	(
Militärische Beschaffungen	8 059	5 276	2,6	5 405	2,8	-	2
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 747	5 212	2,6	4 960	2,6		
Zinsausgaben	37 885	32 579	16,2	31 672	16,5		2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	139 611	112 037	55,8	107 111	55,9		
an Verwaltungen	15 521	11 333	5,6	10 567	5,5		
an andere Bereiche darunter	124 090	100 652	50,2	96 512	50,4		4
Unternehmen	16 180	11 171	5,6	11 682	6,1	-	4
Renten, Unterstützungen u.a.	19 521	17 917	8,9	16 738	8,7		
Sozialversicherungen	84 577	68 844	34,3	65 232	34,1		
Sonstige Vermögensübertragungen	400	283	0,1	516	0,3	-	4
nvestive Ausgaben	26 661	23 992	12,0	20 941	10,9		14
Finanzierungshilfen	19 821	19 916	9,9	16 846	8,8		18
Zuweisungen und Zuschüsse	15 717	9 821	4,9	7 861	4,1		24
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 554	9 609	4,8	8 451	4,4		1.
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	551	486	0,2	534	0,3	_	
Sachinvestitionen	6 840	4 076	2,0	4 095	2,1	-	(
Baumaßnahmen	5 301	3 341	1,7	3 310	1,7		(
Erwerb von beweglichen Sachen	981	444	0,2	508	0,3	-	12
Grunderwerb	557	292	0,1	277	0,1		
lobalansätze	- 760	0		0			
usgaben insgesamt	248 199	200 626	100,0	191 551	100,0		4

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis September 2003



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart							.,
	Soll 2003	Januar bis !	Ist 2003	lanuar bic	Ist 2002 September		-Verän derung
		Januar Dis .	Anteil	Januar Dis	Anteil		enüber
	Mio. €	Mio. €	in %	Mio. €	in %		hr in %
I. Steuern	203 295	129 175	88,1	129 769	86,5	-	0,5
Bundesanteile an:	149 386	98 704	67,3	99 306	66,2	-	0,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer							
(einschließlich Zinsabschlag)	76 833	48 135	32,8	48 463	32,3	-	0,7
davon:							
Lohnsteuer	61 045	38 758	26,4	38 285	25,5		1,2
veranlagte Einkommensteuer	2 256	55	0,0	1 277	0,9	-	95,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 450	4 157	2,8	6 105	4,1	-	31,9
Zinsabschlag	3 782	2 743	1,9	2 961	2,0	-	7,4
Körperschaftsteuer	3 300	2 422	1,7	- 165	- 0,1		1 567,9
Umsatzsteuer	50 915	34 958	23,8	36 099	24,1	-	3,2
Einfuhrumsatzsteuer	19 514	14 292	9,7	13 844	9,2		3,2
Gewerbesteuerumlage	2 124	1 319	0,9	900	0,6		46,6
Mineralölsteuer	45 420	26 226	17,9	25 974	17,3		1,0
Tabaksteuer	14 200	9 299	6,3	8 725	5,8		6,6
Solidaritätszuschlag	11 170	7 418	5,1	7 524	5,0	-	1,4
Versicherungsteuer	8 400	7 317	5,0	7 056	4,7		3,7
Stromsteuer	5 900	4 604	3,1	3 457	2,3		33,2
Branntweinsteuer	2 100	1 370	0,9	1 308	0,9		4,7
Kaffeesteuer	1 050	692	0,5	760	0,5	-	8,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 570	-11 549	- 7,9	- 11 610	- 7,7	-	0,5
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 400	-10 061	- 6,9	- 7 962	- 5,3		26,4
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 846	- 5 135	- 3,5	- 5 059	- 3,4		1,5
II. Sonstige Einnahmen	25 619	17 433	11,9	20 203	13,5	-	13,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 143	3 964	2,7	3 966	2,6	-	0,1
Zinseinnahmen	1 273	996	0,7	678	0,5		46,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	9 437	3 972	2,7	8 974	6,0	-	55,7
Einnahmen zusammen	228 914	146 608	100,0	149 972	100,0	-	2,2

Steuereinnahmen im September 2003

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im September 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 2,8 % gestiegen. Dabei blieben die gemeinschaftlichen Steuern gegenüber dem Vorjahresmonat nahezu konstant (+ 0,5 %), die reinen Bundessteuern stiegen deutlich um + 13,3 % und die reinen Ländersteuern um + 5,5 %.

Die kumulierte Veränderungsrate Januar bis September 2003 der Steuereinnahmen weist eine Zunahme von + 0,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf und dreht somit nach einem Minus im August zurück ins Plus.

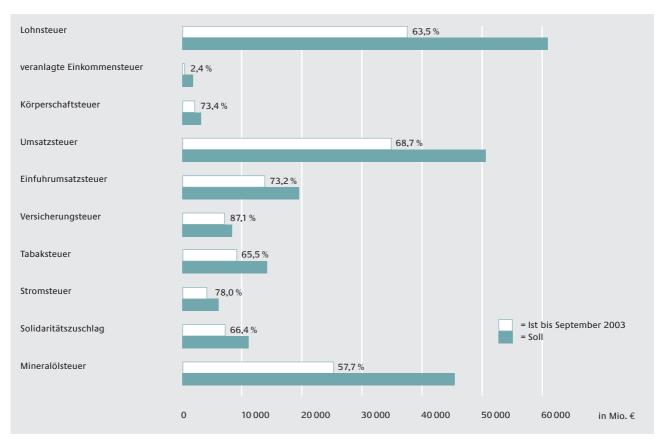
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im September 2003 um + 3,6 %. Kumuliert liegen die Steuereinnahmen des Bundes um – 0,5 % unter dem Vorjahreswert.

Die Lohnsteuereinnahmen haben sich im September 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat mit + 0,9 % wieder etwas verbessert, werden aber nach wie vor von der angespannten Arbeitsmarktlage beeinträchtigt.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer lag im September 2003 um – 1,8 % unter dem Vorjahresergebnis.

Der Aufwärtstrend bei der Körperschaftsteuer hat sich im September bestätigt, die Einnahmen haben sich deutlich erholt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Aufkommen um + 16,3 % bzw. rd. 430 Mio. € gestiegen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis September 2003



Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat – 4,1 %. Dieser im Vergleich zu den Vormonaten (in denen Rückgänge von 30 % bis 40 % zu verzeichnen waren) relativ moderate Rückgang ergab sich aufgrund eines sehr positiven Sondereffekts in einem Bundesland.

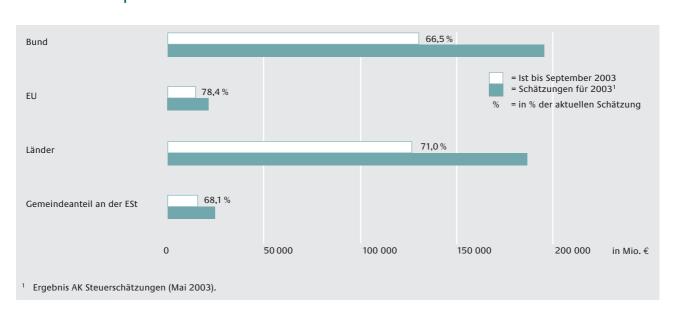
Der Rückgang beim Zinsabschlag setzte sich mit – 17,1 % fort. Eine Hauptursache ist das kontinuierlich sinkende durchschnittliche Zinsniveau der Geldanlagen.

Bei den Steuern vom Umsatz wurde mit einem Rückgang in Höhe von – 1,6 % die schwache Entwicklung des Vormonats fortgesetzt. Dabei blieb die Einfuhrumsatzsteuer konstant und die Umsatzsteuer reduzierte sich um – 2,1 %. Eine Ursache für diesen Rückgang dürfte die – die Kauflust dämpfende – heiße Witterung im Juli und August sein, deren Auswirkungen sich mit Zeitverzögerung im Aufkommen des Septembers niederschlugen.

Die reinen Bundessteuern entwickelten sich mit einem Plus von 13,3 % positiv. Das ist zu einem erheblichen Teil auf kassentechnische Effekte zurückzuführen. So stieg die Tabaksteuer im September um + 71,4 % (im Vormonat wurde ein Minus von – 56,2 % verzeichnet). Der Anstieg der Branntweinsteuer betrug + 47,1 % und der der Stromsteuer + 77,8 %. Die Mineralölsteuer wies einem Zuwachs von + 1,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat auf, der Solidaritätszuschlag stieg um + 2,0 % und die Versicherungsteuer um + 1,8 %.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern stieg um + 5,5 %. Lediglich die Biersteuer (– 5,8 %) ging zurück. Bei der Grunderwerbsteuer ist mit + 7,3 % erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen, nachdem das Aufkommen in den vorangegangenen Monaten deutlich rückläufig war. Positiv entwickelten sich auch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer (+ 12,2 %), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 1,2 %) sowie der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 3,4 %).

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis September 2003



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

	September	Verän- derung gegenüber Vorjahr	Januar bis September	derung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2003	Verän- derung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 636	0,9	94 409	1,2	136 000	2,9
veranlagte Einkommensteuer	5 795	- 1,8	130	- 95.7	5 200	- 31,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	423	- 4,1	8 314	- 31,9	10 830	- 22,8
Zinsabschlag	318	- 17,1	6 234	- 7,4	8 050	- 5,0
Körperschaftsteuer	3 081	16,3	4 844		8 640	
Steuern vom Umsatz	11 097	- 1,6	101 218	- 1,0	138 600	0,3
Gewerbesteuerumlage	1	- 65,1	2 658	34,1	4 792	24,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	0	- 82,0	1 127	16,3	1 957	3,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 353	0,5	218 934	- 0,5	314 069	1,6
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 643	1,4	26 226	1,0	44 100	4,5
Tabaksteuer	1 166	71,4	9 299	6,6	14 600	6,0
Branntweinsteuer	158	47,1	1 370	4,7	2 150	0,0
Versicherungsteuer	371	1,8	7 317	3,7	8 750	5,1
Stromsteuer	493	77,8	4 604	33,2	6 300	23,6
Solidaritätszuschlag	1 114	2,0	7 423	- 1,3	10 400	0,0
sonstige Bundessteuern	100	- 5,7	980	- 6,6	1 475	- 30,7
Bundessteuern insgesamt	7 045	13,3	57 220	3,9	87 775	5,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	307	12,2	2 492	10,6	3 150	4,3
Grunderwerbsteuer	402	7,3	3 647	- 0,3	4 905	3,0
Kraftfahrzeugsteuer	551	1,2	5 752	- 4,2	7 375	- 2,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	139	3,4	1 388	0,2	1 898	2,9
Biersteuer	70	- 5,8	601	- 2,9	800	- 1,4
sonstige Ländersteuern	26	65,9	458	5,0	505	- 7,3
Ländersteuern insgesamt	1 495	5,5	14 337	- 0,1	18 633	0,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	267	7,3	2 109	- 1,9	2 850	- 1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	490	4,9	4 413	4,5	5 900	14,7
BSP-Eigenmittel	1 118	27,2	10 061	26,4	12 400	17,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 875	17,6	16 583	15,7	21 150	14,0
Bund ³	17 930	3,6	130 471	- 0,5	196 107	2,1
Länder ³	16 771	1,0	128 515	- 0,2	181 047	1,4
EU	1 875	17,6	16 583	15,7	21 150	14,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 583	- 0,6	17 030	- 2,0	25 024	0,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 160	2,8	292 600	0,3	423 328	2,3

Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

⁴ Bereinigtes Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2003.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Nach dem deutlichen Zinsanstieg seit Mitte Juni sind die Renditen der europäischen Staatsanleihen im September zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe ermäßigte sich im August um 16 Basispunkte von 4,17 % (Ende August) auf 4,01 % (Ende September). Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende September kaum verändert bei 2,13 Basispunkten. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni dieses Jahres die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Min-

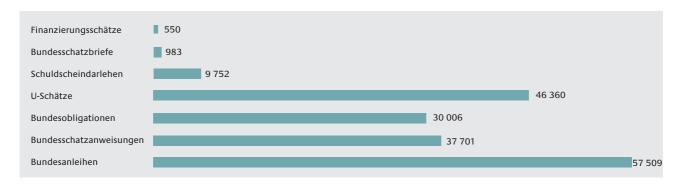
destbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im September nach. Der Deutsche Aktienindex ging im September von 3 485 Punkten auf 3 257 Punkte zurück (–6,5%). Der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 ermäßigte sich von 2 557 Punkten auf 2 396 Punkte (–6,3%)

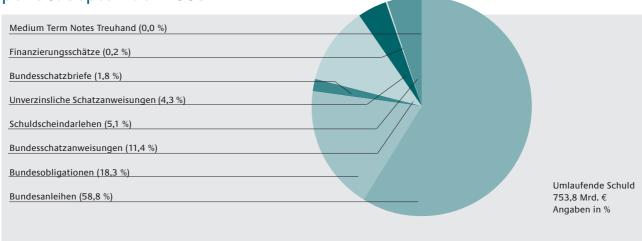
Monetäre Entwicklung

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von Juni bis August 2003 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 8,4 % leicht gefallen (Dreimonatsdurchschnitt Mai bis Juli 2003: 8,5 %; Referenzwert: 4 ½ %).

Kreditaufnahme des Bundes im September 2003 in Mio. €







Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor ist im Euroraum im Juli mit 5,5 % gegenüber dem Vormonat gleich geblieben. In Deutschland lag die vorgenannte Wachstumsrate mit 2,0 % leicht unter dem Vormonatswert.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten neun Monaten dieses Jahres 174,2 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 182,9 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. 12. 2002 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. 09. 2003 um 3,3 % auf 753,8 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im vierten Quartal 2003 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner

Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2003

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesobligation ("Bobl") ISIN DE0001141430 WKN 114 143	Neuemission	08. Oktober 2003	5 Jahre fällig 10. Oktober 2008 Zinslaufbeginn: 10. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 10. Oktober 2004	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ("Bubill") ISIN DE0001114601 WKN 111 460	Neuemission	13. Oktober 2003	6 Monate fällig 21. April 2004	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ("Schatz") ISIN DE0001137032 WKN 113 703	Aufstockung	22. Oktober 2003	2 Jahre fällig 16. September 2005 Zinslaufbeginn: 16. September 2003 Erster Zinstermin: 16. September 2004	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ("Bund") ISIN DE0001135242 WKN 113 524	Neuemission	29. Oktober 2003	10 Jahre fällig 04. Januar 2014 Zinslaufbeginn: 31. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 04. Januar 2004	ca. 8 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ("Bubill") ISIN DE0001114619 WKN 111 461	Neuemission	10. November 2003	6 Monate fällig 12. Mai 2004	ca. 6 Mrd. €
Bundesobligation ("Bobl") ISIN DE0001141430 WKN 114 143	Aufstockung	12. November 2003	5 Jahre fällig 10. Oktober 2008 Zinslaufbeginn: 10. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 10. Oktober 2004	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ("Bubill") ISIN DE0001114627 WKN 111 462	Neuemission	8. Dezember 2003	6 Monate fällig 16. Juni 2004	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ("Schatz") ISIN DE0001137040 WKN 113 704	Neuemission	10. Dezember 2003	2 Jahre fällig 16. Dezember 2005 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2003 Erster Zinstermin: 16. Dezember 2004	ca. 7 Mrd. €
			Viertes Quartal 2003 insgesamt	ca. 52 Mrd €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschl. Absatz aus der Daueremission.

Sondervermögen die in der Tabelle auf S. 20 dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das erste Quartal 2004 wird in der dritten Dekade Dezember 2003 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds "Deutsche Einheit" (FDE) und ERP belaufen sich im vierten Quartal 2003 auf insgesamt rund 41,2 Mrd. € (darunter 0,1 Mrd. € für die Sondervermögen) – Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im vierten Quartal 2003 auf insgesamt rund 4,3 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen im vierten Quartal 2003 (in Mrd. €)

Tilgungen

Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
-	-	-	-
-	6,0	-	6,0
-	-	10,0	10,0
4,8	4,9	4,5	14,3
1,2	0,1	0,1	1,3
0,1	0,1	0,1	0,2
2,6	-	-	2,6
-	5,1	-	5,1
0,0	-	-	0,0
-	-	-	-
0,6	0,7	0,3	1,6
0,0	-	-	0,0
9,3	16,9	15,0	41,2
	- - - 4,8 1,2 0,1 2,6 - 0,0 - 0,6		

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	1,6	1,6	1,1	4,3

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Bereits seit dem Frühjahr signalisierten verschiedene Stimmungsindikatoren eine bevorstehende konjunkturelle Belebung. In den Sommermonaten dieses Jahres zeigten nun auch wichtige "harte" Wirtschaftsdaten erste leichte Aufwärtsbewegungen. An der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte dürfte sich jedoch zunächst wenig ändern. Aufgrund der hartnäckig hohen Arbeitslosigkeit und der nach wie vor auf vergleichsweise niedrigem Niveau verlaufenden Wirtschaftsaktivitäten ergeben sich im Jahr 2003 erhebliche zusätzliche Belastungen für die Staatsfinanzen.

In der Industrie hat sich im Juli/August die Produktions- und Absatztätigkeit spürbar belebt. Die Umsätze erhöhten sich gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt um 1,7 %. Dabei legten die Exportumsätze überdurchschnittlich zu. Allerdings bewegten sich sowohl die Umsatzzahlen als auch der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex nur wenig über ihrem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Die Chancen für eine Fortsetzung der leichten konjunkturellen Belebung in der Industrie stehen aber nicht schlecht:

- Erstens hat sich die Auftragslage etwas gebessert; der Wert der neu hereingekommenen Bestellungen hat sich im Juli/August gegenüber Mai/Juni saisonbereinigt um 1,1 % erhöht. Dabei resultierte der Zuwachs ausschließlich aus der gestiegenen Auslandsnachfrage, während die inländische Auftragsvergabe stagnierte. Der vorjährige Wertumfang der Aufträge wurde aber im Juli/August 2003 noch nicht wieder ganz erreicht.
- Zweitens hat sich die Stimmung in den Industrieunternehmen weiter deutlich verbessert.
 Nach dem ifo-Konjunkturtest vom September erwärmte sich das Geschäftsklima im west-

deutschen Verarbeitenden Gewerbe zum fünften Mal in Folge. Ausschlaggebend waren einmal mehr die verbesserten Geschäftserwartungen, bei denen inzwischen eine deutliche Mehrheit der befragten Unternehmen optimistisch in die Zukunft blickt. Auch der Reuters-Einkaufsmanager-Index, der – anders als das ifo-Geschäftsklima – erst am Monatsende erhoben wird, hat sich im September unerwartet stark verbessert. Er liegt damit erstmals seit Juli 2002 wieder in einem Bereich, in dem eine wirtschaftliche Expansion zu erwarten ist.

Der deutsche Export beginnt – nach dem bekannten Muster – wieder die Rolle des Konjunkturmotors einzunehmen, obwohl der starke Euro dämpfend wirkt. Der Wert der Warenexporte erhöhte sich im Juli/August saisonbereinigt um 2,0 %, wobei in diesem Fall das vergleichbare Vorjahresniveau bereits wieder leicht übertroffen wurde (+0,7 %).

Im Gegensatz dazu verläuft die Binnenkonjunktur, die für die öffentlichen Haushalte von entscheidender Bedeutung ist, noch recht gedämpft. Für das Bauhauptgewerbe, dessen Umsatzzahlen erst bis Juli vorliegen, deutet der Produktionsindex bis August zumindest auf eine Stabilisierung der Wirtschaftsaktivitäten hin, wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau. Auch die Baunachfrage blieb bis Juli schwach; die Aufträge lagen deutlich unter ihrem Vorjahresstand. Der Einzelhandelsumsatz (einschließlich Kfz-Handel und Tankstelle), der nach wie vor ein wichtiger Indikator für den Privaten Konsum und damit für die gesamte Binnenkonjunktur darstellt, hat sich angesichts des sehr heißen Sommers besser behauptet, als vielfach befürchtet worden war. Im Juli/August blieben die saisonbereinigten Verkaufsziffern gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum annähernd stabil, womit sie ihr Vorjahresniveau nur knapp verfehlten.

Die Lage am Arbeitsmarkt ist weiterhin durch die anhaltend schwache Konjunktur geprägt. Die jüngsten Erholungstendenzen müssen sich erst

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

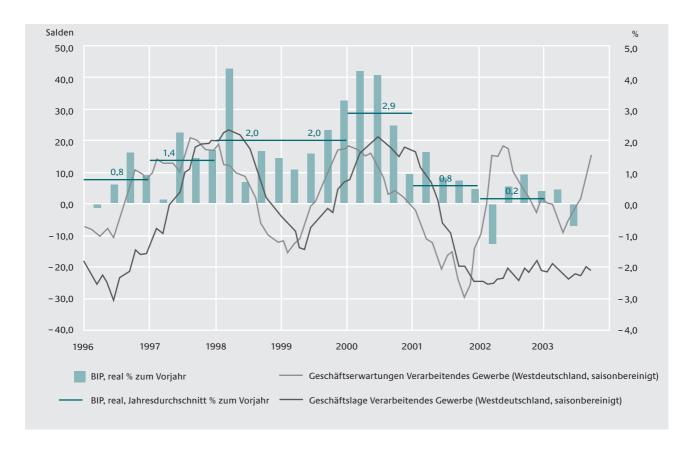
Gesamtwirtschaft/	2002				Veränderung in	% gegenüber			
Einkommen	2002	ggü. Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt		Vorjahresperiode				
	Mrd. €	%	4.Q.02 1.Q.03 2.Q.03		4.Q.02 1.Q.03		2.Q.03		
Bruttoinlandsprodukt	1.000					. 0.4	0.0		
- real - nominal	1 990 2 110	+ 0,2	-0,0	-0,2	- 0,1	+ 0,3 + 1,3	+ 0,4 + 1,2	-0,6	
Einkommen		+ 1,8	+0,0 +0,2 +0,1		T 1,3	+ 1,∠	+0,4		
- Volkseinkommen	1 572	+ 1,9	-0,5 -1,0		+0,3	+ 1,8	+0,3	- 1,0	
- Arbeitnehmerentgelt	1 130	+ 0,8	-0,3	+0,2	-0,2	+0,3	+ 0,5	-0,0	
- Unternehmens- und								·	
Vermögenseink. – Verfügbare Einkommen	441	+4,8	-0,8 -4,1 +1,		+ 1,5	+ 7,2	+7,2 -0,2		
der privaten Haushalte	1 365	+ 0,5	+0,2	+0,9	+ 0,1	+ 0,5	+2,3	+ 1,5	
– Bruttolöhne u. Gehälter	910	+ 0,7	-0,3	+0,2	-0,5	+0,2	+0,2	-0,4	
- Sparen d. priv. Haush.	146	+3,8	+ 1,8	+2,3	- 1,8	+ 5,7	+8,2	+4,0	
Umsätze/ Auftragseingänge	2002		Vorne	eriode saisonber	Veränderung in 9		orjahresperiod	۵.	
Autragseringarige			Voipe	silode saisolibei	2-	v	organiespenou	2-	
	Mrd. €				Monats-		Monats-		
	bzw.	ggü. Vorj.			durch-			durch-	
(nominal)	Index	%	Jul 03	Aug 03	schnitt	Jul 03	Aug 03	schnitt	
Umsätze									
(1995 bzw. 2000 = 100)									
- Industrie (Mrd. €)	1 330	- 1,2	+ 3,6	-3,3	+ 1,7	+ 2,21	- 1,9 ¹	+ 0,11	
– Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	7,2	- 5,9	+3,3	•	-3,0	-3,5	•	- 5,6	
- Einzelhandel	100,1	- 1,2	- 1,8	+ 1,6	- 0,1	- 1,0 ¹	+0,41	-0,3 ¹	
(mit Kfz. und Tankstellen) – Großhandel (ohne Kfz.)	93,6	- 1,2 - 4,0	- 0,1	- 2,0	-0,1	+ 0,9	-3,3	- 0,3 - 1,1	
Auftragseingang	95,0	7,0	0,1	2,0	0,2	1 0,9	5,5	1,1	
- Industrie	98,2	0,0	-0,2	+0,5	+ 1,1	-0.6	- 1.0	-0,8	
- Bauhauptgewerbe	88,7	- 6,1	+ 5,7		+3,7	-3,3		- 7,5	
Außenhandel (Mrd. €)									
– Waren-Exporte	648	+ 1,6	+2,7	+ 1,1	+2,0	+5,3	-4,2	+0,7	
- Waren-Importe	519	-4,5	-2,4	+2,1	- 1,9	+ 2,1	-4,7	- 1,2	
					<u>'</u>				
Auto-thouseuls	2002			Ve	eränderung in Tsc	d. gegenüber			
Arbeitsmarkt	2002		Vorpe	eriode saisonbei	reinigt	Vorjahresperiode			
	Personen	ggü. Vorj.	'		, and the second		, ,		
	Mio.	%	Jul 03	Aug 03	Sep 03	Jul 03	Aug 03	Sep 03	
- Erwerbstätige, Inland	38,67	-0,6	-47			-653	•		
- Arbeitslose (nationale	4.07		. 7	. 1	- 14	. 205	. 200	. 205	
Abgrenzung nach BA)	4,07	+ 5,5	+7	+1	- 14	+305	+296	+ 265	
Preise	2002				Veränderung in	% gegenüber			
Treise	2002	ggü. Vorj.		Vorperiode	veranderding in	Vorjahresperiode			
	Index	%	Jul 03	Aug 03	Sep 03	Jul 03	Aug 03	Sep 03	
- Importpreise		,,,	30.00	7.ug 00	300 00	74.00	7.ug 00	300 00	
1995 = 100	109,31	-2,5	+0,2	+0,8		-2,0	- 1,7		
- Erzeugerpreise									
gewerbl. Produkte	104,44	-0,4	+0,3	+ 0,1	•	+ 1,9	+ 2,1	•	
1995 = 100									
- Preisindex der	102.20	. 1 4		. 0.0	0.1		. 1 1	. 1 1	
Lebenshaltung 2000 = 100	103,38	+ 1,4	+0,2	+0,0	- 0,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	
2000 - 100									
					-i-t- C-l l				
ifo-Geschäftsklima saisonbereinigte Salden Verarbeitendes Gewerbe									
früheres Bundesgebiet									
	Feb 03	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03	Jul 03	Aug 03	Sep 03	
- Klima	- 9,3	- 12,0	- 15,5	- 14,4	- 12,1	- 11,1	- 7,0	-4,2	
- Geschäftslage	- 18,5	- 19,8	-21,6	-23,5	-22,2	-22,7	- 20,1	-21,3	
 Geschäftserwartungen 	+0,4	-3,8	-9,2	-4,9	- 1,5	+ 1,3	+ 7,0	+ 14,5	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut ¹ Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

noch beträchtlich verstärken und über einen längeren Zeitraum als nachhaltig erweisen, damit sie sich am Arbeitsmarkt positiv bemerkbar machen können. So war die Zahl der Erwerbstätigen, die erst bis Juli vorliegt, bis dahin stark rückläufig. Dagegen ist die Arbeitslosenzahl seit Mai in der Verlaufsbetrachtung nicht weiter angestiegen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote veränderte sich kaum und lag im September bei 10,5 %. Zuletzt ist die Arbeitslosenzahl – unter Ausschaltung der jahreszeitlichen Einflüsse – sogar geringfügig (– 14 000) gesunken. Diese Entwicklung ist aber nicht primär auf konjunkturelle Einflüsse, sondern auf die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Es werden zunehmend höhere Anforderungen an die Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt ("Fördern und Fordern"). Offensichtlich ziehen sich daher besonders Nichtleistungsempfänger vom Arbeitsmarkt – zumindest vorübergehend - in die "stille Reserve" zurück. Andererseits nimmt eine deutlich steigende Zahl ehemals Arbeitsloser die Förderungsangebote zur Existenzgründung an. Allein im September waren dies fast 15 000 Personen. Jedoch waren im September insgesamt 4,21 Mio. Arbeitslose registriert, 265 000 mehr als ein Jahr zuvor.

Der Preisdruck in Deutschland ist weiterhin auf allen Stufen sehr gering, was die reale Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt und so auf der Nachfrageseite gute Bedingungen für eine Belebung der Wirtschaftsaktivitäten bietet. Die Importpreise haben im Zuge der Rohöl-Verteuerungen zwar etwas angezogen, sie blieben aber – auch dank des starken Euro – weiterhin unter ihrem Vorjahresniveau (August – 1,7 %). Auf der Verbraucherstufe hielt sich die Teuerung weiterhin in engen Grenzen. Im September lag der Preisindex für die Lebenshaltung nur um 1,1 % über seinem Vorjahresstand.

BIP-Wachstum und Geschäftsklima



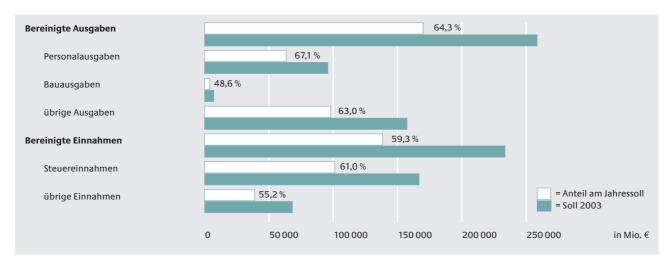
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003

Das Bundesministerium der Finanzen legt die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich August 2003 vor.

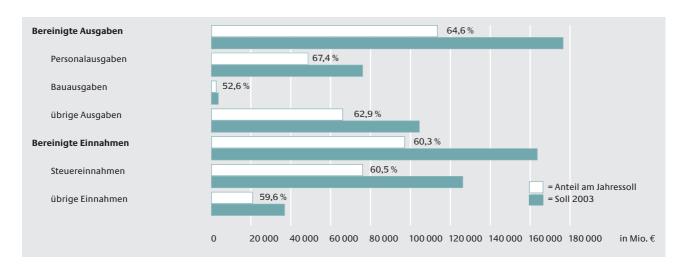
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt um 2,7 %, während die Einnahmen zum Vorjahresniveau um 0,5 % anstiegen. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug 27,8 Mrd. €, rund 3,7 Mrd. € mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2003 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 24,7 Mrd. € aus.

Das Defizit belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf 16,6 Mrd. € (Soll 2003 15,1 Mrd. €), in den ostdeutschen Flächenländern auf 5,0 Mrd. € (Soll 2003 3,5 Mrd. €) und in den Stadtstaaten auf 6,1 Mrd. € (Soll 2003 6,0 Mrd. €).

Länder insgesamt

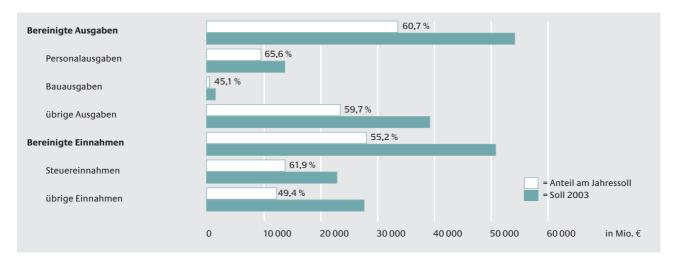


Flächenländer West

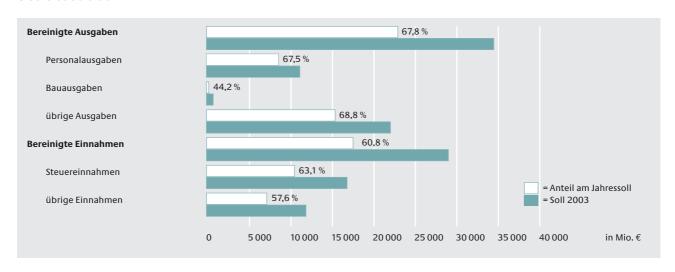


Allerdings besitzt die Haushaltsentwicklung bis zum jetzigen Zeitpunkt noch wenig Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher noch keine weiter gehende Bewertung.

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

26./27. Oktober 2003 - G 20-Treffen in Mexiko

3./4. November 2003 – Ecofin und Eurogruppe in Brüssel

5. November 2003 – Arbeitskreis Steuerschätzung

20. November 2003 – Finanzplanungsrat

24./25. November 2003 – Ecofin und Eurogruppe in Brüssel

12./13. Dezember 2003 – Europäischer Rat in Brüssel

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

- Referat Bürgerangelegenheiten -

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Telefon 0 18 88 6 82 - 17 96

Telefax 0 18 88 6 82 - 46 29

Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Dezember November 2003 19. Dezember 2003	Monatsbericht /	Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
004 Januar Dezember 2003 30. Januar 2004 Februar Januar 2004 20. Februar 2004 März Februar 2004 19. März 2004 April März 2004 21. April 2004 Mai April 2004 19. Mai 2004 Juni Mai 2004 21. Juni 2004 Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004	2003	November	Oktober 2003	20. November 2003
Februar Januar 2004 20. Februar 2004 März Februar 2004 19. März 2004 April März 2004 21. April 2004 Mai April 2004 19. Mai 2004 Juni Mai 2004 21. Juni 2004 Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004		Dezember	November 2003	19. Dezember 2003
März Februar 2004 19. März 2004 April März 2004 21. April 2004 Mai April 2004 19. Mai 2004 Juni Mai 2004 21. Juni 2004 Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004	2004	Januar	Dezember 2003	30. Januar 2004
April März 2004 21. April 2004 Mai April 2004 19. Mai 2004 Juni Mai 2004 21. Juni 2004 Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004		Februar	Januar 2004	20. Februar 2004
Mai April 2004 19. Mai 2004 Juni Mai 2004 21. Juni 2004 Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004		März	Februar 2004	19. März 2004
Juni Mai 2004 21. Juni 2004 Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004		April	März 2004	21. April 2004
Juli Juni 2004 19. Juli 2004 August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004		Mai	April 2004	19. Mai 2004
August Juli 2004 19. August 2004 September August 2004 20. September 2004		Juni	Mai 2004	21. Juni 2004
September August 2004 20. September 2004		Juli	Juni 2004	19. Juli 2004
		August	Juli 2004	19. August 2004
Oktober September 2004 21. Oktober 2004		September	August 2004	20. September 2004
		Oktober	September 2004	21. Oktober 2004
November Oktober 2004 19. November 2004		November	Oktober 2004	19. November 2004
Dezember November 2004 20. Dezember 2004		Dezember	November 2004	20. Dezember 2004

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2004

2. Juli 2003 – Kabinettsbeschluss

15. August 2003 – Zuleitung durch Bundeskanzleramt an Bundesrat und Bundestag

9. bis 12. September 2003 - 1. Lesung im Bundestag

26. September 2003 – 1. Beratung im Bundesrat

Oktober/November 2003 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages

25. bis 28. November 2003 - 2./3. Lesung im Bundestag

19. Dezember 2003 – 2. Beratung Bundesrat

Analysen und Berichte

Thiarysen and benefice	
Subventionsbericht der Bundesregierung – Fortsetzung des Subventionsabbaus	33
Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003	39
Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland	49
Internationale Bundeswehreinsätze in 2003 und ihre Berücksichtigung im Bundeshaushalt	57
Kurs: Marktwirtschaft – Russland im Wandel	65
Konsultationen mit ausgewählten Beitrittsländern im Vorfeld der EU-Osterweiterung	71

Subventionsbericht der Bundesregierung – Fortsetzung des Subventionsabbaus

Subventionsentwicklung in den Jahren 2001 bis 2004 33
 Grundsätze der künftigen Subventionspolitik 36
 Konkrete Maßnahmen zum weiteren Subventionsabbau 37

Die deutsche Finanzpolitik steht vor der schwierigen Aufgabe, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und zugleich ihren Beitrag für dauerhaftes Wachstum, hohe Beschäftigung, Generationengerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung zu leisten. Ein zentrales Element einer solchen nachhaltigen Finanzpolitik ist der Subventionsabbau. Zum einen lassen sich durch den Abbau von Subventionen erhebliche Konsolidierungsbeiträge erzielen. Zum anderen aber hat sich in Deutschland über die Jahre eine Subventionsvielfalt entwickelt, die in ihren Auswirkungen immer unüberschaubarer geworden ist und dringend zurückgeschnitten werden muss.

1 Subventionsentwicklung in den Jahren 2001 bis 2004

Nach § 12 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes hat die Bundesregierung alle zwei Jahre Bundestag und Bundesrat einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vorzulegen. Der 19. Subventionsbericht der Bundesregierung stellt die Finanzhilfen des Bundes und die auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen im Zeitraum 2001 bis 2004 dar. Der Bericht wurde am 1. Oktober 2003 vom Bundeskabinett verabschiedet.

Der 19. Subventionsbericht belegt die Erfolge der Bundesregierung beim Subventionsabbau:

Die Subventionen des Bundes sinken im Berichtszeitraum um 2,3 % von 22,8 Mrd. € (2001) auf 22,3 Mrd. € (2004). Ohne Berücksichtigung der Ausnahmeregelungen bei der ökologischen Steuerreform vermindern sich die Subventionen des Bundes sogar um 10,1 % von 18,5 Mrd. € (2001) auf 16,7 Mrd. € (2004).

Die Finanzhilfen des Bundes sinken kontinuierlich und deutlich von 9,5 Mrd. € im Jahre 2001 auf 7,0 Mrd. € im Jahre 2004. Das entspricht einem Rückgang um insgesamt 26,2 %. Entscheidend für die Rückführung der Finanzhilfen ist insbesondere eine Reduzierung der Zuwendungen für den Bergbau um 1,5 Mrd. €. Aber auch die Hilfen für das Wohnungswesen und die Landwirtschaft gehen um jeweils 0,4 Mrd. € zurück.

Im Vergleich zum Jahr 1998 verringern sich die Finanzhilfen des Bundes bis 2004 insgesamt um 38,6 %. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2007 ist ein weiterer Abbau der Finanzhilfen des Bundes um 1,6 Mrd. € oder 22,6 % gegenüber 2004 auf dann 5,4 Mrd. € vorgesehen. Im Vergleich zu 2001 bedeutet dies eine Rückführung um 42,9 %. Dabei steht in den Jahren 2005 bis 2007 erneut die Reduzierung der Finanzhilfen für den Bergbau und das Wohnungswesen im Vordergrund.

Bei den auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen ist demgegenüber ein Anstieg um 14,8 % von 13,3 Mrd. € im Jahre 2001 auf 15,3 Mrd. € im Jahre 2004 zu beobachten. Mit 1,4 Mrd. € sind mehr als zwei Drittel dieser Zunahme allein auf die Ausnahmeregelungen der ökologischen Steuerreform zurückzuführen. Der verbleibende Anstieg ist ganz überwiegend durch die Entwicklung der Steuermindereinnahmen aus der Eigenheimzulage bedingt.

Damit verdeutlicht die Entwicklung bei den Steuervergünstigungen weiteren Handlungsbedarf speziell in diesem Bereich. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die im Zusammenhang

Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen in den Jahren 2001 bis 2004 − in Mio. €¹ −

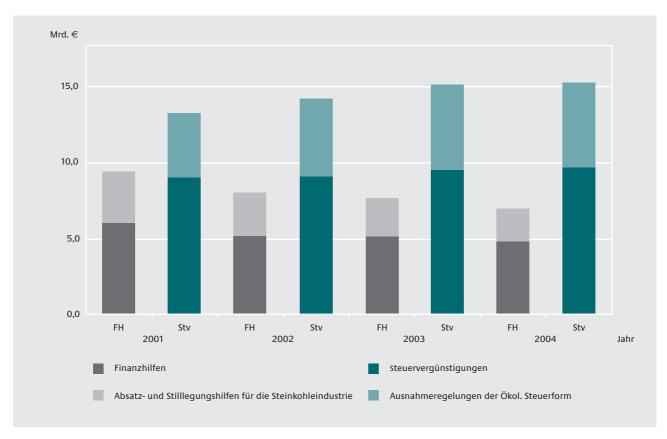
		2001			2002			2003			2004	
Bezeichnung	Insge- samt	Finanz- hilfen	Steuer- ver- günsti- gungen	Insge- samt	Finanz- hilfen Ist	Steuer- ver- günsti- gungen	Insge- samt	Finanz- hilfen Soll	Steuer- ver- günsti- gungen	Insge- samt	Finanz- hilfen Reg Entwurf	Steuer- ver- günsti- gungen
Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	1 553	1 451	102	1 580	1 255	325	1 653	1 202	451	1 600	1 089	511
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)												
2.1 Bergbau	3 743	3 729	14	3 031	3 020	11	2 689	2 678	11	2 233	2 222	11
darunter Absatz- und Stilllegung für die Steinkohleindustrie	3 380	3 380	-	2 896	2 896	-	2 559	2 559	-	2 102	2 102	-
2.2 Rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien	163	162	1	138	137	1	257	256	1	252	251	1
2.3 Technologie- und Innovations- förderung	548	548	-	537	537	-	502	502	-	434	434	-
2.4 Hilfen für bestimmte Industriebereiche	178	178		139	139	-	133	133	-	84	84	-
2.5 Regionale Strukturmaßnahmen	2 112	855	1 257	1 861	684	1 177	1 837	671	1 166	1 786	630	1 156
2.6 Gewerbliche Wirtschaft allgemein	4 773	270	4 503	5 319	262	5 057	5 804	327	5 477	5 818	327	5 491
Summe 2.	11 517	5 742	5 775	11 025	4 779	6 246	11 222	4 567	6 655	10 606	3 947	6 659
3. Verkehr	1 103	5	1 098	1 147	42	1 105	1 174	33	1 141	1 188	47	1 141
4. Wohnungswesen5. Sparförderung und	6 174	1 791	4 383	6 085	1 529	4 556	6 272	1 416	4 856	6 365	1 407	4 958
Vermögensbildung 6. Sonstige Finanzhilfen und	587	486	101	583	482	101	597	500	97	595	500	95
Steuervergünstigungen ²	1 872	0	1 872	1 920	0	1 920	1 914	0	1.914	1 938	0	1 938
Ausnahmeregelungen der ökologischen Steuerreform	4 263	-	4 263	5 124		5 124	5 553	-	5 553	5 613	-	5 613
Summe 1. bis 6. ohne Ausnahmeregelungen ökologische Steuerreform	18 543	9 475	9 068	17 217	8 088	9 129	17 279	7 718	9 561	16 678	6 989	9 689
Summe1. bis 6. ³	22 806	9 475	13 331	22 341	8 088	14 253	22 832	7 718	15 114	22 291	6 989	15 302

¹ Abweichung in den Summen sind rundungsbedingt.

² Überwiegend Steuervergünstigungen, die unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen, aber das Wirtschaftsgeschehen in wichtigen Bereichen beeinflussen.

³ Steuervergünstigungen geschätzt.

Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in den Jahren 2001 bis 2004



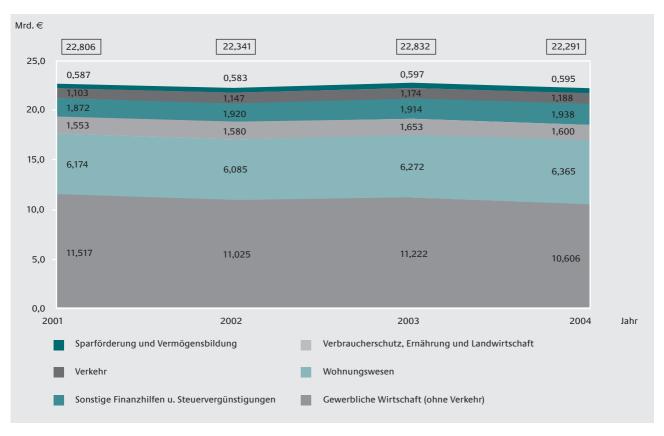
mit dem Bundeshaushalt 2004 beschlossenen Einschnitte bei den Steuervergünstigungen hier nicht berücksichtigt sind, denn die Steuermindereinnahmen aus Steuervergünstigungen werden auf der Basis geltenden Rechts geschätzt. Beabsichtigte Steuerrechtsänderungen und laufende Gesetzgebungsverfahren bleiben also unberücksichtigt.

Nach wie vor ist die gewerbliche Wirtschaft der bedeutendste Subventionsempfänger in Deutschland, auch wenn die Subventionen in diesem Bereich überproportional rückläufig sind. Im Jahre 2004 entfallen mit 10,6 Mrd. € 47,6 % der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes auf diesen Bereich, im Jahre 2001 waren es noch 11,5 Mrd. € (50,5 %). Von entscheidender Bedeutung für die Rückführung ist der Abbau der Finanzhilfen des Bundes für den Bergbau, insbesondere der Absatz- und Stilllegungshilfen für die Steinkohlenindustrie.

Als zweitgrößter Subventionsbereich erhält das Wohnungswesen im Jahre 2004 28,6 % der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes, das sind 6,4 Mrd. €. Damit steigen die Subventionen gegenüber 2001, als sie sich auf 6,2 Mrd. € (27,1 %) beliefen, um 3,1 % an. Ausschlaggebend dafür ist, dass der auch im Wohnungswesen zu beobachtende Anstieg der Steuervergünstigungen den Abbau der Finanzhilfen überwiegt: Während die Steuermindereinnahmen durch die Inanspruchnahme der Eigenheimzulage noch ansteigen, hat die gute bis sehr gute Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten eine Rückführung der Hilfen für die soziale Wohnraumförderung (früher sozialer Wohnungsbau) ermöglicht.

Nachrichtlich werden im Subventionsbericht auch die Finanzhilfen von Ländern und Gemeinden sowie die auf Länder und Gemeinden entfallenden Steuervergünstigungen, die Marktordnungsausgaben der Europäischen

Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes nach Wirtschaftszweigen in den Jahren 2001 bis 2004



Union und die ERP-Finanzhilfen ausgewiesen. Das so ermittelte Gesamtvolumen der Subventionen in Deutschland steigt von 56,2 Mrd. € im Jahre 2001 auf 58,7 Mrd. € im Jahre 2003. Diese Entwicklung ist auf zunehmende Mindereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus Steuervergünstigungen sowie steigende ERP-Finanzhilfen und Marktordnungsausgaben der EU zurückzuführen. Allein die Finanzhilfen des Bundes entwickeln sich rückläufig.

2 Grundsätze der künftigen Subventionspolitik

Der 19. Subventionsbericht zeigt: Die Bundesregierung ist beim Subventionsabbau schon ein gutes Stück vorangekommen. Doch trotz der unabweisbaren Erfolge muss der Subventionsabbau weiter vorangetrieben werden.

Die systematische Überprüfung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ist eine wichtige Voraussetzung für einen ökonomisch, ökologisch, sozial- und finanzpolitisch sinnvollen Subventionsabbau. Im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts 2004 und des Finanzplans 2003 bis 2007 wurden alle im Subventionsbericht der Bundesregierung aufgeführten Finanzhilfen des Bundes anhand eines einheitlichen Prüfschemas des Bundesministeriums der Finanzen einer systematischen Überprüfung unterzogen¹. Damit ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Kontrolle und Evaluierung von Subventionen gemacht. Es wird geprüft, ob Steuervergünstigungen in dieses Verfahren einbezogen werden können.

Mehr Transparenz, höherer Rechtfertigungsdruck und bessere Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen sind die Zielsetzungen, die die Grundsätze der Bundesregierung für die künftige Subventionspolitik prägen. Mit dem Subventionsbericht hat das Bundeskabinett deshalb beschlossen:

¹ vgl. Monatsbericht des BMF, Dezember 2002, Seite 47 ff.

Gesamtvolumen der Subventionen von Bund, Ländern und Gemeinden, ERP, EU¹ – in Mrd. €² –

	1970	1975	1980	1985	1990³	1995	1998	1999	2000	2001	2002	20034
Finanzhilfen Bund	4,0	5,2	6,4	6,1	7,3	9,4	11,4	10,9	10,1	9,5	8,1	7,7
Länder ⁵	3,0	3,7	6,2	6,2	7,2	10,7	11,0	11,3	11,2	11,1	10,5	11,3
Gemeinden ⁶	0,5	0,5	0,5	0,5	1,1	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6
2. Steuervergünstigungen Bund	3,2	5,0	6,1	8,0	7,9	9,1	9,8	10,9	13,1	13,3	14,3	15,1
Länder, Gemeinden	3,4	5,9	7,2	9,3	9,2	12,9	13,1	11,5	12,0	10,5	10,6	11,1
3. ERP-Finanzhilfen ⁷	0,6	0,7	1,4	1,5	2,9	5,9	6,6	6,0	5,7	4,3	3,2	5,0
Marktordnungsausgaben der EU	1,5	1,1	3,2	4,1	4,9	5,4	5,6	5,9	5,6	5,9	6,2 ⁹	6,88
Gesamtvolumen (Summe 14.)	16,1	22,0	30,9	35,6	40,3	55,0	59,0	58,1	59,4	56,2	54,5	58,7

- ¹ 1970 bis 1990 altes Bundesgebiet; ab 1991 Bundesgebiet einschließlich der neuen Länder.
- ² Die Zahlen von 1970 bis 1998 sind zum Kurs von 1 € = 1,95583 DM umgerechnet.
- ³ Einschließlich der in den Haushaltsnachträgen veranschlagten Finanzhilfen für die neuen Länder (ohne Abschnitt B des 3. Nachtrags zum Bundeshaushalt 1990).
- Finanzhilfen = Haushaltssoll.
- Quelle: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister.
- ⁶ Daten der Gemeinden: Schätzung auf der Grundlage der Subventionsentwicklung der Länder.
- Siehe auch Anlage 6 des 19. Subventionsberichts.
- ⁸ Haushaltsansatz für 2003: Soll.
- ⁹ Bereinigt um die Vorschüsse für 2003 aufgrund der Flutkatastrophe für den Bereich Ackerkulturen.
- Neue Subventionen sollen im Rahmen des Haushaltsmoratoriums – grundsätzlich nur noch als Finanzhilfen gewährt werden. Denn stärker als Finanzhilfen haben Steuervergünstigungen die Tendenz, sich zu verfestigen, das heißt sie werden nach einer gewissen Zeit nicht mehr als Subvention wahrgenommen. Finanzhilfen werden für jeden nachvollziehbar einzeln im Haushalt ausgewiesen und sind Gegenstand der parlamentarischen Beratungen. Demgegenüber lassen sich die finanziellen Auswirkungen steuerlicher Vergünstigungen nur schätzen und werden im Haushalt mit den gesamten Steuereinnahmen saldiert.
- Es soll auch geprüft werden, inwieweit Steuervergünstigungen in Finanzhilfen überführt werden können. Dies darf allerdings nicht mit einer Verschiebung der Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften zuungunsten des Bundes verbunden sein.

Neue und bestehende Finanzhilfen sollen nur noch gesetzlich befristet sowie grundsätzlich degressiv ausgestaltet sein und eine Erfolgskontrolle ermöglichen. Damit will die Bundesregierung der Gefahr einer strukturellen Verfestigung schon im Ansatz entgegenwirken. Eine verstärkte Prioritätensetzung wird damit unumgänglich.

3 Konkrete Maßnahmen zum weiteren Subventionsabbau

Darüber hinaus wurden mit den Beschlüssen zum Bundeshaushalt 2004 bereits deutliche Schritte für einen gezielten weiteren Subventionsabbau eingeleitet. Hierzu gehören insbesondere

- die Abschaffung der Eigenheimzulage,
- die Kürzung der Entfernungspauschale für Pendler.
- die Begrenzung der Förderung des Agrardiesels,

- die Abschaffung der Halbjahresregelung für Absetzungen für Abnutzungen (AfA) sowie
- die Einschränkungen bei umsatzsteuerlichen Sonderregelungen.

Einige dieser Maßnahmen werden zu einer Verringerung der Steuervergünstigungen in der Abgrenzung des Subventionsberichts führen. Dies gilt insbesondere für die Abschaffung der Eigenheimzulage. Andere Einschnitte bei steuerlichen Sonderregelungen – wie beispielsweise der Entfernungspauschale und den umsatzsteuerlichen Ausnahmeregelungen – werden keine Veränderung des Subventionsvolumens nach der Abgrenzung im Subventionsbericht mit sich bringen. Denn diese subventionsähnlichen Tatbestände werden im Subventionsbericht gar nicht oder nur nachrichtlich (in Anlage 3 des Subventionsberichts) erfasst. Somit wird Anpassungsbedarf in der Berichterstattung deutlich. Das Bundesministerium der Finanzen wird deshalb eine grundlegende Überprüfung der Berichterstattung des Bundes vornehmen.

Aus den genannten Einzelmaßnahmen ergeben sich im Jahr 2004 Einsparungen für Bund, Länder und Gemeinden in Höhe von über 2 Mrd. €. In den Jahren 2004 bis 2007 addieren sich die Entlastungen für alle öffentlichen Haushalte auf rd. 28 Mrd. €. Zusammen mit den ebenfalls beschlossenen Maßnahmen zur Umsetzung der Protokollerklärung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz summieren sich die von der Bundesregierung vorgesehenen Subventionskürzungen im Jahr 2004 auf rd. 3 Mrd. €. Im Zeitraum 2004 bis 2007 werden die öffentlichen Haushalte um insgesamt rd. 34 Mrd. € entlastet.

Für darüber hinausgehende Vorschläge ist die Bundesregierung immer offen. In diesem Zusammenhang sind auch die von den Ministerpräsidenten Roland Koch (Hessen) und Peer Steinbrück (Nordrhein-Westfalen) erarbeiteten Vorschläge zum Subventionsabbau in Deutschland ausdrücklich zu begrüßen. Sie bestätigen im Grundsatz das Konzept der Bundesregierung.

Allerdings sind die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen vom Volumen her zum Teil deutlich anspruchsvoller als die Vorschläge der Ministerpräsidenten. Es zeigt sich auch erneut, dass eine lineare Kürzung nach der "Rasenmähermethode" nicht für alle Subventionen das geeignete Abbauinstrument ist:

- Einerseits sollten Subventionen, die effizient der Verfolgung eines wichtigen wirtschafts-, sozial- oder umweltpolitischen Ziels dienen, von Kürzungen verschont bleiben. Dies haben auch die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück bei ihren Vorschlägen berücksichtigt. Allerdings wird auch zu prüfen sein, ob in den Bereichen, in denen die Ministerpräsidenten einen Subventionsabbau für nicht möglich oder nicht sinnvoll erachten, nicht doch weitere Konsolidierungspotenziale identifiziert werden können.
- Andererseits müssen Subventionen, die ökonomisch wirkungslos oder gar kontraproduktiv sind, abgeschafft bzw. zu einem effektiven, modernen Förderinstrument umgestaltet werden. So hat sich z.B. bei der Eigenheimzulage gezeigt, dass sie den Anforderungen der stark unterschiedlichen Teilwohnungsmärkte nicht mehr gerecht werden kann. Deshalb geht die Bundesregierung bei der Eigenheimzulage – der größten Einzelmaßnahme im Bereich der Steuervergünstigungen - deutlich weiter als die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück. Die Bundesregierung will die Eigenheimzulage Ende 2003 auslaufen lassen und 25 % der eingesparten Mittel für ein neues Zuschussprogramm zur Strukturverbesserung in den Städten bereitstellen.

Bund und Länder müssen jetzt gemeinsam handeln. Es gilt, alle Möglichkeiten zur nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auszuschöpfen. Der Abbau überkommener und ineffizienter Subventionen ermöglicht es, die Schuldenaufnahme der öffentlichen Haushalte zu begrenzen und mittelfristig zurückzuführen. In erster Linie geht es darum, die Umsetzung der vorgesehenen Subventionsabbaumaßnahmen sicherzustellen. Die Bundesregierung ist bereit, darüber hinaus gehende Vorschläge vorbehaltlos zu prüfen und in ihr Konzept zu integrieren.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003

1	Vorbemerkung	39
2	Ausgangslage	39
3	Wirtschaftliches Konzept des Auf-	
	baus Ost	41
3.1	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedin-	
	gungen	41
3.2	Fördermaßnahmen des Aufbaus Ost	42
4	Die Chancen der EU-Erweiterung	
	nutzen	46
5	Ausblick auf weitere Veröffentli-	
	chungen	47

1 Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 17. September 2003 den Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit gebilligt. Mit diesem Bericht kommt die Bundesregierung einem auf das Jahr 2000 zurückgehenden Beschluss des Deutschen Bundestages nach (BT-Drs.: 14/2608), regelmäßig eine ausführliche Darstellung der wesentlichen Politikfelder und der ergriffenen Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus der neuen Länder vorzulegen.

Hauptanliegen dieses Berichts ist es, das Konzept des Aufbaus Ost der Bundesregierung zur Entwicklung der neuen Länder vorzustellen. Im Folgenden sind ausgewählte Inhalte des Berichtes in stark gekürzter Form wiedergegeben.

2 Ausgangslage

Das Zusammenwachsen von West und Ost und die Stärkung der inneren Einheit unseres Landes gehören zu den wichtigsten politischen Zielen der Bundesregierung. Sie bleiben bestimmende Leitlinien für die Bundespolitik. Auch nach mehr als einem Jahrzehnt staatlicher Einheit lassen sich zum Teil noch deutliche Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Lebensverhältnissen feststellen. Wichtig ist es deshalb, auch in Zukunft gegenseitiges Verständnis und Hilfsbereitschaft für die Bewältigung der unterschiedlichen Lebensverhältnisse und -situationen der Menschen in unserem Land zu bewahren.

Auf vielen Gebieten haben sich in den neuen Ländern Fortschritte eingestellt, die beispielhaft für das gesamte Land sind. An die bisherigen Erfolge und positiven Entwicklungen in den neuen Ländern soll angeknüpft werden, um diese weiter auszubauen. Nirgendwo anders hat sich so schnell und mit so viel Tatkraft eine neue Unternehmerschicht entwickelt. Heute existieren über 530 000 selbstständige Unternehmen in Ostdeutschland. Viele kleine und mittelgroße Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks sind treibende Kräfte des wirtschaftlichen Aufbruchs in den neuen Ländern.

In den vergangenen Jahren haben sich Eigeninitiative und Bereitschaft der Menschen zu Veränderungen in den neuen Ländern als die entscheidenden Triebkräfte der Entwicklung erwiesen. Das aktive Engagement von Bürgern und Unternehmern für die Entwicklung ihrer Regionen und der Wirtschaft soll weiter ermutigt und gefördert werden. Leitbild für die Förderpolitik ist, den Bürgern die notwendigen Voraussetzungen zu sichern, damit sie ihre Ziele auch in Zukunft selbstständig erreichen können.

Neben der Sicherung der finanziellen Grundlagen für den Aufbau Ost ist die fortgesetzte Anpassung des Förderinstrumentariums an sich wandelnde Rahmenbedingungen und Fortschritte Voraussetzung für einen erfolgreichen Aufholprozess. Die Bundesregierung wird Effizienz und Effektivität der Fördermaßnahmen fortlaufend überprüfen, damit diese frühzeitig – den Aufbaufortschritten entsprechend – angepasst werden können.

Wirtschafts- und Strukturdaten der neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern

	Bevölkerung ¹		Erwerbspersonen	en	Arbeitslo	Arbeitslose 2002	Bruttoin	Bruttoinlandsprodukt 2002 ⁴	:20024	Industrie	Industrieumsätze ⁵	Export-	Steuer- deckungs-	Personal- ausgaben-	Investi-	Zins- ausgaben-
Bundesland	am 30.06.2002 in 1 000	Erwerbs- tätige ² 2002 in 1 000	Erwerbs- quote ² 2002 in %	Erwerbs- tätige ³ 2002 in %	in 1 000 Jahres- t durch- schnitt	Quote in % bez. auf alle zivilen Er- werbspers.	nominal Mrd. €	nominal je Einwohner in €	in Preisen von 1995 1995 = 100	Mrd.€	Verände- rung 2002/2001 in %	2002 in %		quote ⁷ 2002 - Vorl. Ist in %		quote ⁷ 2002 - Vorl. Ist - in %
MecklenbVorpommern	1 753	731	74,6	724	170	18,6	29,6	16 891	107,0	8,0	- 1,8	18,0	40,1	26,7	21,8	6,4
Brandenburg	2 587	1 130	77,0	1 023	238	17,5	44,1	17 054	114,2	16,6	2,0	18,0	41,8	23,4	21,3	7,4
Sachsen-Anhalt	2 565	1 052	75,2	1 021	260	19,6	43,3	16 886	108,9	21,2	2,8	19,6	41,4	27,2	19,5	2,8
Thüringen	2 402	1 062	75,8	1 047	201	15,9	40,7	16 929	111,7	20,0	1,4	25,0	42,7	26,8	19,7	6,9
Sachsen	4 366	1 825	76,2	1 925	405	17,8	75,8	17 358	106,7	34,9	1,9	1,62	45,4	26,5	26,3	3,7
Berlin-Ost		604	77,3							3,4	4,0	26,9				
Neue Länder	13 674	6 404	76,0	5 740	1 411	18,0	233,5	17 077	109,3	104,1	1,6	23,9	42,8	26,1	22,3	6,2
Schleswig-Holstein	2 806	1 227	72,7	1 234	122	8,7	9,59	23 362	108,9	27,9	0,0	34,3	62,4	40,5	8,7	11,3
Hamburg	1 726	795	73,3	1 046	77	0,6	75,2	43 556	110,7	0,99	-2,7	16,2	0,07	34,4	11,0	10,6
Niedersachsen	7 970	3 410	9,07	3 486	362	9,2	183,1	22 977	108,4	135,3	-3,9	40,5	59,3	38,2	6'6	10,2
Bremen	661	268	69,5	390	40	12,5	23,0	34 753	109,2	21,1	1,5	53,7	41,5	31,3	17,7	11,9
Nordrhein-Westfalen	18 060	7 620	69,3	8 344	812	9,2	464,0	25 690	106,6	287,3	-3,4	35,7	75,3	41,7	6,8	9,6
Hessen	6 084	2 784	73,1	3 009	214	6,9	191,6	31 496	114,8	82,2	- 1,8	39,68	72,9	37,3	8,1	2,0
Rheinland-Pfalz	4 095	1 795	71,5	1 762	144	7,2	93,3	23 038	108,8	62,2	0,4	43,6	58,9	40,6	9'6	6,3
Baden-Württemberg	10 631	5 019	74,4	5 359	295	5,4	307,4	28 920	113,0	238,0	-2,0	43,4	69,2	41,4	10,0	5,5
Bayern	12 356	5 921	74,8	6 280	387	6,0	368,9	29 858	116,7	255,8	1,0	43,9	73,4	40,9	14,4	2,8
Saarland	1 065	442	68,1	206	45	0,6	25,4	23 878	107,0	19,9	-0,5	44,5	51,9	41,3	11,0	11,2
Berlin-West		851	70,8		٠					26,6	-3,0	24,9			•	
Alte Länder	65 412	30 132	72,0	31 415	2 649	6'2	1 797,6	27 481	111,1	1 222,3	- 1,7	39,2	69,4	40,2	10,6	7,8
Berlin	3 390	1 455	73,3	1 533	288	16,9	77,1	22 756	93,7	30,0	-2,5	25,1	36,0	34,5	8,6	10,4
Deutschland	82 475	36 536	72,8	38 688	4 060	8,6	2 108,2	25 562	110,2	1 326,4	- 1,6	38,0				

(modifiziertes Inlandskonzept); Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre); ³ Erwerbstätige im Inland: = Erwerbstätige, die unabhängig von ihrem Wohnort ihren Arbeitsplatz im Bundesgebiet haben (einschl. Einpendler); Neue Länder: ohne Berlin, Alte Länder: ohne Berlin. Jahresdurchschnittsergebnisse des Akr. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länmehr als 20 Beschäftigten; ⁶ Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz; Neue Länder incl. Berlin (Ost), Alte Länder incl. Berlin (West); 7 Anteil an Gesamtausgaben im Länderhaushalt; Neue Länder: ohne Berlin, 1 Neue Länder: ohne Berlin; Alte Länder: ohne Berlin; Angaben zu den Erwerbstätigen und den Erwerbsquoten beruhen auf den Ergebnissen der Mikrozensuserhebung April 2002. Erwerbstätige am Arbeitsort der – Stand: Februar 2003; 4 nach ESVG 1995; Berlin: = Gesamtberlin; neue Länder: = ohne Berlin; alte Länder: = ohne Berlin (Stand: Februar 2003); 5 in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und Bergbaus mit Alte Länder: ohne Berlin

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung", Bundesministerium der Finanzen.

3 Wirtschaftliches Konzept des Aufbaus Ost

Für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren ein integriertes Aufbau-Ost-Konzept entwickelt. Auf der Grundlage der Politik für Reformen in ganz Deutschland trägt es den spezifischen Bedürfnissen der neuen Länder in besonderer Weise Rechnung. Wesentliche Voraussetzungen für den Aufbau Ostdeutschlands sind günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investoren sowie die Sicherung der finanziellen Grundlagen für den Aufbau Ost.

3.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren mit nachhaltigen Reformen die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandortes Deutschland deutlich verbessert. Mit den Maßnahmen der "Agenda 2010" wird dieser Weg der strukturellen Erneuerung konsequent fortgesetzt. Dadurch werden die Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessert und mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln eröffnet. Vertrauen und Zuversicht von Investoren und Verbrauchern werden gestärkt.

Nachhaltige Reformen haben die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland deutlich verbessert.

Zu den strukturellen Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes zählt u. a. die weitere Senkung der Steuerlast. Die dritte Stufe der Steuerreform 2000 soll auf 2004 vorgezogen werden. Spitzen- und Eingangssteuersatz werden dann bei 42 % bzw. 15 % liegen. Dies schafft

Impulse für Unternehmen und Verbraucher. Mit der Reform der Gemeindefinanzen sollen Verbesserungen im Bereich des kommunalen Finanzsystems – sowohl auf der Einnahmen-(Modernisierung der Gewerbesteuer) wie auch auf der Ausgabenseite – erreicht werden. Zur Entlastung der Kommunen kommt es u. a. durch das Zusammenführen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige. Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau werden außerdem Kredite im Volumen von rd. 15 Mrd. € für kommunale Investitionen und für die Wohnungssanierung bereitgestellt.

Zu den neuen Hilfen für Mittelstand und Existenzgründer zählen u.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Gründungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), zum erleichterten Zugang zu Finanzierungsmitteln sowie die vereinfachte Buchführungspflicht für Kleinstunternehmen. Mehr Wachstums- und Beschäftigungsdynamik insbesondere für kleinere Handwerksbetriebe erwartet die Bundesregierung auch von der Reform der Handwerksordnung. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind durch bürokratische Hemmnisse besonders belastet. Durch die Streichung unnötiger Vorschriften und Vorgaben werden Innovations- und Investitionskräfte in Deutschland freigesetzt. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Initiative Bürokratieabbau einen mehrstufigen Plan zum Abbau von Bürokratie entwickelt und bereits 50 konkrete Maßnahmen beschlossen.

Veränderungen erfolgen auch bei den strukturellen Rahmenbedingungen für Beschäftigung. Durch die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird u. a. die Praxis vieler Unternehmen eingeschränkt, ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Beitragszahler in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken. Die neuen Regelungen greifen ab Ende 2005/Anfang 2006. Der Kündigungsschutz bleibt in seiner Substanz erhalten. Flexibilisierungen werden für kleinere Betriebe eingeführt; weiterhin gilt die Schwelle

von fünf Mitarbeitern. Die Möglichkeit der Befristung von Arbeitsverhältnissen wird für Existenzgründer auf vier Jahre verlängert.

Die verbesserten Rahmenbedingungen werden auch der ostdeutschen Wirtschaft helfen, die notwendigen Umstrukturierungsprozesse durchzuführen, und ihr insgesamt zusätzliche Wachstumsimpulse aus einer gestärkten gesamtdeutschen Wirtschaft verschaffen. Dabei wird in strukturschwachen Regionen wie den neuen Ländern auf besondere Problemlagen geachtet werden. Dort, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, werden begleitende Maßnahmen für bestimmte Problemgruppen des Arbeitsmarktes eingeführt.

Zukünftig soll beispielsweise im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe jedem arbeitslosen Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren, der keinen Ausbildungsplatz und keine Beschäftigung findet, eine Beschäftigungs- oder Qualifizierungsmaßnahme angeboten werden. Im Vorgriff darauf wird seit 1. Juli 2003 mit einem Sonderprogramm des Bundes für 100 000 jugendliche Sozialhilfeempfänger von 15 bis 25 Jahren, die hilfebedürftig und langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, der Einstieg in Beschäftigung gefördert. Das von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte Programm läuft bis Ende 2004. Der Schwerpunkt soll in strukturschwachen Regionen und damit vor allem in den neuen Bundesländern liegen.

Mit einem weiteren Sonderprogramm des Bundes sollen für 100 000 Langzeitarbeitslose ab 25 Jahren die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang zu kommunalen, versicherungspflichtigen Beschäftigungsangeboten, die Qualifizierungsanteile enthalten sollen, ermöglicht werden. Das Programm "Arbeit für Langzeitarbeitslose" hat am 1. September 2003 begonnen und läuft bis Ende August 2005. Von den geförderten Personen sollen rund 60 000 Arbeitslosenhilfebezieher

und 40 000 Sozialhilfeempfänger sein, die mindestens sechs Monate arbeitslos sind. Auch dieses Sonderprogramm wird von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt und insbesondere in den strukturschwachen Regionen mit einem hohen Anteil Arbeitslosenhilfebezieher zum Tragen kommen. Aktive Arbeitsmarktpolitik wird auch in Zukunft in den neuen Ländern erforderlich sein.

3.2 Fördermaßnahmen des Aufbaus Ost

Der zweite Teil des Aufbau-Ost-Konzeptes der Bundesregierung umfasst spezifische Fördermaßnahmen, die der besonderen Problemlage der neuen Länder gerecht werden.

Zu den erheblichen Defiziten im Vergleich zu den alten Ländern zählen vor allem eine noch immer zu kleine industrielle Basis, eine relativ schwache Stellung im Bereich der industriellen Forschung, eine trotz großer Fortschritte bestehende infrastrukturelle Unterversorgung und eine aus verschiedenen Ursachen resultierende, nachteilige Situation bei den so genannten weichen Standortfaktoren. Eine diesen Defiziten Rechnung tragende Förderpolitik muss auf der Grundlage von Reformen in ganz Deutschland wirksame Impulse für den Aufbau Ost setzen.

Das Förderinstrumentarium des Aufbaus Ost wurde dazu in den vergangenen Jahren neu ausgerichtet. Förderschwerpunkte sind:

- Investitionsförderung,
- Innovationsförderung,
- Infrastrukturausbau und
- Arbeitsmarktpolitik zur Förderung von Ausbildung und "Brücken in den ersten Arbeitsmarkt".

Die ersten drei Schwerpunkte zielen darauf ab, die strukturellen Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Immer wichtiger wird dabei auch die Verknüpfung der Instrumente, wie z.B. durch die Bündelung von Kompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft in Form von Netzwerkprogrammen. Auch die gezielte Förderung von leistungsfähigen regionalen Wachstumszentren, die in die umliegenden Regionen ausstrahlen und das Potenzial für eine expansive wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der neuen Länder insgesamt besitzen, gehören zu diesem Konzept.

Maßnahmen zur Verbesserung von Investitionen und Neugründungen

Investitionen, Unternehmensfinanzierung

- Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zusammen mit hälftig kofinanzierten Landesmitteln, rd. 1,6 Mrd. € (2003);
- Steuerliche Investitionszulage: Vor allem für Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe und bei produktionsnahen Dienstleistungen, höhere Fördersätze für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und für Grenzregionen;
- Förderkredite von KfW und DtA für die neuen Länder in 2002: 28 804 Kredite im Volumen von 4 957 Mio. €:
- FUTOUR: Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen (2003: rd. 20 Mio. €);
- EU-Strukturfonds: Aus Mitteln der EU rd. 20 Mrd. € für 2000–2006, ergänzt durch Gemeinschaftsinitiative Interreg mit rd. 0,4 Mrd. € für Grenzregionen;
- Wismut GmbH: Voraussichtlich insgesamt 6,2 Mrd. € für Stilllegung, Sanierung und Rekultivierung von Betriebsflächen des Uranbergbaus seit 1990 bis etwa 2015 (Sanierungsende 2003: 235 Mio. €);
- Treuhandnachfolge: Für Beseitigung ökologischer Altlasten des Braunkohle- und Kalibergbaus und Rückbau von Atomkraftwerken von 1995 bis 2006 aus dem Bundeshaushalt rd. 5,2 Mrd. € (2003: 449 Mio. €);
- Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (mit Bundesmitteln in Höhe von 252 Mio. €, dies entspricht einem Anteil der neuen Länder von rd. 33 % für 2003).

Maßnahmen zur Verbesserung von Innovation, Bildung und Forschung

Forschung und Innovationen

Über 1,8 Mrd. € jährlich für Bildung und unternehmensnahe Forschung, u. a.:

- FuE-Sonderprogramm mit rd. 100,5 Mio. € in 2003;
- Programm, um Netzwerke von Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern (InnoRegio, "Innovative regionale Wachstumskerne", PRO INNO, InnoNet, NEMO);
- Verstärkte Maßnahmen mit Fokus neue Länder, um innovative Unternehmensgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen heraus zu fördern;
- Verstärkte Förderung technologieorientierter Kompetenzzentren des Handwerks.

Hochschul- und Forschungsförderung

- Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau": überproportionaler Anteil neue Länder;
- Zukunftsinitiative Hochschulbau;
- Ausbau von Forschungszentren, 2003 um 672 Mio. € erhöht;
- Programm zur Förderung innovativer Forschungsstrukturen in den neuen Ländern;

- Stärkung klinischer Forschung an den medizinischen Fakultäten ostdeutscher Universitäten;
- Bund-Länder-Programm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums an den deutschen Hochschulen;
- Demonstrationsprogramm "International ausgerichtete Studiengänge";
- Modellversuche der Bund-Länder-Kommission für Bildung und Forschungsförderung (BLK);
- Programm zur anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung;
- EXIST Existenzgründer aus Hochschulen;
- Verwertungsoffensive;
- Juniorprofessuren.

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Verkehr

- Verkehrsprojekte Deutsche Einheit: weiterhin Priorität;
- Erhöhung des ostdeutschen Anteils an den Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen außerhalb der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit gegenüber dem BVWP 1992 um 3,3 %;
- Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) Bundesprogramm Verkehr 2000–2006:
 3,16 Mrd. € (1,59 Mrd. € aus EFRE);
- Sonderprogramm Grunderneuerung Brücken 1999 bis 2003: 103 Mio. €;
- Nachholung von Investitionen in das Sachanlagevermögen im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn: rd. 1 Mrd. € pro Jahr bis 2007.

Städtebau und Wohnungswesen

- Bundeshilfen für die städtebauliche Entwicklung: Gesamtsumme von 307 Mio. € im Jahr 1998 auf
 580 Mio. € (davon rund 413 Mio. € für die neuen Länder) im Jahr 2003 angehoben;
- Programm "Stadtumbau Ost": rd. 1,1 Mrd. € gegen strukturellen Wohnungsleerstand und für die Aufwertung von Stadtquartieren (2002–2009); zusätzliche Ländermittel in gleicher Höhe sowie 511 Mio. € von Kommunen; 16 Mio. € Bundesmittel zur Finanzierung von Stadtentwicklungskonzepten (2002);
- Altschuldenhilfeverordnung: um 300 Mio. € auf 658 Mio. € aufgestockt zur Entlastung von Altschulden von Wohnungsunternehmen, die einen Wohnungsleerstand von mehr als 15 % aufweisen und dadurch in ihrer Existenz bedroht sind (ab 2001, verteilt auf 10 Jahre);
- Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" auf 80 Mio. € in 2003 erhöht;
- Steuerliche Investitionszulage: Förderungsschwerpunkt bei Sanierung und Modernisierung von Mietwohnungen in innerstädtischen Altbauten;
- KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm: Kreditvolumen bis 1999 auf 40,4 Mrd. € aufgestockt,
 Anschlussprogramm 2000–2002 über 2,4 Mrd. € Kreditvolumen, Ende 2002 geschlossen;
- ab 22.04.2003 KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 für das gesamte Bundesgebiet, mögliches Kreditvolumen: 8 Mrd. €;
- Soziale Wohnraumförderung: überproportionaler Anteil neue Länder.

Solidarpakt II

Der im Juni 2001 zwischen Bund und Ländern vereinbarte Solidarpakt II, der unmittelbar an den Ende 2004 auslaufenden Solidarpakt I anknüpft, gibt den neuen Ländern eine langfristige Perspektive. Die ostdeutschen Länder erhalten für die Jahre 2005 bis 2019 Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 105 Mrd. €. Der Ansatz im Jahr 2005

knüpft bruchlos an die bisherigen jährlichen Leistungen an und beläuft sich auf 10,5 Mrd. €. Zusätzlich hat sich der Bund verpflichtet, von 2005 bis 2019 – als Zielgröße – weitere 51,1 Mrd. € in Form überproportionaler Mittel in den neuen Ländern einzusetzen.

Mit dem Solidarpakt II stellt die Bundesregierung die notwendigen Mittel zur Verfügung, damit die neuen Länder in die Lage versetzt werden, die teilungsbedingten Rückstände in der Infrastruktur bis zum Jahr 2020 abschließend abzubauen. Das Finanzvolumen und die Laufzeit der Vereinbarung geben den Menschen in Ost und West eine realistische Orientierung über die noch benötigte zeitliche Perspektive. Mit dem Solidarpakt II übernehmen aber auch die Länder Verantwortung für die Verwendung der ihnen zufließenden Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen. Bereits ab 2002 erhalten die ostdeutschen Länder die seit 1995 fließenden Mittel des Solidarpakts I ausschließlich in ungebundener Form. Auf diese Weise können die Länder differenzierter und effizienter als bisher an die lokalen und regionalen Entwicklungspotenziale anknüpfen und die Mittel dort einsetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Gleichzeitig wird der deutsche Föderalismus gestärkt. Die Verantwortung für die bestimmungsgemäße Verwendung der Solidarpaktmittel wird dadurch dokumentiert, dass die ostdeutschen Länder einschließlich Berlins dem Finanzplanungsrat zukünftig jährlich Fortschrittsberichte "Aufbau Ost" vorlegen werden (§ 11 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz). In diesen Fortschrittsberichten werden sie über die Verwendung der Solidarpaktmittel, ihre Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke sowie ihre finanzwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung berichten. Die Berichte werden bis Ende September des dem Berichtsjahr folgenden Jahres vorgelegt, erstmals im Jahr 2003, und mit einer Stellungnahme der Bundesregierung im Finanzplanungsrat erörtert.

Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik

Unterstützt wird dieser Ansatz der Förderung von Investitionen, Innovationen und des Infrastrukturausbaus in den neuen Länder durch die Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, die dazu beiträgt, schwierige Beschäftigungslagen in Regionen mit besonders hoher Erwerbslosigkeit durch aktive Maßnahmen abzufedern, Jugendlichen eine ausreichende Zahl an betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt, finanzielle Eingliederungshilfen gewährt und durch die Intensivierung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter insgesamt mehr Brücken in den ersten Arbeitsmarkt schlägt.

Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation

Aktive Arbeitsmarktpolitik

- Aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt auf hohem Niveau (2003: rd. 10 Mrd. € aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundes);
- Jugendsofortprogramm: jährlich ca. 0,5 Mrd. € zur Förderung von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen (seit 1999, Anteil neue Länder 2001 von 40 % auf 50 % erhöht);
- Bund-Länder-Ausbildungsprogramm Ost 2003: rd. 100 Mio. € für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, zusätzlich in den letzten Jahren 767 Mio. € für überbetriebliche Ausbildungsstätten;
- Sonderprogramm Lehrstellenentwickler: 11 Mio. € jährlich (bis 2006);
- Programm "Arbeit für Langzeitarbeitslose";
- Sonderprogramm des Bundes für 100 000 jugendliche Sozialhilfeempfänger von 15 bis 25 Jahren.

Ausbildungsförderung

- Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit Ausbildung, Qualifikation und Beschäftigung Jugendlicher (Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) rund 596 Mio. € in den neuen Ländern);
- Maßnahme ab 2004: "Arbeit und Qualifizierung für (noch) nicht ausbildungsgeeignete Jugendliche (AQI)";
- Maßnahme ab 2004: "Nachholen des Hauptschulabschlusses";
- Maßnahme ab 2004: "Beschäftigung begleitende Hilfen";
- Jump Plus;
- Bund-Länder-Ausbildungsplatzangebot Ost;
- Programm Ausbildungsplatzentwickler;
- Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten;
- Zukunftsinitiative beruflicher Schulen:
- Schulen ans Netz.

4 Die Chancen der EU-Erweiterung nutzen

Die Erweiterung der Europäischen Union – der Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten zum 1. Mai 2004 - wird für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ostdeutschlands tief greifende Veränderungen in den nächsten Jahren mit sich bringen. Gerade aber die Osterweiterung könnte ein wichtiger Beitrag für den Aufbau Ost sein. Sie wird zunächst einmal dazu führen, dass Ostdeutschland aus seiner europäischen Randlage in das Zentrum eines großen europäischen Binnenmarktes rückt. Daraus erwachsen große Chancen für die weitere Entwicklung der neuen Länder mit langfristig positiven Impulsen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Daher kommt es darauf an, die aus diesem Prozess der europäischen Integration erwachsenen Chancen aktiv wahrzunehmen.

Mit der Erweiterung der EU rückt Ostdeutschland in das Zentrum eines großen europäischen Binnenmarktes.

Die Erweiterung eröffnet die Chance, dass sich Ostdeutschland zu einer europäischen Verbindungsregion fortentwickelt. Mit Blick darauf unterstützt die Bundesregierung u. a. den Aufbau eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur. Das Zentrum soll in Kooperation mit Einrichtungen der Wirtschaft, kulturellen Vereinigungen und nicht zuletzt wissenschaftlichen Institutionen zur Stärkung der Beziehungen mit den mittelund osteuropäischen Staaten beitragen.

Bereits seit einigen Jahren haben sich die EU-Beitrittskandidaten, insbesondere die Nachbarländer Polen und Tschechien, zu wichtigen wirtschaftlichen Partnern entwickelt. Sie verzeichneten seit Mitte der 90er Jahre ein dynamisches Wirtschaftswachstum mit jährlichen Zuwachsraten von ca. 4 % und übertrafen in ihrem Wirtschaftswachstum die heutige EU somit deutlich. Fast 10 % der deutschen Exporte gehen bereits in mittel- und osteuropäische Beitrittsländer, die damit für den deutschen Export schon jetzt fast so bedeutend wie die USA sind. Von den sich weiter vertiefenden Wirtschaftsbeziehungen zu den Beitrittsländern geht zudem grundsätzlich ein Wachstumsimpuls auch auf die Binnennachfrage aus.

Zudem bietet die EU-Erweiterung kleinen und mittleren Betrieben gute Kooperationsmöglichkeiten, betriebsgrößenspezifische Nachteile kompensieren zu können. Dies ist besonders für Betriebe interessant, die wegen zu geringer Kapitalstärke häufig nicht aus eigener Kraft wachsen können. Hier bieten Kooperationen mit einem oder mehreren Partnern gute Möglichkeiten. Dies gilt sowohl zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Inland wie zur Erschließung neuer Märkte mit einem inländischen Partner oder einem Unternehmen vor Ort.

Die EU-Erweiterung wird jedoch auch neue Wettbewerber hervorbringen. Von der EU-Osterweiterung werden vor allem technologisch fortgeschrittene und kapitalintensive Bereiche profitieren. Dagegen werden Wirtschaftsbereiche mit hohen Arbeitskostenanteilen und unterdurchschnittlichen Qualifikationen unter Anpassungsdruck auch auf ihrem Heimatmarkt kommen. Die EU-Erweiterung wird den Druck auf gering Qualifizierte erhöhen. Hohe Priorität muss daher einer qualifizierten Ausbildung, aber auch der kontinuierlichen Weiterbildung von Unternehmern und Beschäftigten zukommen.

Vor dem Hintergrund der verständlichen Sorgen mittelständischer Betriebe und Arbeitnehmer vor möglichen negativen Auswirkungen der EU-Erweiterung bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes hat die Bundesregierung in den Beitrittsverhandlungen flexible und zeitlich begrenzte Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit durchgesetzt, die ein schrittweises Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte ermöglichen. Es ist ein Verfahren vorgesehen, das eine Regelung des Zustroms von Arbeitnehmern nach nationalem Recht für einen Zeitraum von maximal sieben Jahren ermöglicht und eine entsprechende Regelung für besonders betroffene Bereiche des Dienstleistungssektors (Baugewerbe, Innendekorateure, Gebäudereiniger) in Deutschland vorsieht. Diese Regelung eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit einer bedarfsorientierten Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften.

Die EU-Erweiterung bietet auch für die Grenzregionen Chancen, da diese schrittweise aus ihrer Randlage heraustreten und von ihrer neuen Rolle als Bindeglied zu den Beitrittsländern wirtschaftlich profitieren können. Allerdings geht von der EU-Erweiterung auch ein zusätzlicher struktureller Anpassungsdruck aus, von dem die Grenzregionen besonders betroffen sind.

Zur Vorbereitung der Grenzregionen auf die EU-Erweiterung steht ein breites Spektrum von Programmen der EU, des Bundes und der Länder zur Verfügung. Damit können die Grenzregionen in der Förderperiode 2000−2006 an Fördermitteln der EU-Programme in Höhe von insgesamt 16,3 Mrd. € partizipieren. Der größte Teil geht in den Ausbau der Infrastruktur und verbessert damit auch die Standortbedingungen der kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort.

Ergänzt hat die EU-Kommission diese Programme durch die Grenzlandförderung zur Begleitung des besonderen Anpassungsdrucks der Grenzregionen in den fünf von der EU-Erweiterung betroffenen Mitgliedstaaten. Diese Förderung umfasst im Rahmen der "Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen" Mittel in Höhe von 265 Mio. €. Diese können für eine Reihe von Maßnahmen, u. a. Aufstockung des Budgets für Transeuropäische Netze (TEN), zusätzliche Mittel für Interreg und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), aber auch für das Programm "Jugend" genutzt werden.

Auf Chancen wie Herausforderungen der EU-Erweiterung muss sich die mittelständische Wirtschaft frühzeitig einstellen. Die Bundesregierung verfolgt daher im Rahmen ihrer Informationsund Kommunikationsstrategie das Ziel, gemeinsam mit den Einrichtungen der Wirtschaft die Unternehmen zu sensibilisieren, damit sie zum einen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den bisherigen Märkten verbessern und zum anderen die neuen Geschäftsmöglichkeiten nutzen.

5 Ausblick auf weitere Veröffentlichungen

Anfang Oktober haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ihren "Zweiten Fortschrittsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland" vorgelegt.

In diesem Fortschrittsbericht haben die Institute das Hauptaugenmerk auf Wirkungsanalysen

förder- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gelegt. Darüber hinaus wurden die technologische Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und regionale Ausstattungsunterschiede mit wichtigen Standortfaktoren vertieft untersucht. Wesentliche Inhalte des Berichts werden in der nächsten Ausgabe des Monatsberichts dargestellt.

Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland

1	Statistischer Befund	49
2	Höheres Wachstum in Frankreich	
	durch vergleichsweise robuste	
	Binnenkonjunktur	49
2.1	Anlageinvestitionen	50
2.2	Privater Konsum	52
2.3	Einkommen	52
2.4	Staatskonsum	52
3	Außenbeitrag in Deutschland höher	
	als in Frankreich	5 3
4	Entwicklung seit Mitte 2002 bis zum	
	aktuellen Rand: Was hat sich geändert?	5 3
5	Perspektiven	55

1 Statistischer Befund

Seit 1998 wuchs das französische Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich stärker als das deutsche. Davor (1991 bis 1997) verlief die Wirtschaftsentwicklung in beiden Ländern annähernd parallel; Ausnahme: Deutschland kam etwas günstiger aus der Rezession 1993 heraus, und zwar wegen der seinerzeit noch wirkenden Impulse im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit (insbesondere im Baubereich). 1996/1997 war der französische Wachstumsvorsprung nur gering (0,3 bzw. 0,4 Prozentpunkte). Danach erhöhten sich die Differenzen der BIP-Steigerungsraten auf 0,7 bis 1,7 Prozentpunkte.

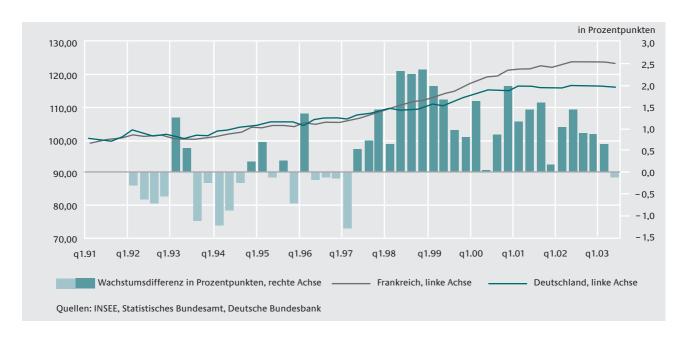
Seit Mitte 2002 ist in etwa ein Gleichlauf der BIP-Entwicklung in Deutschland und Frankreich zu beobachten; in beiden Ländern stagniert das Bruttoinlandsprodukt im Großen und Ganzen – in Frankreich seit Mitte 2002 und in Deutschland seit Mitte 2000. In Deutschland entwickelte sich das kalender- und saisonbereinigte BIP seit Mitte 2002 mit folgenden Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal: 3.Vj.02: + 0,1 %, 4.Vj.02: 0,0 %, 1.Vj.03: – 0,2 %, 2.Vj.03: –

0,1%; in Frankreich war die Entwicklung im gleichen Zeitraum nicht viel anders: +0,2%, -0,2 %, +0,1 %, -0,3 %. Abweichungen im Bereich von ein oder zwei Zehntel Prozentpunkten sollten nicht überbewertet werden, da das Bruttoinlandsprodukt am aktuellen Rand in Deutschland wie in Frankreich mit Hilfe von Fortschreibungsindikatoren und nicht mit Originärdaten geschätzt wird (z. B. Umsatzsteuerstatistik mit differenzierten Ergebnissen nach Bereichen), die zumeist erst mit einer zeitlichen Verzögerung von mindestens einem Jahr zur Verfügung stehen. Die Vorjahresveränderungsraten weisen im 1. Halbjahr 2003 insgesamt noch einen Wachstumsvorsprung Frankreichs aus; der aber erheblich zusammengeschrumpft ist. Er verringerte sich seit Mitte vergangenen Jahres sukzessive und zuletzt, im 2. Quartal 2003, wies Deutschland ein etwas höheres BIP- Wachstum auf. Die Phase dynamischeren Wachstums in Frankreich im Vergleich zu Deutschland scheint also zu Ende gegangen zu sein (Grafik 1).

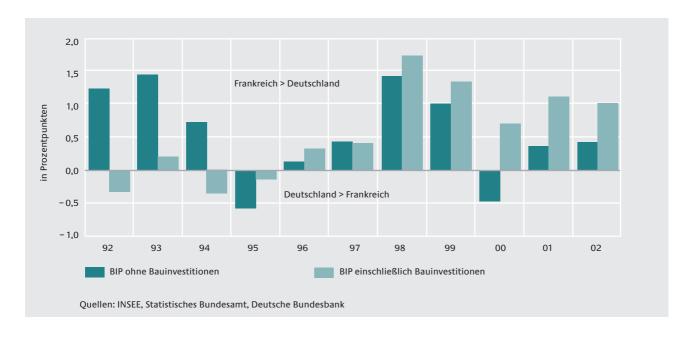
2 Höheres Wachstum in Frankreich durch vergleichsweise robuste Binnenkonjunktur

Die Wachstumsschere hat sich vor allem deswegen zu Gunsten Frankreichs stark geöffnet, weil die Binnenkonjunktur dort im Vergleich zu Deutschland relativ robust war. Dies betrifft alle inländischen Nachfrageaggregate. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (1998 Staatskonsum, 1999 privater Konsum), trugen in Frankreich seit 1998 alle Komponenten der Binnennachfrage zum Wachstum erheblich stärker bei als in Deutschland. Besonders stark wog in Deutschland die Anpassungskrise im Bausektor, die sich 2001/2002 weiter verschärfte. Zur Illustration: Die Wachstumsdifferenzen beim Bruttoinlandsprodukt ohne Bauinvestitionen sind seit 1998 deutlich niedriger ausgefallen als beim BIP insgesamt. Allein für die Jahre 2001/2002 erklärt dieser Sondereinfluss, der noch mit den Nachwirkungen der Deutschen Einheit im Zusammenhang steht (staatliche Förderung insbesondere im Bausektor in den neuen Ländern in der ersten Hälfte der

Grafik 1: Reales Wirtschaftswachstum in Frankreich und Deutschland BIP saisonbereinigt, konstante Preise, 1991 = 100



Grafik 2: Wachstumsdifferenzen mit und ohne Bauinvestitionen Veränderung in % gegenüber Vorperiode



90er Jahre), rein rechnerisch etwa 2/3 des Wachstumsunterschieds zwischen Deutschland und Frankreich (s. Grafik 2).

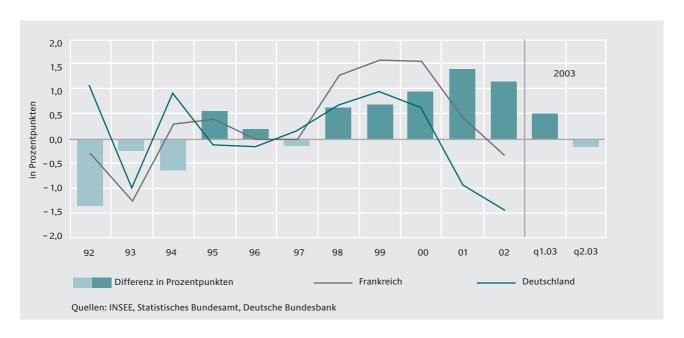
Im Einzelnen stellen sich die Unterschiede bei den einzelnen Komponenten der Binnennachfrage wie folgt dar:

2.1 Anlageinvestitionen

Nicht nur die Bauinvestitionen, sondern auch die Ausrüstungsinvestitionen und damit die gesamten Anlageinvestitionen verliefen in Deutschland wesentlich ungünstiger als in Frankreich (Grafik 3). Dies galt insbesondere in

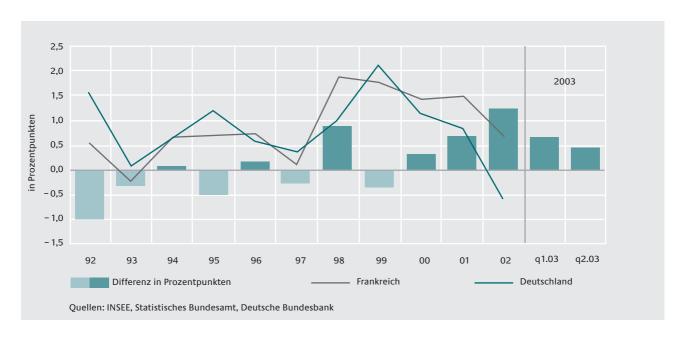
Grafik 3: Anlageinvestitionen, Wachstumsbeitrag

Anlageinvestitionen als Prozentanteil des BIP der Vorperiode, konstante Preise



Grafik 4: Private Konsumausgaben, Wachstumsbeitrag

Private Konsumausgaben in % des BIP der Vorperiode, konstante Preise



den Jahren 2001/2002. In diesem Zeitraum – vor allem im letzten Jahr – kam es in Deutschland zu einem starken Einbruch der Investitionstätigkeit, die mit der eingetrübten Weltkonjunktur (insbesondere wirtschaftliche Schwäche in den USA) zusammenhängt, was sich in Deutschland auch nach Auffassung des SVR stärker auswirkt als anderswo in

der EU. Hinzu kamen die ungünstigen Absatzperspektiven im Inland. Der letztgenannte Grund spielte möglicherweise eine bedeutende Rolle; Belastungen von der Kostenseite erklären die Investitionszurückhaltung im Vergleich zu Frankreich nicht, denn die Lohnstückkostenentwicklung (Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation

zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen = Produktivität) ist in Deutschland vergleichsweise moderat gewesen. Es gibt Indizien dafür, dass die Unternehmen in Deutschland stärker als in Frankreich konsolidiert haben (Stabilisierung der Verschuldungsquote und Erleichterungen bei der Zinsbelastung). Dabei ist in Deutschland das starke Gewicht des Telekomsektors zu berücksichtigen. Gerade angesichts der schwachen Nachfrageentwicklung und der gedämpften Perspektiven stand bei deutschen Unternehmen der Schuldenabbau im Vordergrund. Zum einen war dies ein Ergebnis der Normalisierung der Finanzinvestitionen. Zum anderen war es ein Reflex der allgemeinen Schwäche bei Anlageinvestitionen und des kräftigen Lagerabbaus. In einigen Branchen, insbesondere im Telekomsektor, wirkte sich auch ein erheblicher Druck der Finanzmärkte aus.

2.2 Privater Konsum

Entscheidend für die bessere französische Investitionsperformance waren die günstigere Absatzlage und -perspektiven, die sich vor allem in einer dynamischen Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte manifestierten. Der private Verbrauch entwickelte sich ab 1998 in Frankreich günstiger (Ausnahme 1999) und lieferte deutlich höhere Wachstumsbeiträge als in Deutschland; im letzten Jahr ging der Konsum der deutschen Privathaushalte sogar zurück und trug damit negativ zum Wirtschaftswachstum bei (s. Grafik 4). Auffällig ist, dass parallel hierzu die Verfügbaren Einkommen in Deutschland nur wenig zunahmen, während sie in Frankreich verhältnismäßig stark anstiegen; im letzten Jahr kam es in Deutschland zu einem außerordentlich starken Wachstumseinbruch der Verfügbaren Einkommen, die nur noch um 0,5 % wuchsen, während sie in Frankreich um 3,9 % zunahmen. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wurde allerdings in Deutschland im Jahr 2002 weniger durch die Teuerung gemindert als in Frankreich. Die Sparquote stieg in Frankreich in den letzten Jahren sogar noch etwas stärker als in Deutschland und liegt dort deutlich über dem langjährigen Durchschnitt.

2.3 Einkommen

Die vergleichsweise günstige Entwicklung der Verfügbaren Einkommen in Frankreich wird vor allem aus den Bruttolöhnen und -gehältern gespeist, die dort dynamischer waren als in Deutschland. Dahinter stehen einerseits ein deutlich stärkerer Beschäftigungsaufbau und andererseits höhere Steigerungsraten der Effektivlöhne. Seit 1996 werden (je nach Jahr) 30 % bis 60 % des Unterschieds in den Steigerungsraten der Bruttolöhne und -gehälter aus höheren Effektivlohnzunahmen in Frankreich gespeist; der Rest erklärt sich aus einem schwächeren Anstieg der Abgabenbelastung und der günstigeren Beschäftigungsentwicklung. Dabei scheint aber der zweite Arbeitsmarkt in Frankreich eine gewichtige Rolle gespielt zu haben. Ein ähnliches Bild ergeben auch andere Einkommensindikatoren wie Nettolöhne und -gehälter. Sie alle zeigen das kräftigere Einkommenswachstum, das seinerseits zu einem guten Teil die relative Stärke der französischen Binnenkonjunktur erklärt.

2.4 Staatskonsum

Weitere Wachstumsimpulse von der binnenwirtschaftlichen Seite erfuhr die französische Wirtschaft vom Staatskonsum. Seit 1999 bis zum aktuellen Rand (2. Quartal) trug der Staatskonsum in Frankreich viel stärker zum Wirtschaftswachstum bei als in Deutschland. Allein im letzten Jahr lag der entsprechende Wachstumsbeitrag in Frankreich mit 0,9 Prozentpunkten des realen BIP-Anstiegs dreimal so hoch wie in Deutschland (0,3 Prozentpunkte). Die deutlich flachere Entwicklung des deutschen Staatskonsums trotz der starken Ausgabendynamik im Sozialversicherungsbereich - spiegelt die Konsolidierungsanstrengungen auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften wider, die mit deutlichen Personaleinsparungen einhergingen (allein beim

Bund 1 ½ % pro Jahr). Die langfristigen Wirkungen – z.B. höherer Staatskonsum in Frankreich und evtl. höhere Defizite – können diesen Effekt allerdings konterkarieren.



3 Außenbeitrag in Deutschland höher als in Frankreich

Die Wachstumsimpulse der Nettoexporte (= Außenbeitrag = Exporte-Importe) lagen in den Jahren 2000 bis 2002 in Deutschland deutlich höher als in Frankreich. Dies war aber nur zum Teil Reflex einer besseren Exportperformance. Hinzu kamen in den letzten beiden Jahren die Auswirkungen der schwachen Binnenkonjunktur, die zu einem Einbruch der Importe führte, was – trotz der zu verzeichnenden Exportabschwächung – rein rechnerisch hohe Wachstumsimpulse vom Außenbeitrag bedeutete.

Die weltwirtschaftliche Abkühlung scheint die französische Exporttätigkeit auf den ersten Blick stärker zu beeinträchtigen als die deutsche. In den letzten beiden Jahren lag das französische Exportwachstum um 4,0 bzw. 1,9 Prozentpunkte unter dem deutschen.

Dies täuscht aber darüber hinweg, dass Deutschland wahrscheinlich in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Schwäche in den USA getroffen wurde. Ein Gutteil der negativen Wirkungen ist weniger an den Handelsströmen, sondern auch an inländischen Nachfragekomponenten – insbesondere den Bruttoanlageinvestitionen – sichtbar. Diese indirekten Wirkungen ergeben sich durch Kapitalverflechtungen mit dem US-amerikanischen Wirtschaftsraum.

In einer umfassenden Analyse hat der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2001/2002 die These bestätigt, dass Deutschland "im Vergleich zum übrigen Euro-Raum insgesamt etwas stärker von konjunkturellen Schwankungen in den Vereinigten Staaten betroffen" ist. So führte "allein die Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in den Vereinigten Staaten um rund drei Prozentpunkte im Jahre 2001 zu einem Rückgang der deutschen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von knapp einem Prozentpunkt. Auch scheinen sich negative konjunkturelle Veränderungen in den Vereinigten Staaten stärker auf Deutschland zu übertragen und zudem persistenter zu sein als positive". 1 Dies könnte also mit ein Grund dafür sein, dass die Investitionskonjunktur in Deutschland bereits seit über zwei Jahren zur Schwäche neigt.

4 Entwicklung seit Mitte 2002 bis zum aktuellen Rand: Was hat sich geändert?

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts fällt auf, dass der Wachstumsvorsprung Frankreichs bei wichtigen Nachfrageaggregaten bis zum aktuellen Rand weggeschmolzen ist:

Seit dem 1. Quartal 2003 weist auch in Deutschland der private Konsum wieder positive Wachstumsbeiträge aus, die zuletzt nur wenig niedriger als in Frankreich lagen. Offensichtlich hat sich der Attentismus zu lösen begonnen, der im letzten Jahr – zusammen mit der ungünstigen Einkommensentwicklung – die Konsumentwicklung beeinträchtigt hat. Gleichwohl kann man bei der Konsumkonjunktur in Deutschland allenfalls von Stabilisierungstendenzen sprechen; die Entwicklung ist noch alles andere als befriedigend, d. h. von ihr gehen derzeit keine deutlichen und nachhaltigen Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus.

¹ Jahresgutachten 2001/2002, Ziffer 479

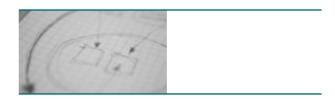
Der Einbruch des privaten Konsums in Deutschland im letzten Jahr hängt – neben der Konsumzurückhaltung (Euro-Einführung, Spannungen im Mittleren Osten) mit der sehr ungünstigen Entwicklung der Verfügbaren Einkommen zusammen, die nur um 0,5 % zunahmen. Dahinter stand ein nur marginaler Anstieg der Nettolöhne und -gehälter, und zwar wegen vor allem rückläufiger Beschäftigung, geringen Effektivlohnanstiegs und Beitragssatzanhebungen (gesetzliche Krankenversicherung). Im 1. Halbjahr 2003 zogen diese Einflussfaktoren insgesamt die Nettolohnsumme zwar weiter nach unten; allerdings nahmen die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen, die inzwischen etwa ¼ der Primäreinkommen der privaten Haushalte ausmachen, wieder deutlich zu (nach einem Einbruch im letzten Jahr). Daher haben sich die Verfügbaren Einkommen in der ersten Jahreshälfte erholt und stiegen um 1,9 % an. Trotz der größer gewordenen Belastungen seitens der Nettolöhne und -gehälter nahmen die Verfügbaren Einkommen zuletzt viel stärker als im letzten Jahr zu, allerdings aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr starken Ansatzes für die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, einer Größe, die primärstatistisch nicht verlässlich abgesichert ist. Diese Zahlen für das erste Halbjahr 2003 sollten daher nicht überinterpretiert werden.

Seitens der Einkommensentwicklung gibt es Indizien, die dafür sprechen, dass der Einkommensvorsprung (in Vorjahresveränderungen gemessen) Frankreichs am aktuellen Rand noch besteht. So hat zwar die Beschäftigungsperformance in Frankreich nachgelassen, allerdings ist sie in Deutschland noch ungünstiger geworden, so dass eine Scherenentwicklung zu Gunsten Frankreichs zu verzeichnen ist. Insofern könnte sich am aktuellen Rand die relative Position Frankreichs auch beim privaten Konsum wieder verbessern. Ein weiteres Indiz dafür ist auch, dass die Nettolöhne und -gehälter in Deutschland im 1. Halbjahr 2003 deutlich rückläufig gewesen sind. Dass gleichwohl der private

Konsum in Deutschland gegenüber Frankreich aufgeholt hat, könnte mit Nachholbedarf nach einer langen Periode der Kaufzurückhaltung zu erklären sein.

Auch die Impulse vom Staatskonsum haben sich angenähert. Im 2. Quartal 2003 bestand aber noch ein geringer Vorsprung Frankreichs trotz der hohen Ausgabensteigerungen im gesetzlichen Sozialversicherungsbereich in Deutschland (Krankenversicherung).

Bei den Investitionen zeigten sich mit dem Schlussquartal letzten Jahres in Deutschland bereits Stabilisierungstendenzen, die bis zuletzt angehalten haben; gleichwohl lagen die Beiträge zum BIP-Wachstum noch stark im negativen Bereich, viel stärker noch als in Frankreich: im 1. Quartal hatte noch das harte Winterwetter die Anlageinvestitionen (Bau!) deutlich nach unten gezogen. Im 2. Quartal ist in Deutschland der negative Wachstumsbeitrag von den Anlageinvestitionen deutlich kleiner geworden und liegt nun in etwa so hoch wie in Frankreich. Negative Einflussfaktoren, wie Attentismus der Investoren, Konsolidierung der Unternehmen, weltwirtschaftliche Abkühlung (insbesondere in den USA), ungünstige Absatzperspektiven im Inland, die die Investitionstätigkeit im letzten Jahr in Deutschland erheblich nach unten gezogen haben, scheinen geringer geworden zu sein.



Insgesamt stellen sich die Wachstumsbeiträge der gesamten Inlandsnachfrage in Frankreich und Deutschland im ersten Halbjahr 2003 in ähnlicher Größenordnung dar; im Gegensatz zum Jahre 2002, als in Deutschland die inländische Verwendung das BIP stark nach unten zog.

Der Außenbeitrag hat in der ersten Hälfte dieses Jahres sowohl in Frankreich als auch in Deutschland negativ zum Wachstum beigetragen. In Frankreich waren die negativen Wachstumsbeiträge allerdings geringer als in Deutschland. In Deutschland resultieren die negativen Wachstumsbeiträge – bei schwacher Ausfuhrentwicklung – aus der Belebung der Importe infolge der Stabilisierung der Binnenkonjunktur. Im Vergleich dazu hatte es im letzten Jahr trotz außenwirtschaftlicher Abschwächung in Deutschland starke Wachstumsimpulse von den Nettoexporten gegeben, weil die Importe angesichts der schwachen Inlandsnachfrage eingebrochen waren.

5 Perspektiven

Hinsichtlich der weiteren Perspektiven der Binnenkonjunktur in Deutschland ist das Bild gemischt: Der Private Konsum wies einerseits im 1. Halbjahr wieder positive Wachstumsbeiträge auf; andererseits ist Einkommensentwicklung wahrscheinlich weiter gedämpft (rückläufige Beschäftigung!); von daher ist allenfalls mit einer mäßigen Erholung der Verbrauchskonjunktur zu rechnen, wenn sich die Konsumzurückhaltung weiter auflöst. Gemessen an den Einkommensperspektiven scheinen die Aussichten für den privaten Konsum in Frankreich günstiger als in Deutschland.

Bei der gewerblichen Investitionskonjunktur erscheinen dagegen die Perspektiven in Deutschland in mancher Hinsicht günstiger als in Frankreich zu sein. Dafür sprechen u. a. die beachtlichen Konsolidierungsfortschritte bei deutschen Unternehmen (Stabilisierung der Verschuldungsquote, rückläufige Zinslastquote wegen gesunkenen Zinsniveaus).

Internationale Bundeswehreinsätze in 2003 und ihre Berücksichtigung im Bundeshaushalt

Verändertes sicherheitspolitisches Umfeld 57 Internationale Bundeswehreinsätze 58 2.1 SFOR, KFOR, Operation CONCORDIA 58 2.2 Operation ENDURING FREEDOM (OEF) 58 2.3 INTERNATIONAL SECURITY ASSIS-TANCE FORCE (ISAF) 59 2.4 EU-Operation ARTEMIS 59 2.5 UNOMIG (VN-Beobachtermission) 60 Ausgabenplanung 60 Haushaltsmäßige Berücksichtigung 61 4.1 Veranschlagung 62 4.2 Verstärkungsmöglichkeiten 62

1 Verändertes sicherheitspolitisches Umfeld

Die außen- und sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich nach dem Ende des Ost/West-Konflikts und der wiedergewonnenen staatlichen Einheit unseres Landes grundlegend verändert. Sie ist zudem komplexer geworden als in früheren Jahrzehnten. Die Bedrohung geht nicht mehr von starken Staaten aus. Vielmehr beschäftigen uns schwache Staaten (oft als "Schurkenstaaten" bezeichnet) und nichtstaatliche Akteure. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen sprechen für sich. Charakteristisch für diese auch als asymmetrische Bedrohung bezeichnete Gefährdungssituation sind insbesondere ein internationaler Terrorismus fundamental-islamistischer Prägung sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und weit reichenden Trägermitteln. Zur Gefährdungssituation komplexen ferner regionale Krisen und ethnische Konflikte, oft infolge eines Staatenzerfalls. Die neuen Risikofaktoren können die Sicherheit Deutschlands und die Stabilität Europas unmittelbar, auch über größere Entfernungen, beeinträchtigen. Sie sind zudem weniger berechenbar und erfordern eine umfassende und vorausschauende Sicherheitsvorsorge, die weit über das Militärische hinausgeht, aber ohne leistungsfähige Streitkräfte nicht auskommt.

Deutschland ist heute einer der größten Truppensteller für internationale Friedenseinsätze. Gegenwärtig sind rd. 7600 Soldaten (Stand: Ende August 2003) in sieben Einsätzen und drei Erdteilen gefordert. Dies entspricht den Interessen Deutschlands und auch der Verantwortung Deutschlands als große und leistungsfähige europäische Nation mit internationalen Verpflichtungen.

Die wichtige Rolle Deutschlands und seine Verantwortung für die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zeigen sich in Anzahl, Intensität, Umfang und Dauer der Einsätze der Bundeswehr. Dabei übernimmt die Bundeswehr auch immer häufiger Führungsaufgaben innerhalb multinationaler Einsätze, wie im Kosovo oder in Kabul. Das Einsatzspektrum der Bundeswehr umfasst mittlerweile alle Arten internationaler Einsätze, von der Teilnahme an einer reinen Beobachtermission im unbewaffneten Einsatz (UNOMIG) bis zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Operation ENDURING FREE-DOM (OEF), die nicht nur auf entsprechenden VN¹-Sicherheitsrats-Resolutionen basiert, sondern darüber hinaus auch ein Einsatz gemäß Art. 5 des Nordatlantikvertrages (Beistandsfall) ist. Die Bundeswehr trägt durch diese Einsätze dazu bei, gewaltsame Konflikte zu verhindern oder zu beenden sowie Krisen zu bewältigen und Friedensprozesse zu konsolidieren. In den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung heißt es: "Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch

¹ Vereinte Nationen

eingrenzen. Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben ...". Der Bundesverteidigungsminister hat diesen Gedanken vor einigen Monaten durch die mittlerweile viel zitierte Aussage auf den Punkt gebracht, dass Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird.

2 Internationale Bundeswehreinsätze in 2003

2.1 SFOR, KFOR und Operation CONCORDIA

Von den derzeit insgesamt etwa 7600 deutschen Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sind allein etwa 5000 auf dem Balkan eingesetzt. Sie unterstützen dort Internationale Organisationen bei der Entwicklung demokratischer Übergangsstrukturen. Die Sicherstellung friedlicher und normaler Lebensbedingungen für die Bewohner gehört ebenfalls zu den Aufgaben. Deutschland beteiligt sich dabei an der NATO-geführten Stabilisation-Force (SFOR) in Bosnien-Herzegowina, der ebenfalls NATO-geführten Kosovo-Force (KFOR) im Kosovo sowie der EU-geführten Operation CONCORDIA in Mazedonien.

Im Rahmen der SFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina gewährleisten über 1300 Soldaten und Soldatinnen für alle Bürger des Landes einen friedlichen Ablauf der Wiederaufbaumaßnahmen. Mit vielfältigen Mitteln wird dazu beigetragen, dass ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen vorangebracht werden kann. Das SFOR-Mandat besteht seit 1996/97 und wird jährlich durch den VN-Sicherheitsrat verlängert.

Im Kosovo (KFOR) ermöglicht die Bundeswehr mit rd. 3 600 Soldaten und Soldatinnen die freie Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge in ihre Heimat. Auch bei der Minensuche

und Minenbeseitigung sind deutsche Soldaten im Einsatz. Das seit 1999 bestehende KFOR-Mandat wurde jeweils im Jahresrhythmus und nach Befassung des Deutschen Bundestages verlängert, zuletzt im Juni 2003 um weitere zwölf Monate.

Bei der EU-geführten Operation CONCORDIA in Mazedonien handelt es sich um die erste EUgeführte Militäroperation überhaupt. Sie wird unter Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten auf der Grundlage des "Berlin Plus"-Abkommens durchgeführt. Sie unterstützt die internationale Gemeinschaft bei ihren politischen Bemühungen um die endgültige friedliche Beilegung des innermazedonischen Konflikts und fördert zugleich die Befriedung und Stabilisierung der Balkanregion gemäß dem Ohrid-Abkommen. Unter französischem Kommando (Force Head Quarter) sind bis zu 70 deutsche Soldaten dort eingesetzt. Die EU-geführte Operation begann am 31. März dieses Jahres als Nachfolgeoperation des NATO-Einsatzes ALLIED HAR-MONY. Sie wurde zunächst für sechs Monate geplant (bis Ende September d.J.) und kürzlich bis zum 15. Dezember 2003 verlängert.



2.2 Operation ENDURING FREEDOM (OEF)

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – ausgelöst durch die Ereignisse des 11. Septembers 2001 – beteiligt sich Deutschland auf der Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates

der Vereinten Nationen an der Operation ENDURING FREEDOM (OEF). Hierfür können bis zu 3 900 Soldaten und Soldatinnen bereitgestellt werden. Derzeit sind etwa 700 deutsche Soldaten im Einsatz. OEF findet in verschiedenen Erdteilen statt. Am Horn von Afrika sind zzt. mehrere Schiffe der Marine stationiert. Sie sollen von dort aus die Sicherheit der Seewege gewährleisten und Verbindungswege terroristischer Organisationen unterbrechen. Zusätzlich sind Seefernaufklärer der Marine zur Überwachung des Schiffsverkehrs der Region eingesetzt. Hinzu kommt die Teilnahme an der TASK FORCE EN-DEAVOUR (östliches Mittelmeer) sowie seit dem 1. Oktober dieses Jahres an der TASK FORCE STROG (Straße von Gibraltar) zum Schutze der Handelsschifffahrt. Der aktuelle OEF-Einsatz ist bis zum 15. November dieses Jahres befristet und kann mit Zustimmung des Deutschen Bundestages verlängert werden.

2.3 INTERNATIONAL SECURITY ASSISTANCE FORCE (ISAF)

Die VN-Friedensmission für Afghanistan, die INTERNATIONAL SECURITY ASSISTANCE FORCE (ISAF), soll die Staatsorgane Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und seiner unmittelbaren Umgebung unterstützen. Bis vor kurzem war Deutschland mit den Niederlanden in der Führungsverantwortung als so genannte "Lead-Nation" (Führungsnation). Hierdurch wurde der Anteil deutscher Soldaten am ISAF-Kontingent deutlich erhöht und betrug bis zu 2500 deutsche Soldaten und Soldatinnen, die in Kabul und Umgebung stationiert waren. Seit dem 11. August 2003 ist der ISAF-Einsatz in die Führungsverantwortung der NATO übergegangen. Vorbehaltlich der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages hat die Bundesregierung am 15. Oktober 2003 die Fortsetzung der ISAF-Beteiligung in der Region Kabul für die kommenden zwölf Monate beschlossen.

Angesichts der nach wie vor instabilen Lage in Afghanistan hat die Bundesregierung am 15. Oktober 2003 außerdem – auf der Grundlage der VN-Resolution 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, eines entsprechenden NATO-Beschlusses und vorbehaltlich der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages - die Erweiterung der deutschen Beteiligung am ISAF-Einsatz über die Region Kabul hinaus beschlossen (ISAF-Inseln). Dabei geht es um die Bereitstellung von sog. Wiederaufbau-Teams (Provincial Reconstruction Teams - PRT), die zivile Helfer etwa bei der Errichtung von Infrastrukturprojekten wie Brücken, Schulen oder Krankenhäusern schützen sollen. Einsatzort für die deutschen Soldaten wird die nördlich von Kabul gelegene Region Kunduz sein. Darüber hinaus können deutsche Streitkräfte zur mobilen Unterstützung von zeitlich und im Umfang begrenzten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Absicherung von Wahlen in Afghanistan eingesetzt werden.

Zur Wahrung der bisherigen und der erweiterten ISAF-Aufgaben insgesamt werden bis zu 2 250 deutsche Soldaten eingesetzt, davon bis zu 450 in der Region Kunduz. Der gesamte Einsatz ist bis zum 13. Oktober 2004 befristet.

2.4 EU-Operation ARTEMIS

In der Bürgerkriegsregion Bunia in der Demokratischen Republik Kongo (ehem. Zaire) sind durch Übergriffe verfeindeter Milizen auf die Bevölkerung katastrophale Verhältnisse entstanden. Auf Bitten der Vereinten Nationen wurde die UN-Mission MONUC (Mission d'Oberservation des Nations Unies au Congo) seit Juni diesen Jahres von einer multinationalen Eingreiftruppe unter Führung der EU zeitlich befristet verstärkt, um die Sicherheitslage zu stabilisieren und die humanitäre Situation der Bevölkerung zu verbessern. Die EU-geführte Eingreiftruppe (European Union Force, EUFOR) wurde wiederum von Frankreich geleitet. Der Operationsname innerhalb der EU lautete ARTEMIS.

Die Bundeswehr unterstützte den EU-Einsatz im Kongo durch Versorgungsflüge mit Transall-Maschinen ins benachbarte Uganda sowie durch Bereithaltung des "Fliegenden Hospitals" der Bundeswehr namens AIRMEDEVAC (Air Medical Evacuation). Deutsche Bundeswehrsoldaten wurden allerdings nicht direkt in den Kongo entsandt. Zur Wahrnehmung von Planungsaufgaben waren zudem Offiziere nach Frankreich abkommandiert, da ARTEMIS von Frankreich aus geführt wurde. Der Einsatz in Bunia war die erste EU-geführte militärische Operation ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten. Die Operation endete am 1. September 2003.

2.5 UNOMIG (VN-Beobachtermission)

An der seit 1993 eingesetzten VN-Beobachtermission in Georgien UNOMIG (United Nations Observer Mission in Georgia) beteiligen sich insgesamt 23 europäische, asiatische und amerikanische Staaten, davon zehn NATO-Mitglieder. Der Auftrag der derzeit elf eingesetzten Bundeswehrsoldaten ist die Kontrolle und Überwachung des Moskauer Waffenstillstands- und Truppenentflechtungsabkommens Georgien und Abchasien. Deutschland ist im Rahmen dieses VN-Blauhelm-Einsatzes auch für die medizinische Versorgung des Gesamtkontingents von rd. 100 militärischen Beobachtern zuständig. Seit Bestehen der Mission wurde das Mandat vom VN-Sicherheitsrat jeweils um sechs Monate verlängert, zuletzt bis zum 31. Januar 2004. Eine konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an UNOMIG ist nicht erforderlich, da es sich um eine reine Beobachtermission in einem unbewaffneten Einsatz handelt.

3 Ausgabenplanung

Vor jeder Entscheidung des Bundeskabinetts und einer konstitutiven Befassung des Deutschen Bundestages über einen neuen oder die Verlängerung eines bestehenden internationalen Bundeswehreinsatzes wird vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) eine möglichst detaillierte Schätzung der voraussichtlichen einsatzbedingten Zusatzausgaben dieses Einsatzes vorgenommen. Neben der jeweiligen einzelfallbezogenen Prognose werden die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die internationalen Einsätze der Bundeswehr jährlich im Rahmen der allgemeinen Haushaltsaufstellung vom BMVg geplant und vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) geprüft, um sie unter Berücksichtigung der einschlägigen zentralen Haushaltsgrundsätze - z.B. der Vorherigkeit, Vollständigkeit, zeitlichen und sachlichen Spezialität – bedarfsgerecht im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes (Einzelplan 14) sowie der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagen zu können.

Bei der Ausgabenplanung dürfen nur einsatzbedingte Zusatzausgaben ermittelt werden, deren Kausalität ausschließlich in diesem anstehenden Einsatz begründet sind. Als einsatzbedingte Zusatzausgaben können somit nur Ausgaben gelten, die ohne den Einsatz nicht entstehen würden, insbesondere:

- Zusatzausgaben beim Personal (sog. Auslandsverwendungszuschlag, Personalausgaben für Ortskräfte),
- nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben, z. B. für logistische Transporte, Mieten und Pachten, Hin- und Rückverlegung von Personal und Material.
- zusätzliche Materialerhaltungsausgaben aufgrund des intensiveren Einsatzes der Waffensysteme und sonstigen Geräte,
- Ausgaben für einsatzbedingte Sofortbeschaffungen,
- einsatzbedingte Infrastruktur.

Die so definierten einsatzbedingten Zusatzausgaben für die internationalen Einsätze der Bundeswehr wurden vom BMVg im Rahmen der allgemeinen Haushaltsaufstellung für 2003 zu Beginn des Jahres auf etwa 1530 Mio. € geschätzt. Die Ausgabenplanung bei den Auslandseinsätzen unterliegt allerdings besonderen

Unwägbarkeiten. Vor allem Art, Umfang und Dauer der Einsätze sind im Vorhinein oft nicht hinreichend konkret absehbar. Häufig ändern sich während des laufenden Haushaltsjahres die politischen oder militärischen Rahmenbedingungen der Einsätze. Außerdem können neue Einsätze hinzukommen, so dass die Ausgabeplanungen regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben werden müssen. Aus heutiger Sicht (Stand: 22. August 2003) wird für 2003 mit einem um 105 Mio. € auf ca. 1425 Mio. € verringerten Ausgabenbedarf für internationale Einsätze gerechnet. Davon entfallen etwa 845 Mio. € auf die Einsätze in Südosteuropa (SFOR, KFOR, CONCORDIA), rund 220 Mio. € auf OEF, rund 350 Mio. € auf ISAF und rund 10.5 Mio. € auf ARTEMIS.



Die Gründe für die Unwägbarkeiten der diesbezüglichen Haushaltsplanung im Einzelnen sind vielfältig. Bei OEF beispielsweise treten Ausgabenverringerungen in diesem Jahr dadurch ein, dass der Einsatz des ABC-Abwehrkontingents in Kuwait zur Jahresmitte beendet und das Marinekontingent für den Einsatz am Horn von Afrika verringert wurde. Die Beendigung von Einsätzen oder die Reduzierung von Teilkontingenten, z. B. beim SFOR-Einsatz, hat ferner zur Folge hat, dass hierfür vorgesehene Beschaffungsvorhaben aus der Planung herausgenommen werden.

Bei der Operation ISAF ist davon auszugehen, dass sich die Ausgaben in 2003 durch den Übergang der Leitfunktion von Deutschland auf die NATO seit Mitte August dieses Jahres reduzieren werden. Ein deutlich verringertes deutsches Engagement sowie eine Reduzierung einsatzbedingter Sofortbeschaffungen sind die Folge. Dieser entlastende Effekt wird allerdings teilweise kompensiert durch die vor wenigen Tagen von der Bundesregierung beschlossene Erweiterung des Einsatzes über die Region Kabul hinaus.

Bei Auslandseinsätzen wird jedem Soldaten – neben seinen fortlaufenden Dienstbezügen – ein sog. Auslandsverwendungszuschlag nach § 58 a Bundesbesoldungsgesetz gezahlt, dessen Höhe nach der Gefährdungslage gestaffelt ist. Verringert sich die Gefährdungslage in der Krisenregion, z.B. als Erfolg der politischen und militärischen Bemühungen, soll der Auslandsverwendungszuschlag abgesenkt werden.

Nicht selten kommen im Verlauf eines Haushaltsjahres neue Bundeswehr-Einsätze hinzu. In diesem Jahr sind bzw. waren dies die EU-geführten Operationen CONCORDIA und ARTEMIS sowie die erwähnte Erweiterung des Afghanistan-Einsatzes über Kabul hinaus nach Kunduz. Bei neuen Einsätzen ist regelmäßig zu klären, inwieweit der zusätzliche Ausgabebedarf aus den veranschlagten Haushaltsmitteln finanziert werden kann. Der BMF überprüft dies jeweils anhand der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der aktuellen Ausgabenschätzungen des BMVg. Die Bundesregierung informiert zudem regelmäßig den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in Form halbjährlicher Berichte über die Ausgabenentwicklung der internationalen Einsätze der Bundeswehr. Hierdurch wird der Haushaltsausschuss in die Lage versetzt, bei neuen finanzwirksamen Maßnahmen die Vereinbarkeit mit dem laufenden Haushalt und künftigen Haushalten des Bundes prüfen zu können (§ 96 GOBT - Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages).

4 Haushaltsmäßige Berücksichtigung

Wegen der geschilderten besonderen Unwägbarkeiten bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist eine spezielle haushaltsmäßige Flexibilität im Haushaltsvollzug erforderlich. Sie wird dadurch gewährleistet, dass neben der Veranschlagung bestimmte Verstärkungsmöglichkeiten vorgesehen sind.

4.1 Veranschlagung

Die spezifischen einsatzbedingten Zusatzausgaben - genauer "Ausgabeermächtigungen" für die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden seit dem Jahr 2001 zunehmend an einer besonderen Stelle im Einzelplan 14 veranschlagt, dem Kapitel 1403 Titelgruppe 08. Die übergeordnete Zweckbestimmung der Titelgruppe 08 lautet "Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen – humanitären und sonstigen - Einsätzen". In Titelgruppen können Ausgabeermächtigungen zusammengefasst werden, die für eine einheitliche Verwaltungsaufgabe bestimmt sind. Der Vorteil dieser Projektveranschlagung besteht darin, dass durch die direkte Zuordnung aller Ausgaben zu einem bestimmten Zweck (Auslandseinsätze) mehr Transparenz erreicht und so ein "Projekt-Controlling" ermöglicht wird.

Die Ausgaben werden in der Titelgruppe nicht getrennt nach Einsätzen aufgeführt. Nach der allgemeinen Haushaltssystematik des sog. Gruppierungsplanes ist vielmehr nach bestimmten ökonomischen Ausgabearten − in Anlehnung an das Staatskonto in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung − zu unterscheiden. Entsprechend besteht die Titelgruppe 08 aus den in Tabelle 2 wiedergegebenen fünf Titeln, die zu Ausgaben für Auslandseinsätze in 2003 in Höhe von insgesamt 869,5 Mio. € ermächtigen.

Darüber hinaus sind für die deutsche Beteiligung an den Einsätzen SFOR und KFOR in weiteren einzelnen Titeln des Verteidigungshaushaltes (sog. originäre Titel) bestimmte Ausgaben veranschlagt, die diesen Auslandseinsätzen nicht unmittelbar zugeordnet werden können. Es handelt sich hierbei u. a. um Einsatzvorbereitungsausgaben, z. B. für Simulationsgeräte oder

spezielle Schutzausrüstungen. In diesem Jahr sind hierfür insgesamt 283,5 Mio. € veranschlagt.

Insgesamt sind damit Ausgaben für internationale Einsätze in 2003 in Höhe von 1153 Mio. € veranschlagt (Tabelle 1). Dabei haben sich BMVg und BMF die Erfahrungen des Haushaltsjahres 2002 zunutze gemacht. Es hatte sich gezeigt, dass die tatsächlichen Ausgaben für Auslandsder einsatzbedingten einsätze aufgrund Unwägbarkeiten gegenüber der ursprünglichen Jahresplanung deutlich niedriger sein können: Sie hatten sich in 2002 gegenüber der ursprünglichen Planung der Bundesregierung schließlich um fast 23 % auf 1,5 Mrd. € verringert. Im Sinne einer bedarfsgerechten Veranschlagung wurde deshalb für 2003 auf einem moderat abgesenkten Niveau veranschlagt. Die aktuelle Planung für dieses Jahr mit bisher gut 100 Mio. € an Minderausgaben bestätigt diese Vorgehensweise.

Tabelle 1: Veranschlagung der Ausgaben für internationale Bundeswehreinsätze

Titel	Veranschlagung 2003
	Mio. €
1. Personalausgaben	121,7
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	100,8
3. Erhaltung von Wehrmaterial	100,4
4. Militärische Beschaffungen	529,1
5. Militärische Anlagen	17,5
Summe Kapitel 1403 Titelgruppe 08	869,5
Sonstige originäre Titel im Einzelplan 14	283,5
Gesamt	1.153,0

4.2 Verstärkungsmöglichkeiten

Eine spezielle Flexibilität im Haushaltsvollzug bei den Ausgaben für Auslandseinsätze wird durch mehrere Verstärkungsmöglichkeiten, die im Kapitel 1403 Titelgruppe 08 fixiert sind, gewährleistet. Dabei handelt es sich um sog. Deckungsvermerke. Deckungsvermerke sind ver-

bindliche Regelungen im Haushaltsplan, die die Möglichkeit eröffnen, bestimmte Titel durch Einsparungen bei bestimmten anderen Titeln zu verstärken.

- 1. Die Haushaltsmittel der Titelgruppe 08 sind für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Personalmehrausgaben beispielsweise können durch Minderausgaben bei den anderen vier Titeln, z. B. bei militärischen Beschaffungen, gedeckt werden. Insoweit kann bei dieser Titelgruppe auch von einem kleinen "Spezialhaushalt" mit einem flexiblen Eigenleben gesprochen werden.
- 2. Bei einem Finanzbedarf für internationale Einsätze, der über die Haushaltsmittel der Titelgruppe 08 hinausgeht, ist es BMVg möglich, Mehrausgaben bis zur Höhe von 192 Mio. € zu leisten, ohne dies selbst aus dem Einzelplan 14 finanzieren zu müssen. Der Mehrbedarf wird vielmehr vom BMF durch Einsparungen an anderer Stelle im Bundeshaushalt ausgeglichen. Insoweit ist diese Maßnahme an die Einwilligung des BMF geknüpft.
- 3. Sollte auch diese erweiterte Verstärkungsoption nicht ausreichen, besteht die Möglichkeit, notwendige Mehrausgaben für internationale Einsätze durch Einsparungen an (irgend-)einer anderen Stelle im Verteidigungshaushalt (kapitelübergreifende Deckungsfähigkeit) oder durch Verwendung bestimmter Einnahmen, die normalerweise dem Bundeshaushalt zufließen würden, zu finanzieren (sog. unechte Deckungsfähigkeit).

Insgesamt wird hierdurch eine haushaltsmäßige Vorsorge erzielt, die den aktuell zu erwartenden Ausgabebedarf in diesem Jahr für internationale Einsätze von gut 1,4 Mrd. € stufenweise zu decken im Stande ist (Tabelle 2).

Tabelle 2: Vorsorge im Verteidigungshaushalt 2003 für internationale Bundeswehreinsätze

Vorsorge 2003	Mio. €
Veranschlagung mit Flexibilität gemäß Ziff. 1. (s. Tabelle 1)	1153
Verstärkungsmöglichkeit gemäß o.g. Ziff. 2.	192
Verstärkungsmöglichkeit gemäß o. g. Ziff. 3.	80
Vorsorge	1425

Im Verteidigungshaushalt ist allerdings auch für den umgekehrten Fall Vorsorge getroffen, dass die Ausgaben für die Bundeswehreinsätze die veranschlagten Beträge im Laufe des Jahres 2003 nicht erreichen, also Einsparungen entstehen. Normalerweise verfallen nicht genutzte Haushaltsermächtigungen am Jahresende, d. h. sie stehen dem Fachministerium nicht mehr zur Verfügung, sondern wirken entlastend auf den Bundeshaushalt. Im Falle der Auslandseinsätze ist jedoch - mit Einwilligung des BMF - vorgesehen, dass im Jahresverlauf nicht benötigte Mittel im gleichen Jahr auch für andere Zwecke im Verteidigungshaushalt zur Verfügung gestellt werden können, insbesondere zur Verstärkung der verteidigungsspezifischen Investitionen und zur weiteren Realisierung der Bundeswehrreform.

Insgesamt wird mit der gewählten Lösung aus bedarfsgerechter Veranschlagung und angemessenen Verstärkungsmöglichkeiten eine besondere Flexibilität erreicht. Sie gewährleistet eine adäquate haushaltsmäßige Durchführung der mit vielen haushalterischen Risiken und Unwägbarkeiten behafteten Bundeswehreinsätze.

Kurs: Marktwirtschaft – Russland im Wandel

1	Das Umfeld	65
2	Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung	66
3	Reformen in der Wirtschaftspolitik	66
4	Finanz- und Währungspolitik	68
5	Fazit	69

1 Das Umfeld

Im Dezember 2003 finden in Russland Parlamentswahlen statt; im März 2004 Präsidentenwahlen. Die Wiederwahl Präsident Putins wird allgemein erwartet. In den Meinungsumfragen erhält er 70 % bis 80 %, sein nächster Konkurrent, der Kommunist Sjuganow, ca. 20 %. Präsident Putin profitiert dabei vor allem von dem gegenwärtig zu beobachtenden Wirtschaftsaufschwung und dem Rückgewinn politischer Stabilität nach den Jelzin-Jahren. International wird Russland dadurch auch weiterhin ein wichtiger Partner der EU und der USA in der Bekämpfung des Terrorismus bleiben und wirtschaftlich als Zukunftsmarkt an Bedeutung gewinnen.

Weniger klar ist der Ausgang der Parlamentswahlen. Zwar dürfte sicher sein, dass Putin auch zukünftig genügend Unterstützung im Parlament haben wird, um seine Ziele durchzusetzen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne, eher in Opposition zur Kremlpolitik stehende Parteien deutliche Zugewinne erzielen und damit die legislativen Rahmenbedingungen zumindest beeinflussen können. Derzeit zeichnet sich ab, dass neben der Präsident Putin nahstehenden Partei "Einiges Russland" die Kommunisten, die "Demokratische Partei" von Schirinowski, die liberale "Union der rechten Kräfte" und "Jabloko" des Reformers Jawlinksi im Parlament vertreten sein dürften.

Russland gilt derzeit unter internationalen Anlegern als interessantes Anlageziel, worauf nicht zuletzt die Trends an den Aktienmärkten und die gesunkenen Risikoprämien auf russische Anleihen verweisen. Unter Putin wurden eine Reihe von wirtschaftspolitischen Reformen umgesetzt. Russland hat damit einen Kurs eingeschlagen, der eindeutig eine Abkehr von der Plan- hin zur Marktwirtschaft darstellt. Internationale Beobachter - so jüngst der Internationale Währungsfonds (IWF) im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen¹ – gehen davon aus, dass Russlands Wirtschaft ihre Dynamik, gestützt durch einen verstärkten Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen, beibehalten kann. Eine Schlüsselrolle wird dabei aber einer durchgreifenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der damit einhergehenden Diversifizierung zukommen müssen. Russlands Aufschwung hängt immer noch in einem zu starken Maße von Rohstoffausfuhren ab, während die Modernisierung von Wirtschaftszweigen wie der Pharmaindustrie, dem Automobilbau oder auch des Bankenwesens nur schleppend vorankommt. Sorge bereitet auch die demografische Entwicklung. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen wird die Bevölkerung in Russland bis 2010 deutlich schrumpfen. Dies ist nicht nur Folge sinkender Geburtenraten, sondern auch dem häufig schlechten Zustand des Gesundheitssystems geschuldet.

Russland hat einen eindeutigen Kurs hin zur Marktwirtschaft eingeschlagen.

Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist vielfach die Befürchtung geäußert worden, dass die Reformdynamik insgesamt deutlich nachlassen würde. Dies hat sich so nicht bestätigt. Zwar zeigen sich auch in Russland Auswirkungen der Wahlen auf das politische Leben, die beispielsweise zu einer Verzögerung

¹ Unter Artikel IV des IWF-Abkommens finden regelmäßige (üblicherweise jährliche) bilaterale Konsultationen zwischen dem Fonds und den Mitgliedsländern statt.

bei unpopulären Maßnahmen wie der Erhöhung staatlich regulierter Preise geführt haben. Es sind aber auch weiterhin deutliche Fortschritte zu verzeichnen, die insbesondere zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen auch außerhalb des Rohstoffsektors beitragen werden.

2 Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen

Russlands Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 2003 deutlich besser abgeschnitten, als es von den meisten Beobachtern zunächst erwartet worden war. Laut Aussage des russischen Wirtschaftsministeriums hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr 2003 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um real 7,2 % erhöht. Die Industrieproduktion hat um 8 % zugenommen. Die Investitionen, deren Zunahme im Vorjahreszeitraum lediglich 1,8 % betragen hatte, konnten um gut 12 % zulegen. Die Realeinkommen sind um 14,6 % gestiegen. Geht man davon aus, dass die Schattenwirtschaft erheblich zur Wirtschaftsleistung beiträgt, dann dürften die offiziellen Zahlen die wirtschaftliche Dynamik sogar noch unterschätzen.

Russland hat sich trotz eines schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeldes zu einer regionalen Wachstumslokomotive entwickelt.

Russland hat sich damit trotz eines schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeldes zu einer regionalen Wachstumslokomotive entwickelt. Allerdings beruht dieser Erfolg fast ausschließlich auf den Energieexporten. Der Verkauf von Rohöl und -produkten hat im ersten Halbjahr zu einer wertmäßigen Steigerung der Ausfuhren um mehr als 28 % geführt. Gleichzeitig haben steigende Reallöhne für eine kräftige, die Konjunktur zusätzlich stimulierende Binnennachfrage gesorgt. Dies und die aufgrund fortbestehender Unsicherheiten im Irak hohen Notierungen für Erdöl stützen den wirtschaftlichen Optimismus und sorgen so für den Investitions- und Konsumboom.

Die insgesamt guten Makrodaten können aber nicht verdecken, dass es bei einem drastischen und anhaltenden Verfall der Rohstoffpreise zu erheblichen wirtschaftlichen und fiskalischen Problemen kommen kann. Der Anteil der Energieausfuhren am russischen Gesamtexport, der bereits im Vorjahr ca. 63 % ausgemacht hatte, ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf fast 68 % gestiegen. Während die Rohstoffbranche floriert, kämpfen traditionelle Sektoren wie Forstwirtschaft und Holzverarbeitung, der Fahrzeugbau und Teile der Maschinenindustrie nach wie vor mit erheblichen Umstellungs- und Modernisierungsproblemen.

Dieser Problematik ist sich auch die russische Regierung bewusst. Zwar kann nicht erwartet werden, dass die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft in einer relativ kurzen Zeit gelöst sein werden. Es gibt aber deutliche Anzeichen dafür, dass die legislativen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend so gestaltet werden, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – die auch nach russischer Auffassung grundlegende Bedeutung für ein nachhaltiges Wachstum haben – bessere Entwicklungschancen erhalten.

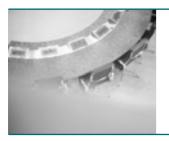
3 Reformen in der Wirtschaftspolitik

Unter Präsident Putin wurden in Russland weitgehende Liberalisierungsschritte in der Wirtschaft eingeleitet, die den endgültigen Übergang des Landes von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft markieren. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem legislative Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Investitionsklimas. Zu nennen sind hier insbesondere:

- das Gesetz über den Kauf und den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen,
- das neuen Zentralbankgesetz,
- steuerliche und administrative Erleichterungen für KMU,
- die jeweiligen Gesetze zur Reform von Bahn und Stromwirtschaft,

- der neue Zollkodex.
- das neuen Insolvenzgesetz.

Der politische Wille zur Fortsetzung des Reformkurses in Russland zeigt sich auch in dem im Januar dieses Jahres verabschiedeten Arbeitsprogramm der Regierung sowie im mittelfristig angelegten Programm zur sozio-ökonomischen Entwicklung 2003–2005. Zentrale Anliegen des mittelfristigen Programms sind Strukturreformen sowie Maßnahmen zur Modernisierung der Unternehmen und der staatlichen Verwaltung mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft zu erhöhen und damit die Basis für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum zu schaffen. Gleichzeitig soll die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den instabilen Bedingungen auf den Weltmärkten für Rohstoffe gemindert werden.



Im Rahmen dieses Programms wird in den kommenden drei Jahren der Reform des Bankensystems besondere Aufmerksamkeit geschenkt, was nach übereinstimmender Meinung in- und ausländischer Beobachter dringend nötig und von grundlegender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes ist.

Russische Banken treten bislang nur begrenzt als klassische Finanzdienstleister auf. Die meisten Investitionen werden von den Unternehmen über einbehaltene Gewinne finanziert. Von den gut 1200 Banken gilt ein Großteil als unterkapitalisiert und damit faktisch als insolvent. Würde das Bankensystem grundlegend umstrukturiert, könnte wahrscheinlich ein Großteil der Banken

dem Wettbewerb nicht mehr standhalten. Die zwei größten Banken, die Sberbank, deren Aktienmehrheit der Zentralbank gehört, und die Außenhandelsbank, deren Eigentümerin die Regierung ist, kontrollieren über ein Drittel des Bankenmarktes. Mit den jetzt vorgesehenen Reformen sollen diese Probleme zwar schrittweise beseitigt werden, ohne die (relative) Stabilität des Systems insgesamt zu gefährden. Generell ist aber zu erwarten, dass die Wettbewerbsvorteile und die marktdominierende Stellung der staatlichen Banken auch nach einer Bankenreform, wenn auch in abgeschwächter Form, erhalten bleiben werden. Ernsthafte Konkurrenz für die staatlichen Banken wäre – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der mangelnden Eigenkapitalausstattung vieler russischer Banken – der Marktzutritt ausländischer Banken. Hier besteht die Zentralbank allerdings bislang auf der Gründung von Tochtergesellschaften in Russland als Niederlassungsform. Filialen ausländischer Banken in Russland lehnt sie ab. Dies und die vor allem außerhalb der wirtschaftlichen Zentren wie Moskau und Sankt Petersburg unsicheren Gewinnaussichten könnten allerdings Auslandsbanken davon abhalten, sich verstärkt auf dem russischen Markt zu engagieren.

Zu den geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen gehört auch ein Einlagensicherungsgesetz, das derzeit in der Duma beraten wird. Die russische Zentralbank betrachtet die Einlagensicherung als eine wichtige Voraussetzung dafür, ab 2006 gleiche Bedingungen im Wettbewerb zwischen den Banken herzustellen, auch wenn nicht alle Banken von Anfang an in die Einlagensicherung einbezogen werden sollen. Wichtig ist insbesondere, dass in diesem Zusammenhang in den nächsten zwei Jahren von der Zentralbank Kriterien festgelegt werden sollen, mit deren Hilfe instabile Banken identifiziert werden können.

Einen weiteren Schwerpunkt der Reformmaßnahmen bilden der Rückzug des Staates aus dem Bankensektor (Ausnahme: Institute mit besonderen staatlichen Aufgaben), der Übergang zum International Accounting Standard (IAS) ab 2004 bis 2007 sowie die allmähliche Öffnung des russischen Marktes für ausländische Banken.

Ein weiterer entscheidender Bereich ist die Entwicklung des Aktienmarktes sowie der Investmentgesellschaften. Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind eine Verbesserung der finanziellen Transparenz der russischen Unternehmen (ebenfalls gestützt auf die Einführung des IAS noch in 2004) sowie eine weitere Stärkung der Eigentümerrechte bei Aktiengesellschaften. Ebenso im Blickfeld steht die weitere Entwicklung des nationalen Versicherungsmarktes.

Strukturreformen sowie Maßnahmen zur Modernisierung der Unternehmen und der staatlichen Verwaltung zielen auf die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft.

Neben den Strukturreformen kommt der Reform der staatlichen Verwaltung eine entscheidende Rolle zu, nachdem sich Putin in der Vergangenheit mehrfach kritisch zur Effizienz staatlichen Handelns in Russland geäußert hatte. Der staatliche Einfluss in der Wirtschaft ist immer noch hoch, föderale und regionale Behörden gelten häufig als nicht ausreichend vorbereitet auf die Erfordernisse einer sich wandelnden Wirtschaft. Mit der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen (hier vor allem die Stärkung der Eigentümerrechte), einer Verwaltungsreform (Rückzug des Staates auf Kernaufgaben, Dienstrechtsreform) sowie Entbürokratisierung (Abbau von Hemmnissen bei Unternehmensneugründungen sowie bei der laufenden Unternehmensführung) sollen in erster Linie die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessert werden.

Impulse für diesen Prozess versprechen sich internationale Beobachter auch vom angestrebten WTO-Beitritt Russlands, der jetzt für 2004 (ursprünglich 2003) vorgesehen ist. Das russische Wirtschaftsministerium hat angekündigt, den Schwerpunkt der gesetzgeberischen Arbeit in der 2. Jahreshälfte 2003 auf die Verabschiedung sämtlicher noch offener, WTO-relevanter Gesetze zu legen. Für die russische Regierung besteht der Vorteil einer Mitgliedschaft in der WTO vor allem in der Möglichkeit, verstärkt ausländische Direktinvestitionen anzuziehen und damit die in vielen Bereichen der russischen Wirtschaft mangelhafte Produktivität und schlechte Wettbewerbsfähigkeit zu überwinden.

4 Finanz- und Währungspolitik

Die russische Regierung verfolgt derzeit eine insgesamt eher restriktive Haushaltspolitik. Der föderale Haushalt wies 2002 einen Überschuss von 1,5 % des BIP aus. Der Primärüberschuss (Haushaltsüberschuss ohne Berücksichtigung des Schuldendienstes) lag bei 3,8 % des BIP. Im Haushalt 2003 wird zum zweiten Mal in Folge ein (wenn auch sinkender) Haushaltsüberschuss in Höhe von 0,6 % des BIP angestrebt (geplanter Primärüberschuss: 1,2 % des BIP). Vor dem Hintergrund der bisherigen Haushalts- und Wirtschaftsentwicklung dürfte Russland damit auch 2003 in der Lage sein, seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen (wie in den Vorjahren) im vollen Umfang nachzukommen. Bis Ende 2003 sollen die Auslandsschulden auf 118,9 Mrd. US-Dollar und bis Ende 2004 auf 113.4 Mrd. US-Dollar sinken. Bezogen auf das BIP soll die externe Verschuldung 2003 bei 30,1 % (2002: 35,6 %) liegen.

Angesichts der Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung bei den Rohstoffpreisen hatte sich die Regierung bereits vor einiger Zeit für die Einrichtung eines Reservefonds entschieden. Hauptziel ist es, mit dem Fonds eine Art Versicherung gegen mögliche negative Folgen von Ölpreisschwankungen zu schaffen. Nach Berechnungen der russischen Regierung führt eine Schwankung des Preises pro Barrel um einen US-Dollar im Jahresdurchschnitt zu einem Anstieg oder Verlust an Haushaltseinnahmen von ca. 0,3 % des BIP. Der

Reservefonds speist sich bislang aus nicht verausgabten Haushaltsmitteln und soll nach einer Grundsatzentscheidung der Regierung im kommenden Jahr in eine Stabilitätsreserve umgewandelt werden. Dieser Stabilisierungsfonds soll sich neben den schon bislang erfolgenden Mittelzuflüssen aus weiteren Quellen speisen und bis zu einem gewissen Grad auch unabhängig vom Haushalt verwaltet werden. Die gegenwärtig für den Fonds vorgesehenen Mittel sollen ausreichend sein, um Haushaltsdefizite über drei Jahre zu finanzieren, sollte der Ölpreis auf 12 US-Dollar/b fallen.

Auf der Einnahmenseite hat es ebenfalls eine Reihe von Veränderungen gegeben. Mit dem im Juni verabschiedeten Steueränderungsgesetz wurden als eines der zentralen Elemente der Mehrwertsteuersatz von 20 % auf 18 % gesenkt und die Verkaufssteuer (5 % des Verkaufswertes) ab dem 01.01.04 abgeschafft. Zur Finanzierung (insbesondere für den durch den Wegfall der Verkaufssteuer entstehenden Einnahmenausfall in den Regionen) wurden bestimmte, den Energiesektor betreffende Abgaben erhöht. Dazu zählen u. a. die Erhöhung des Gasexportzolls, die Einführung einer Gasfördersteuer sowie die Erhöhung der Erdölfördersteuer. Die in diesem Zusammenhang vorgesehene Senkung der einheitlichen Sozialsteuer soll erst ab 2005 umgesetzt werden. Nach Berechnungen der Regierung soll die Entlastung insgesamt ein Volumen von bis zu 2 $\frac{1}{2}$ % des BIP bis 2006 haben.

Die russische Zentralbank verfolgt gegenwärtig ein Wechselkursziel. Präsident Putin hatte sich in seiner Jahresbotschaft allerdings dafür ausgesprochen, die volle Konvertibilität des Rubel herzustellen. Dabei dürfte es sich allerdings um ein eher mittelfristig zu realisierendes Ziel handeln, da die russische Wirtschaft auch weiterhin eine ausgeprägte Abhängigkeit vom Ölpreis, der Wechselkursentwicklung zwischen Dollar und Euro sowie der Zinsentwicklung auf den internationalen Märkten aufweisen wird.

Am 19. Juni 2003 wurde Russland als Vollmitglied in die Financial Task Force on Money Laundering (FATF) aufgenommen und konnte damit einen wichtigen Erfolg seiner Politik der Bekämpfung der Geldwäsche verbuchen. Russland war erst im Oktober 2002 von der "schwarzen" Liste der nicht kooperierenden Länder der FATF gestrichen worden und hatte damit Beobachterstatus erhalten. Neben der politischen Signalwirkung dürfte die Vollmitgliedschaft Erleichterungen für russische Banken im internationalen Finanzverkehr sowie bessere Chancen beim Kreditrating zur Folge haben und damit vor allem zu einer Verbesserung des Investitionsklimas beitragen.



5 Fazit

Der gegenwärtig vergleichsweise hohe Ölpreis hat Russland einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung beschert. Dies kann aber nicht verdecken, dass die russische Wirtschaft seit längerem ungelöste Probleme aufweist, die eine erhebliche Hypothek für die weitere Entwicklung des Landes darstellen können. Dazu zählen neben dem Finanzsystem, das bis heute keine echte Funktion als Finanzintermediär hat, insbesondere die mangelnde Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die von der russischen Regierung eingeleiteten Reformen zielen im Kern darauf, diese Fragen zu lösen, und sind – sofern sie konsequent umgesetzt werden - durchaus erfolgversprechend. Positiv hervorzuheben ist dabei, dass sich das Tempo der Strukturreformen seit dem Amtsantritt von Präsident Putin deutlich beschleunigt hat. Auch hat sich die zu Beginn des Jahres häufig geäußerte Befürchtung eines unter dem Eindruck der anstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen deutlich sinkenden Reformtempos alles in allem nicht bestätigt.

Insgesamt dürfte sich auch die weitere Liberalisierung der russischen Wirtschaft eher schrittweise vollziehen und Jahre dauern. In der gegenwärtigen Situation befindet sich das Wirtschafts- und Finanzsystem Russlands in einer ausgeprägten Abhängigkeit von den Energiepreisen. Volatilitäten auf diesen Märkten haben damit unmittelbare Wirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzlage des Landes. Hinzu kommt, dass sich die Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung trotz vorzeigbarer wirtschaftlicher Ergebnisse in den vergangenen Jahren bisher kaum verbessert haben. Viele Unternehmen sind im Grunde nicht wirklich wettbewerbsfähig. Die politische Akzeptanz der unumgänglichen Reformen und die Stabilität des Landes werden vor diesem Hintergrund auch davon abhängen, inwieweit es der russischen Regierung gelingt, einen Weg zu finden, der neben dem notwendigen Umgestaltungsprozess auch die soziale Komponente angemessen berücksichtigt.

Russland ist derzeit auf einem guten Weg hin zu einer entwickelten Marktwirtschaft. Dieser Transformationsprozess wird aber Zeit brauchen, auch wenn die derzeit außerordentlich guten Wirtschaftsdaten ein schnelles Aufholen des Landes suggerieren. Solange die wirtschaftliche Stärke und die Zahlungsfähigkeit Russlands von Öl- und Gasexporteinnahmen dominiert werden, bleibt die Entwicklung fragil. Eine schnelle Diversifizierung setzt vor allem eine rasche Verbesserung des Investitionsklimas, die durchgreifende Etablierung rechtsstaatlicher Praktiken, die Reform des Finanzsektors sowie ein effizientes Management der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen voraus.

Konsultationen mit ausgewählten Beitrittsländern im Vorfeld der EU-Osterweiterung

1	Vorbemerkungen	71
2	Ergebnisse der Gespräche mit den	
	besuchten Beitrittsländern	71
3	Informationen zur wirtschaftlichen	
	Lage in den besuchten Ländern	72
3.1	Slowenien	72
3.2	Malta	7 3
3.3	Zypern	75
3.4	Rumänien	76

1 Vorbemerkungen

Vom 28. Juli bis 1. August 2003 bereiste Finanzminister Eichel die vier EU-Beitrittsländer Slowenien, Malta, Zypern und Rumänien. Er folgte damit einer gewissen Tradition der letzten Jahre, sich vor Ort einen direkten Eindruck von der Entwicklung in diesen Ländern zu verschaffen. Gleichzeitig sollte diese Reise dazu dienen, persönliche Kontakte zu knüpfen, vor allem mit seinen zukünftigen Amtskollegen, die mit ihm nach dem Beitritt am 1. Mai 2004 (bis auf Rumänien) als gleichberechtigte Partner im ECOFIN am Tisch sitzen werden.

Die Verhandlungen über den Beitritt zur EU sind mit drei der besuchten Länder – Slowenien, Malta, Zypern – bereits abgeschlossen: Mit Rumänien laufen die Beitrittsverhandlungen noch, der Beitritt wird im Jahr 2007 angestrebt.

Die Ausgangsbedingungen der drei beitretenden Länder Slowenien, Malta und Zypern sind jedoch nicht unmittelbar vergleichbar. Während Slowenien im Zuge der Betrittsvorbereitungen sehr große Reformanstrengungen beim Übergang einer Plan- in eine Marktwirtschaft unternehmen musste, lagen bei Malta die Probleme

eher darin, dass das Land über die Aufnahme in die EU erst im zweiten Anlauf entschieden hat. Zypern wiederum hat das vorrangig politische Problem einer geteilten Insel, wobei noch unklar ist, ob bis zum Datum des Beitritts hierzu eine politische Lösung gefunden werden kann.

2 Ergebnisse der Gespräche mit den besuchten Beitrittsländern

Auftakt der Informationsreise von Minister Eichel war der Besuch der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Ministerpräsident Anton Rop, seinem slowenischen Amtskollegen Prof. Dr. Dusan Mramor und dem Gouverneur der slowenischen Notenbank, Mitja Gaspari, standen die aktuellen finanz- und strukturpolitischen Herausforderungen in beiden Ländern, die Vorbereitung des slowenischen Finanzministeriums und der slowenischen Notenbank auf die mit der Vollmitgliedschaft in der EU verbundenen neuen Aufgaben und Herausforderungen sowie der Beitritt zum Wechselkursmechanismus II. Weitere Themen waren die finanzielle Vorausschau der EU sowie die Entwicklung der bilateralen Beziehungen im finanzpolitischen Bereich. Auf Bitten seiner Gesprächspartner sagte Minister Eichel zu, die Möglichkeiten eines verstärkten Erfahrungsund Expertenaustauschs sowohl im Rahmen der EU-Vorbeitrittshilfen als auch im bilateralen Rahmen sowie gemeinsame Projekte bei der Heranführung der Westbalkanstaaten zu prüfen.

Auf der nächsten Station seiner Reise besuchte Minister Eichel Valetta/Malta. Er absolvierte dabei ein dichtes Programm an Gesprächen, vornehmlich mit Finanzminister Dalli, Zentralbankgouverneur Bonelli und dem Vorsitzenden der Finanzdienstleistungsaufsichtsbehörde, Prof. Bannister. Zudem traf er mit Staatspräsident de Marco und dem amtierenden Premierminister Gonzi sowie dem finanzpolitischen Sprecher der Opposition Mangion zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen der EU-Erweiterung und die Überwindung

der Haushaltsdefizite, mit denen sowohl Deutschland als auch Malta zu kämpfen haben. Beeindruckt zeigte sich Minister Eichel von den Erfolgen, die Malta bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung erzielte. Dazu wurde ein Erfahrungsaustausch von Steuerexperten beider Seiten vereinbart. Den Abschluss der Gespräche bildete ein Zusammentreffen mit Vertretern der Labour Party (Oppositionspartei).

Minister Eichel setzte seine Reise mit einem Besuch in Nicosia/Zypern fort. Neben Gesprächen mit seinem Amtskollegen Marcos Kyprianou und Notenbankchef Christodoulos hatte Minister Eichel auch ein Zusammentreffen mit dem Präsidenten der Republik Zypern, Tassos Papadopoulos. Neben dem Meinungsaustausch zu beiderseits interessierenden Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik beider Länder war in allen Gesprächen das Problem Zyperns als geteilte Insel ein Hauptthema. Auf Bitten seiner Gesprächspartner sagte Minister Eichel zu, im Rahmen von Expertengesprächen Erfahrungen aus der deutschen Wiedervereinigung zu vermitteln. Dazu werden im November 2003 Vertreter des zypriotischen Finanzministeriums nach Berlin in das Bundesfinanzministerium kommen.

Auf der letzten Etappe seiner Reise besuchte Minister Eichel Bukarest/Rumänien. Hier traf er mit Premierminister Adrian Nastase, Finanzminister Mihai Tanasescu, der Ministerin für Europäische Integration, Hildegard Puwak, sowie dem Gouverneur der Nationalbank, Prof. Dr. Mugar Isarescu, zusammen. Schwerpunkt der Gespräche bildeten die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage Rumäniens, der Stand des Reformprozesses wie auch der Beitrittsvorbereitungen Rumäniens sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Minister Eichel würdigte die in den vergangenen Jahren erzielten beachtlichen makroökonomischen Fortschritte Rumäniens und ermutigte seine Gesprächspartner zur konsequenten Fortsetzung der eingeschlagenen Reformpolitik vor allem im Hinblick auf die Erfüllung der EU-Beitrittskriterien.

3 Informationen zur wirtschaftlichen Lage in den besuchten Ländern

3.1 Slowenien

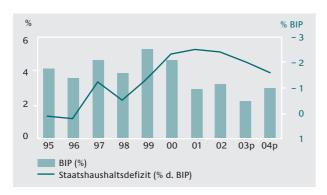
Das Land hat im Prozess der realen Konvergenz in den letzten Jahren zügig aufgeholt und verfügt mit einem BIP pro Kopf von 73 % des EU-Durchschnitts gemessen in Kaufkraftstandards über das höchste Wohlstandsniveau der Beitrittsländer (1995 noch 63 %).

Das Wirtschaftswachstum hat in den letzten beiden Jahren aufgrund der weltweiten Konjunkturschwäche nicht die bisherigen Größenordnungen von durchschnittlich 4% bis 5 % erreicht, aufgrund der starken Exportabhängigkeit wird auch in diesem Jahr nur ein Zuwachs von 2,2 % zu erwarten sein.

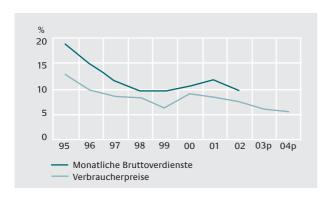
Die hartnäckig hohe Inflation ist ein großes makroökonomisches Problem. Die umfassende Indexierung von Löhnen, Renten und bisher auch der Zinsen, die langsamen Strukturreformen und zu wenig Wettbewerb führten zu anhaltendem Inflationsdruck. Mit jahresdurchschnittlich 7,5 % hatte Slowenien 2002 die höchste Verbraucherpreissteigerung der zum 1. Mai 2004 beitretenden Länder. Zwar haben sich Regierung und Nationalbank über Maßnahmen zur Inflationsreduzierung verständigt, doch fehlte es bislang an der Umsetzung. Die Geldund Wechselkurspolitik war bisher eher darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit nach außen zu bewahren. Die Regierung versucht nun, neben der restriktiven Fiskalpolitik mit einer maßvolleren Anhebung der administrierten Preise der Teuerung entgegenzuwirken. So hat die Regierung mittlerweile mehrmals die Steuer auf Treibstoffe gesenkt, um den Ölpreisanstieg nicht voll auf die Preise durchschlagen zu lassen.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von 6,2 % im ersten Halbjahr 2003 weist die

Wachstum und Budgetentwicklung



Preis- und Lohnentwicklung



Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung



Reserven und Leistungsbilanzdefizit



Arbeitslosigkeit



Teuerungsrate eine sinkende Tendenz auf, für das Jahr insgesamt wird von 6 % ausgegangen. Damit wird der öffentliche Haushalt belastet. In 2003 wird mit einem Einnahmeausfall von 100 Mio. € gerechnet.

Slowenien gehört zu den Beitrittsländern mit den geringsten Haushaltsproblemen, obwohl der Ausgabendruck bleibt. Das Haushaltsdefizit hat wegen einmaliger finanztechnischer Umstellungen in 2002 eine Höhe von 2,4 % erreicht. Für 2003 sieht der Haushaltsplan ein Defizit von 2 % vor. Die Bemühungen um eine restriktive Fiskalpolitik werden von der Regierung fortgesetzt, doch besteht die Gefahr, dass die veranschlagten Einnahmen angesichts einer zu hohen Wachstumsprognose zu optimistisch sind und Korrekturen wie schon im Vorjahr nötig werden.

3.2 Malta

In den letzten Jahren ist Malta ein erfolgreicher, wenngleich moderater Aufholprozess gegenüber der EU gelungen. Das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards stieg von 52 % in 1995 auf gegenwärtig 54 %.

Die Hauptsäulen der maltesischen Wirtschaft sind Exportproduktion und Tourismus (Anteil am BIP 25 %). In den letzten Jahren hat sich die Finanzdienstleistungsindustrie zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig entwickelt (17 % des BIP).

Nach einem Wachstumsrückgang in 2001 (– 1,1 %) konnte im Vorjahr wieder ein Zuwachs

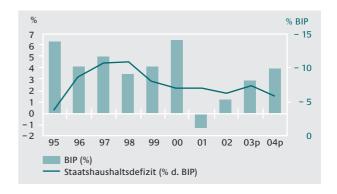
von 1,5 % erreicht werden. Angesichts des wiederum rückläufigen Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr 2003 von – 0,4 % erscheinen die Wachstumserwartungen im mittelfristigen Wirtschaftsprogramm der Regierung von 1,3 % für 2003 realistisch (IWF-outlook + 2,8 %).

Maltas Hauptproblem ist das seit Jahren hohe Budgetdefizit, das wenig Spielraum für wirtschaftsbelebende Maßnahmen lässt. Trotz Rückführung des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits von – 10,8 % des BIP (1998) auf – 6,2 % (2002) ist es nach EU-Maßstab noch immer viel zu hoch.

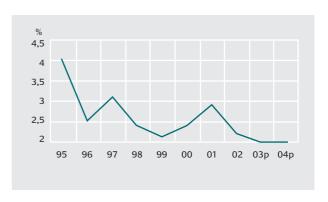
Bemühungen um eine Konsolidierung sind erkennbar, neue steuerpolitische Maßnahmen (höhere Einkommensteuern und Sozialbeiträge, breitere Mehrwertsteuerbasis) und eine bessere Steuererhebung sowie Erlöse aus der Privatisierung des Flughafens führten zu höheren Einnahmen. Doch bewirken der Konjunkturrückgang, höhere Gehälter im öffentlichen Dienst und verzögerte Privatisierungsvorhaben einen Anstieg der Ausgaben. Ein Problem ist nach wie vor die hohe Steuerflucht, die über dem Niveau der anderen Beitrittsländer liegt. Zudem bestehen beträchtliche Rückstände bei der Erhebung ausstehender Forderungen der öffentlichen Hand, die pro Kopf der Bevölkerung ca. 2500 € betragen und immerhin 25 % des maltesischen BIP ausmachen. Dies verdeutlicht gewisse Defizite der öffentlichen Verwaltung auch in der Finanzadministration.

Im laufenden Jahr wird ein Defizit von 7,4 % des BIP erwartet. Ausgabendruck besteht in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie in der Landwirtschaft. Im ersten Halbjahr 2003 erhöhten sich die Gesamtausgaben um 8,2 %, darunter die Sozialausgaben um mehr als 70 %. Die laufenden Einnahmen verringerten sich dagegen um 4,3 %. Die Bruttoverschuldung ist bis 2002 auf 66,6 % des BIP gestiegen. Weitere Anstrengungen zur Herstellung einer mittelfristig tragfähigen Haushaltslage sind dringend notwendig.

Wachstum und Budgetentwicklung



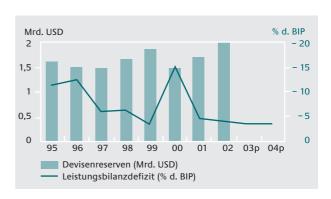
Verbraucherpreisentwicklung



Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung



Reserven und Leistungsbilanzdefizit



Arbeitslosigkeit



3.3 Zypern

Zypern ist das Beitrittsland mit dem zweithöchsten Wohlstandsniveau der Beitrittsländer nach Slowenien. Das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards betrug in 2002 72 % des EU15-Durchschnitts und liegt damit über Portugal und Griechenland.

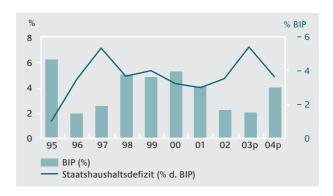
Charakteristisch für die zyprische Wirtschaft sind die geringe Größe des Binnenmarkts, ein überproportionaler Dienstleistungssektor (77 % des BIP, Industrie 18 %, Landwirtschaft 5 %) und eine starke Importabhängigkeit. Mit einem Direktanteil von 15–20 % an der Gesamtwirtschaft (gemessen am BIP bzw. an der Anzahl der Arbeitsplätze) besteht zudem eine starke Abhängigkeit vom Tourismus, die das Land anfällig für externe Störungen macht.

Die Wirtschaft befindet sich weiter auf einem moderaten, sich tendenziell in 2002 und 2003 aber abflachenden Wachstumskurs (BIP 2001: 4,1 %, 2002: 2,2 %). Es wird erwartet, dass die zyprische Wirtschaft 2003 trotz Einbußen beim Tourismus infolge der Irak-Krise sowie der ökonomischen Lage in Westeuropa und einer anhaltend geringen Inlandsnachfrage (u.a. aufgrund der gestiegenen Mehrwert- und Verbrauchsteuern) auch in diesem Jahr um mindestens 2 % wachsen wird.

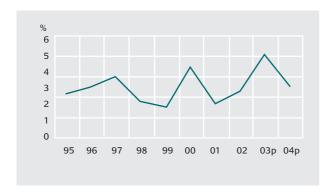
Der globale wirtschaftliche Abschwung das damit verbundene geringere und Wachstum haben das Budgetdefizit und die Gesamtverschuldung weiter ansteigen lassen. Das Defizit im Staatshaushalt betrug in 2002 3.5 % des BIP: für 2003 werden 5,4 % erwartet. Ohne die Überschüsse aus dem Sozialversicherungssystem (insbes. der Rentenversicherung) fiele das Defizit noch höher aus. Die Regierung strebt einen Konsolidierungskurs an, bereits in 2005 soll das Maastrichtziel unterschritten werden. Risiken bergen die Kosten der Umsetzung des EU-Acquis, die weltwirtschaftliche ökonomische Lage und die Entwicklung des Tourismusgeschäfts. Die Gesamtverschuldung lag in 2002 knapp unter 60 % des BIP, für 2003 wird mit einem Wert von 63,6 % gerechnet.

Mit der noch unter der Vorgängerregierung verabschiedeten umfassenden Steuerreform 2002/2003 wurde in erster Linie beabsichtigt, das Steuerregime drastisch zu vereinfachen und es dem EU-Acquis anzupassen. Sie beinhaltet einen erheblichen Umstieg von direkter zu indirekter Besteuerung. Wesentliche Bestandteile sind die weitere Anhebung der Mehrwertund Verbrauchsteuern auf EU-Niveau, höhere Sozialversicherungsbeiträge zur langfristigen Stützung der Rentenversicherung, verringerter einheitlicher Körperschaftsteuersatz und niedrigere Einkommensteuern.

Wachstum und Budgetentwicklung



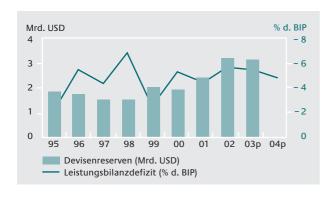
Verbraucherpreisentwicklung



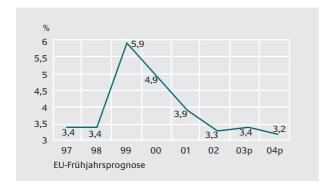
Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung



Reserven und Leistungsbilanzdefizit



Arbeitslosigkeit



3.4 Rumänien

Die angesichts des schwierigen konjunkturellen Umfeldes beachtliche makroökonomische Entwicklung der letzten zwei Jahre, die von hohem Wirtschaftswachstum (BIP-Zuwächse zwischen 4,9 % und 5,7 %), sinkender Inflation und einer leichten Verbesserung der außenwirtschaftlichen Komponente geprägt ist, unterstützt den Prozess der realen Konvergenz des Landes. Trotzdem lag Rumänien 2002 mit einem BIP pro Kopf von 24 % des EU-Durchschnitts gemessen in Kaufkraftstandards an drittletzter Stelle der Beitrittsländer vor Bulgarien und der Türkei. Hinter der Fassade der makroökonomischen Stabilisierung verbirgt sich weiterhin die noch unzureichende strukturelle Basis der Volkswirtschaft.

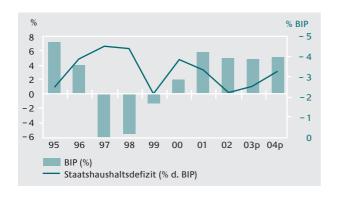
Der bisher straffe Fiskalkurs der Regierung soll weitergeführt werden. Der Budgetplan 2003 sieht ein Defizit von – 2,5 % des BIP vor. Angesichts der im kommenden Jahr anstehenden Parlamentswahlen ist 2004 mit einer Ausweitung des Fehlbetrages zu rechnen. Zur Defizitbegrenzung muss vor allem eine reale Fixierung der Durchschnittslöhne und eine mit dem Inflationsziel verträgliche Lohnpolitik sowie der Subventionsabbau im Mittelpunkt stehen. Die Lohnpolitik, insbesondere im öffentlichen Bereich, und die Erhöhung des Mindestlohns könnten die Stabilität der Wirtschaft gefährden.

Die Konsolidierungserfolge müssen insgesamt auf eine nachhaltigere Grundlage gestellt werden. So wurden Steuerrückstände bisher toleriert und regelmäßig erlassen. Die Steuertarife wurden oft verändert, was sich negativ auf die Steuerdisziplin auswirkte. Mit der Verabschiedung eines neuen Mehrwert- und Gewinnsteuergesetzes, mit dem Steuerbefreiungen und wettbewerbsverzerrende Steueranreize reduziert werden, wurden gewisse Fortschritte erzielt. Die Anzahl der außerbudgetären Fonds wurde verringert. Mittelfristig sind noch erheb-

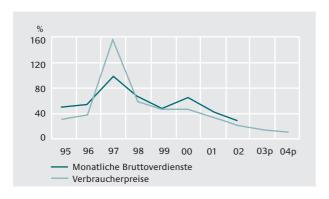
liche Herausforderungen zu bewältigen, wie die Verbesserung der Zahlungsdisziplin, vor allem der öffentlichen Unternehmen, die Reform des Rentensystems, die Schaffung eines effektiven sozialen Sicherungsnetzes und eine das Wachstum stärker begünstigende Einnahmen- und Ausgabenstruktur.

Auch die Privatisierung und die Fortschritte im Energiesektor blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Die Fixierung des EU-Beitrittsdatums sollte den notwendigen Strukturreformen Auftrieb geben. Die im Herbst 2004 anstehenden Wahlen könnten jedoch den reformorientierten Kurs der Regierung dämpfen und zu weiteren Verzögerungen bei den Wirtschaftsreformen führen.

Wachstum und Budgetentwicklung



Preis- und Lohnentwicklung



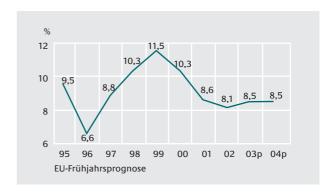
Handelsbilanzdefizit und Exportentwicklung



Reserven und Leistungsbilanzdefizit



Arbeitslosigkeit



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	82
2	Gewährleistungen	83
3	Bundeshaushalt 2002 bis 2007	83
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den	
	Haushaltsjahren 2002 bis 2007	84
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen	
	und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2004	86
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004	90
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004	92
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	94
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	95
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	96
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	97
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	98
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	99
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	100
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004	101
Üb	ersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003 im Vergleich	
-	zum Jahressoll 2003	102
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003	102
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes	
	und der Länder Ende des Monats August 2003	103
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats August 2003	104
Ke	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	106
2	Preisentwicklung	106
3	Außenwirtschaft	107
4	Einkommensverteilung	107
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	108
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	109
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	110
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	111
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	112
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	113

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. August 2003	Zunahme	Abnahme 30. Se	Stand: ptember 2003*
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Anleihen	442 470	6 949	6 136	443 284
Bundesobligationen	138 315	0	0	138 315
Bundesschatzbriefe	13 753	44	45	13 752
Bundesschatzanweisungen	89 306	7 000	10 000	86 306
Unverzinsliche Schatzanweisungen	31 305	5 938	4 947	32 296
Finanzierungsschätze	1 206	68	65	1 209
Schuldscheindarlehen	38 010	977	679	38 308
Medium Term Notes Treuhand	368	0	0	368
Gesamte umlaufende Schuld	754 733			753 837

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. August 2003 Mio. €	Stand: 30. September 2003' Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	131 103	138 509
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	262 239	248 076
langfristig (mehr als 4 Jahre)	361 391	367 252
Gesamte umlaufende Schuld	754 733	753 837

Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetztes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2003	Ausnutzung am 30. September 2003	Ausnutzung am 30. September 2002
	in Mrd. €	in Mrd.€	in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	102,7	101,5
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	31,6
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung			
bilateraler FZ-Vorhaben	41,9	28,4	26,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	98,0	61,6	63,3

3 Bundeshaushalt 2002 bis 2007

Gesamtübersicht

Geg	genstand der Nachweisung	2002 Ist	2003 Soll	2004 RegEntwurf Mrd.€	2005	2006 Finanzplanung	2007
1.	Ausgaben	249,3	248,2	251,2	251,2	251,2	254,9
	Veränderung gegen Vorjahr in %	2,5	-0,4	1,2	0,0	0,0	1,5
2.	Einnahmen	216,6	228,9	220,1	229,9	235,9	244,6
	Veränderung gegen Vorjahr in % darunter:	- 1,6	5,7	- 3,9	4,5	2,6	3,7
	Steuereinnahmen	192,0	203,3	201,4	211,8	221,4	229,9
	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,9	5,9	- 0,9	5,2	4,5	3,8
3.	Finanzierungsdefizit	- 32,7	- 19,3	- 31,1	- 21,3	- 15,3	- 10,3
Zus	sammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4.	Bruttokreditaufnahme (-)	183,4	204,5	217,4	201,9	179,9	198,2
5.	Tilgungen (+)	151,6	185,6	186,5	180,9	164,9	188,2
6.	Nettokreditaufnahme	- 31,9	- 18,9	- 30,8	- 21,0	- 15,0	- 10,0
7.	Münzeinnahmen	- 0,9	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
8.	Finanzierungsdefizit	- 32,7	- 19,3	- 31,1	- 21,3	- 15,3	- 10,3
	in % der Ausgaben	13,1	7,8	12,4	8,5	6,1	4,0
Nac	chrichtlich:						
	Investive Ausgaben	24,1	26,7	24,8	24,7	24,8	24,7
	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 11,7	10,8	- 7,0	- 0,5	0,4	- 0,5
	darunter:						
	Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Stand: September 2003.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2002 bis 2007

Ausgabeart	2002 Ist	2003 Soll	2004 Reg. Ent. Mio. €	2005	2006 Finanzplanung	2007
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 986	27 078	27 610	27 786	27 982	28 21
Aktivitätsbezüge	20 498	20 515	20 760	20 816	20 883	20 967
Ziviler Bereich	8 469	8 445	8 770	8 792	8 859	8 884
Militärischer Bereich	12 028	12 070	11 990	12 023	12 024	12 082
Versorgung	6 488	6 563	6 850	6 971	7 098	7 244
Ziviler Bereich	2 605	2 515	2 615	2 624	2 644	2 674
Militärischer Bereich	3 883	4 048	4 235	4 347	4 454	4 57
Laufender Sachaufwand	17 058	17 323	17 474	17 274	17 184	17 82
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 643	1 518	1 546	1 538	1 534	1 56
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 155	8 059	8 029	7 974	7 991	8 58
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 260	7 747	7 900	7 762	7 659	7 66
Zinsausgaben	37 063	37 885	37 882	41 144	42 032	43 86
an andere Bereiche	37 063	37 885	37 882	41 144	42 032	43 86
Sonstige	37 063	37 885	37 882	41 144	42 032	43 86
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	4
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 019	37 840	37 837	41 099	41 987	43 82
an Ausland	3	4	4	4	4	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	143 514	139 611	143 911	140 826	138 744	139 43
an Verwaltungen	14 936	15 521	14 458	12 045	12 154	12 09
Länder	6 062	6 324	6 266	6 047	6 019	5 79
Gemeinden	236	181	199	59	38	2
Sondervermögen	8 635	9 014	7 992	5 938	6 096	6 27
Zweckverbände	2	2	1	1	1	
an andere Bereiche	128 578	124 090	129 454	128 780	126 590	127 33
Unternehmen	16 253	16 180	16 137	16 519	15 975	15 46
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	22 319	19 521	20 064	19 015	18 246	18 24
an Sozialversicherung	86 276	84 577	89 542	89 515	88 654	89 89
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	814 2 911	777	757 2 948	751 2 976	751 2 958	74 2 97
an Ausland an Sonstige	2911	3 026 10	2 948 5	2976 5	2 958 5	291
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	224 622	221 898	226 878	227 030	225 943	229 33
	224 022	221 030	220070	227 030	223 343	229 33
Ausgaben der Kapitalrechnung ¹						
Sachinvestitionen	6 746	6 840	7 085	7 118	7 051	7 18
Baumaßnahmen	5 358	5 301	5 505	5 642	5 662	5 74
Erwerb von beweglichen Sachen	960	981	1 003	961	930	97
Grunderwerb	427	557	577	515	459	46
Vermögensübertragungen	14 550	16 117	13 841	13 800	13 823	13 59
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	13 959	15 717	13 464	13 431	13 473	13 28
an Verwaltungen	6 336	8 151	6 435	6 288	6 402	6 12
Länder	6 268	5 528	6 357	6 214	6 329	6 05
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	80	78	74	73	7
Sondervermögen	_	2 543	-	-	-	
an andere Bereiche	7 623	7 566	7 029	7 143	7 071	7 15
Sonstige – Inland	5 819	5 650	5 023	5 090	5 078	5 13
Ausland	1 803	1 917	2 006	2 053	1 992	2 02
Sonstige Vermögensübertragungen	592	400	376	369	350	31
an andere Bereiche	592	400	376	369	350	31
Unternehmen – Inland	44	_	_	-	-	
Sonstige – Inland	351	169	166	169	161	13
Ausland	196	231	210	200	189	17

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2002 bis 2007

Ausgaben zusammen 1 Darunter: Investive Ausgaben	249 286 24 073	248 199 26 661	251 200 24 806	251 200 24 677	251 200 24 769	254 900 24 654
Globale Mehr-/Minderausgaben		- 760	-860	-876	138	602
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ¹	24 664	27 061	25 182	25 047	25 120	24 967
Ausland	587	542	576	599	660	698
Inland	53	8	3	-	-	-
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	640	551	579	599	660	698
Ausland	1 031	1 000	983	975	1 040	1 060
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 543	2 452	2 632	2 508	2 507	2 40
an andere Bereiche	2 574	3 452	3 614	3 483	3 574	3 46
Gemeinden	_	0	_	_	_	
Länder	154	101	63	46	38	20
an Verwaltungen	154	101	63	46	38	20
Darlehensgewährung	2 729	3 554	3 677	3 529	3 585	3 493
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 369	4 104	4 256	4 128	4 245	4 191
			WIIO. €			
	Ist	Soll	Reg. Ent. Mio. €		Finanzplanun	g
Ausgabeart	2002	2003	2004	2005	2006	2007

Ausgabegrupp	e/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der	Personal- ausgaben	Laufender Sach-	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisunge
		Zusaiiiiieii	laufenden	ausgaben	aufwand	ausgaben	une
			Rechnung		aarwana		Zuschüss
0 Allgemein	e Dienste	48 710	44 550	25 016	13 545	-	5 98
01 Politische	Führung und zentrale Verwaltung	8 374	8 082	4 041	1 395	-	2 64!
02 Auswärtige	e Angelegenheiten	5 728	2 750	468	129	-	2 15:
03 Verteidigu	ng	28 395	28 036	16 224	11 007	-	80!
04 Öffentlich	e Sicherheit und Ordnung	2 746	2 434	1 768	644	-	2.
05 Rechtsschu		326	306	227	68	-	1
06 Finanzverv	valtung 	3 142	2 941	2 287	303	_	357
_	vesen, Wissenschaft, Forschung, Angelegenheiten	11 841	8 228	455	643	_	7 13
13 Hochschul		1 885	955	455 7	5	_	94
	von Schülern, Studenten	1 285	1 285	-	- -	_	1 28
_				9		_	
_	Bildungswesen aft, Forschung, Entwicklung	496	431	9	66	_	35
außerhalb	der Hochschulen	6 811	5 274	439	567	-	4 26
19 Übrige Ber	reiche aus Hauptfunktion 1	1 364	282	1	5	-	27
	cherung, soziale Kriegsfolge-	113 715	112 606	194	325		112.00
_	Wiedergutmachung cherung einschl. Arbeitslosen-	113 715	112 606	194	323	-	112 08
versicheru 23 Familien	ng Sozialhilfe, Förderung der Wohl-	87 138	87 138	35	0	-	87 10
fahrtspfleg		6 292	6 063	_	_	_	6 06
24 Soziale Lei	stungen für Folgen von Krieg						
	schen Ereignissen	4 333	4 111	-	238	-	3 87
	rktpolitik, Arbeitsschutz	14 594	14 456	43	17	-	14 39
5	e nach dem SGB VIII	102	102	-	-	-	10
	reiche aus Hauptfunktion 2	1 255	736	117	70	-	54
	it und Sport gen und Maßnahmen des	907	671	214	235	-	22
Gesundhei	_	362	338	111	139	-	8
312 Krankenhä	user und Heilstätten	-	-	-	-	-	
319 Übrige Ber	eiche aus 31	362	338	111	139	-	8
32 Sport		110	87	-	5	-	8
33 Umwelt- u	nd Naturschutz	211	144	66	39	-	3
34 Reaktorsic	herheit und Strahlenschutz	224	102	37	52		1
_	swesen, Städtebau, Raum- ınd kommunale						
_	haftsdienste	2 025	991	2	4		98
41 Wohnungs		1 405	948	_	2	_	94
_	ung, Landesplanung,	1 405	940	_	2	_	94
Vermessur		2	2	_	2	_	
	le Gemeinschaftsdienste	49	41	2	_	_	3
44 Städtebau		569	-	-	_	-	3
5 Ernährund	, Landwirtschaft und Forsten	1 125	604	25	129	_	44
-	ing der Agrarstruktur	772	295	_	2	_	29
	nsstabilisierende Maßnahmen	136	136	_	56	_	8
533 Gasölverbi		_	_	_	_	_	
539 Übrige Ber	reiche aus Oberfunktion 53	136	136	_	56	-	8
	reiche aus Hauptfunktion 5	217	173	25	72	-	7
_	nd Wasserwirtschaft, Gewerbe,						
Dienstleis	_	6 373	3 434	49	397	-	2 98
	nd Wasserwirtschaft, Kulturbau	369	344	-	236	-	10
621 Kernenerg		106	106	=	-	-	10
	re Energieformen	-	-	-	-	-	
_	reiche aus Oberfunktion 62	263	238	-	236	-	
_	nd verarbeitendes Gewerbe und						
Baugewerl	be	2 425	2 397	-	5	-	2 39
64 Handel		103	103	-	69	-	3
	Förderungsmaßnahmen	1 162	277	-	0	-	27
600 Hhrige Ren	eiche aus Hauptfunktion 6	2 314	313	49	87	_	17

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	¹ Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	4 160	1 130	1 471	1 559	4 116
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	292	291	1	0	292
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 978	62	1 357	1 559	2 975
03 Verteidigung	359	248	111	-	318
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	311	311	-	0	311
05 Rechtsschutz	20	20	_	-	20
06 Finanzverwaltung	200	199	1	0	200
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,					
kulturelle Angelegenheiten	3 613	128	3 485	-	3 613
13 Hochschulen	929	1	928	-	929
14 Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15 Sonstiges Bildungswesen	65	0	64	-	65
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung					
außerhalb der Hochschulen	1 536	126	1 410	-	1 536
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 083	0	1 082	-	1 083
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge-					
aufgaben, Wiedergutmachung 22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen-	1 109	13	1 093	3	778
versicherung	-	-	-	-	-
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	229	_	229	_	229
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg					
und politischen Ereignissen	222	3	218	2	12
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	138	3	134	1	18
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	_	-	· -	-
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	520	7	513	0	520
3 Gesundheit und Sport	236	162	74		234
31 Einrichtungen und Maßnahmen des	230	102			254
Gesundheitswesens	24	15	9	_	24
312 Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	_	_	_
319 Übrige Bereiche aus 31	24	15	9	_	24
32 Sport	23	-	23	_	23
33 Umwelt- und Naturschutz	68	32	36	_	66
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	122	115	7	_	122
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale	1024		000		1.024
Gemeinschaftsdienste	1 034	_	968	66	1 034
41 Wohnungswesen	457	-	391	66	457
42 Raumordnung, Landesplanung,					
Vermessungswesen	_	-	-	-	_
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste44 Städtebauförderung	8 569	_	8 569	_	569
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	520	6	512	2	520
52 Verbesserung der Agrarstruktur	477	-	477	-	477
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	_
533 Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-		-	-	_
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	43	6	35	2	43
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2 939	1	938	2 000	2 939
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	25		25	_	25
621 Kernenergie	-	_		_	
622 Erneuerbare Energieformen	_	_	_	_	_
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	25	_	25	_	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und	23	_	23		25
Baugewerbe	28	_	28	_	28
64 Handel	28	_	20	_	28
		_	005	_	0.05
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	885	_	885	2.000	885
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 001	1	-	2 000	2 001

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der Iaufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 837	3 488	1 050	1 791	_	647
72 Straßen	7 213	919	-	791	-	128
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung						
der Schifffahrt	1 344	717	460	206	_	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen-						
nahverkehr	336	1	_	_	_	1
75 Luftfahrt	159	159	44	9	-	106
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 784	1 693	546	786	-	361
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder-						
vermögen	15 574	11 351	27	165	-	11 159
81 Wirtschaftsunternehmen	9 667	5 511	27	29	-	5 454
832 Eisenbahnen	3 985	87	-	-	-	87
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 682	5 423	27	29	-	5 367
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen,						
Sondervermögen	5 908	5 841	-	136	-	5 705
873 Sondervermögen	5 705	5 705	-	-	-	5 705
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	203	136	-	136	-	-
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	40 094	40 954	577	240	37 882	2 255
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 255	2 255	-	-	-	2 255
92 Schulden	37 920	37 920	-	38	37 882	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	- 81	779	577	202	-	0
Summe aller Hauptfunktionen	251 200	226 878	27 610	17 474	37 882	143 911

Summe aller Hauptfunktionen	25 182	7 085	13 841	4 256	24 80
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	
92 Schulden	-	-	-	-	
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	-	-	-	
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	-	-	-	-	
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	67	59	8	-	6
873 Sondervermögen	-	-	-	-	
Sondervermögen	67	59	8	-	6
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen,					
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	259	13	220	26	25
832 Eisenbahnen	3 897	-	3 297	600	3 89
81 Wirtschaftsunternehmen	4 156	13	3 517	626	4 15
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	4 223	71	3 526	626	4 22
				0	
79 Euroanit 799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	91	68	23	0	9
75 Luftfahrt	335	0	333	0	3.
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	335		335		33
der Schifffahrt 74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen-	628	628	-	0	67
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung					
72 Straßen	6 295	4 877	1 417	1	6 29
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 348	5 573	1 775	1	7 34
	rechnung ¹			Beteiligungen	
	der Kapital-			Erwerb von	Ausgabe
	Ausgaben	investitionen	übertragungen	währung,	Investi
Ausgabegruppe/Funktion	Summe	Sach-	Vermögens-	Darlehensge-	¹ Darunte

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004
				Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	580,6	597,2	599,1	603,1	608,4	621¹/₂	61
Einnahmen	551,8	570,3	565,1	555,9	551,3	555	554
Finanzierungssaldo	- 28,8	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 67	- 63
darunter:							
Bund							
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	257	2
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	222	27
Finanzierungssaldo	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 35	- :
Länder							
Ausgaben	244,7	246,4	250,7	255,1	257,0	2611/2	25
Einnahmen	230,5	238,1	240,4	229,4	227,7	2351/2	2
Finanzierungssaldo	- 14,3	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 26	- 2
Gemeinden							
Ausgaben	142,5	143,7	146,1	147,9	149,2	151¹/₂	15
Einnahmen	144,7	145,9	148,0	144,0	144,6	142¹/₂	1
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 9	- 8
			Veränderun	g gegenüber o	lem Voriahr in	1 %	
				<u> </u>			
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,7	2,9	0,3	0,7	0,9	2	-
Einnahmen	5,5	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,8	1/2	-
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3	- :
Einnahmen	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	21/2	-
Länder							
Ausgaben	0,7	0,7	1,8	1,8	0,7	2	-
Einnahmen	3,1	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	31/2	-
Gemeinden	4.0	0.0	1.6	1.2	0.0	11/	
Ausgaben	- 1,0	0,9	1,6	1,3	0,9	11/2	
Einnahmen	2,5	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 1 ¹ / ₂	

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.
² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
				Mrd.€			
	_		A	nteile in %			
Finanzierungssaldo (1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3	- 3
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1 ¹ / ₂	- 1 ¹ / ₂
Länder	- 0,7	- 0,4	- 0,5			- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- ¹/ ₂	- 1/2
(2) in % der Ausgaben		-				•	,
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,0	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 10 ¹ / ₂	- 10 ¹ / ₂
darunter:							
Bund	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 13 ¹ / ₂	- 12 ¹ / ₂
Länder	- 5,8	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 10	- 9 ¹ / ₂
Gemeinden	1,5	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 6	- 5 ¹ / ₂
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,1	30,2	29,5	29,1	28,8	29	28
darunter:							
Bund	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	12	11¹/₂
Länder	12,7	12,5	12,4	12,3	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,4	7,3	7,2	7,1	7,1	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,1	22,9	23,0	21,5	20,9	21	21

 $^{^2}$ 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung. 3 Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP. Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
					Ist-Ergeb	nisse				
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9	237,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	5,2		5,7	6,3	7,1	3,0	- 1,4
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1	211,
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	12,7		5,0	11,3	0,7	7,7	- 1,
Finanzierungssaldo darunter:	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9	- 25,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	$-26,6^{2}$	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	
Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	6.6	13.0	21.1	22.1	24.9	26.3	27,0	26.9	27
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1	0,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben	%	15,6	16,2	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2	11,
des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,8		16,7	16,0	15,7	14,8	14,
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1	25
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8	- 6,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben	%	2,7	5,3	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,
des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	52,6	•	51,4	43,5	44,9	46,6	38,
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3	34,
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0	8
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	%	17,0	16,3	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14
des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	<u></u>	34,4	35,4	34,5	•	37,3	34,7	35,3	34,0	37
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8	187
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4	- 3
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundeseinnahmen	% %	95,5 94,3	76,0 96.3	85,3 91.6	68,1 77,9	79,1 91,2	82,6 91.0	77,8 91,2	80,4 90.1	78, 88,
Anteil am gesamten Steuer-	70	94,3	90,3	91,0	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1	00,
aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	46,2		48,0	48,2	47,4	48,3	44,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	%	0,0	19,1	6,6		12,9	9,0	14,5	10,6	10
des Bundes Anteil an der Nettokreditaufnahme	%	0,0	117,2	53,1		84,6	58,7	101,7	81,9	75
des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	0,0	55,8	57,2		39,6	33,6	47,4	47,2	51
Nachrichtlich: Schuldenstand ⁴										
öffentliche Haushalte³	Mrd.€	59,2	129,4	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1	1 010
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
 Stand Juli 2003; 2003 + 2004 = Schätzung

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
					Ist-Ergeb	nisse			Soll	Entwur
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	248,2	251,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	- 0,4	1,2
Einnahmen	Mrd.€	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	228,9	220,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	5,7	- 3,9
Finanzierungssaldo darunter:	Mrd.€	- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 19,3	- 31,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 18,9	- 30,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,4	- 0,
Rücklagenbewegung Deckung kassenmäßiger	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27.0	26.8	26.7	27.0	26.5	26.8	27.0	27,0	27.
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,2	2,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben	%	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,9	11,
des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	14,3	16,2	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,6	40,
Zinsausgaben	Mrd.€	26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	37,9	37,
Veränderung gegen Vorjahr	%	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	2,2	- 0,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben	%	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	15,3	15,
des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	<u></u>	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	57,4	55,
Investive Ausgaben	Mrd.€	31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	26,7	24,
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8	- 7,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	%	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,7	9,
des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	36,1	35,2	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,3	34,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	203,3	201,
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	5,9	- 0,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Bundeseinnahmen	% %	74,3 89,8	74,9 87,5	74,7 85,3	77,9 87,2	81,3 90,1	79,7 88,0	77,0 88,7	81,9 88,8	80, 91,
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	45,2	43,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 18,9	- 30,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben	%	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	7,6	12,
des Bundes Anteil an der Nettokreditaufnahme	%	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	70,9	124,
des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	70,4	64,3	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	28,4	48,
Nachrichtlich: Schuldenstand ⁴										
öffentliche Haushalte³	Mrd.€	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 317	1 377
darunter: Bund	Mrd.€	385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	752	78

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
 Stand Juli 2003; 2003 + 2004 = Schätzung

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlich	en Gesamtrechnungen²	Abgrenzung de	er Finanzstatistik
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		Anteile am BIP in	%	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,6	41,1	20,9	38,4
2003 ⁴	221/2	41	21	38¹/₂
20044	221/2	41	21	38

Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
 Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
 Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2003.
 Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002	20034	2004
			in Mrd. €¹		
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198.1	1 203.9	1 253,2	1 317	13771/2
darunter:	,		,		,
Bund	715,6	697,3	719,4	752	783
Länder	333,2	357,7	384,8	4101/2	435
Gemeinden ³	83,0	82,7	82,7	871/2	921/
Sonderrechnungen des Bundes	58,3	59,1	59,2	59¹/₂	60¹/
		Schul	den in % der Gesamt-S	chulden	
Bund	59,7	57,9	57,4	57	57
Länder	27,8	29,7	30,7	31	31¹/
Gemeinden ³	6,9	6,9	6,6	6 ¹ / ₂	6 ¹ /
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,9	4,7	41/2	41
			Schulden in % des Bl	P	
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,0	58,1	59,4	61	62
darunter					
Bund	35,3	33,6	34,1	35	351
Länder	16,4	17,2	18,2	19	19¹/
Gemeinden ³	4,1	4,0	3,9	4	
Sonderrechnungen des Bundes	2,9	2,8	2,8	3	21/
nachrichtlich					
laastricht-Kriterium "Schuldenstand" in % des BIP	60,2	59,5	60,8	621/2	63¹,

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; "Kreditmarktschulden im weiteren Sinn" (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen^{1, 2}

	Steueraufkon	nmen	Anteile am Steuera	aufkommen insgesar
	dav	on		
insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steue
Mrd.€	Mrd.€	Mrd.€	%	
 Gebie	t der Bundesrepublik Deut	schland nach dem Stand bis	zum 3. Oktober 1990	
 10,5	5,3	5,2	50,6	49
21,6	11,1	10,5	51,3	48
35,0	18,8	16,2	53,8	46
53,9	29,3	24,6	54,3	45
78,8	42,2	36,6	53,6	46
88,2	47,8	40,4	54,2	45
100,7	56,2	44,5	55,8	44
114,9	67,0	48,0	58,3	41
122,5	73,7	48,8	60,2	39
123,7	72,8	51,0	58,8	41
137,1	82,2	54,8	60,0	40
153,1	95,0	58,1	62,0	38
163,2	98,1	65,0	60,1	39
175,3	102,9	72,4	58,7	41
186,6	109,1	77,5	58,5	41
189,3	108,5	80,9	57,3	42
193,6	111,9	81,7	57,8	42
202,8	115,0	87,8	56,7	43
212,0	120,7	91,3	56,9	43
223,5	132,0	91,5	59,0	41
231,3	137,3	94,1	59,3	40
239,6	141,7	98,0	59,1	40
249,6	148,3	101,2	59,4	40
273,8	162,9	111,0	59,5	40
 281,0	159,5	121,6	56,7	43
	Bunde	esrepublik Deutschland		
338,4	189,1	149,3	55,9	44
374,1	209,5	164,6	56,0	44
383,0	207,4	175,6	54,2	45
402,0	210,4	191,6	52,3	47
416,3	224,0	192,3	53,8	46
409,0	213,5	195,6	52,2	47
407,6	209,4	198,1	51,4	48
425,9	221,6	204,3	52,0	48
453,1	235,0	218,1	51,9	48
467,3	243,5	223,7	52,1	47
446,2	218,9	227,4	49,0	51
441,7	211,5	230,2	47,9	52
449,8	215,0	234,8	47,8	52
464,3	225,3	239,0	48,5	51
468,7	224,9	243,8	48,0	52
492,1	243,6	248,5	49,5	50
510,8	257,1	253,7	50,3	49

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:
Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (vom 01.07.1992 bis 31.12.1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2003

² Steuerschätzung vom 13. bis 15. Mai 2003.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	200
Deutschland ²	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,4	- 2,8	- 3,6	- 3,4	- 2,9	- 1
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,3	0,1	0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	0,5
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	2,0	1,8	2,1	2,4
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,9	- 1,9	- 1,2	- 1,1	- 1,0	0,2
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,9	- 0,1	- 0,1	- 0,4	- 0,1	0,1
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,1	- 3,7	- 3,5	- 1,6
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,1	4,3	1,1	- 0,3	- 0,6	- 0,9	- 1,2
Italien	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 3,1	- 0,2
Luxemburg	- 0,4	6,3	4,7	2,1	6,1	6,4	2,6	- 0,2	- 1,2	- 0,1
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,1	- 1,1	- 1,6	- 2,4	- 1,2
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,3	- 0,6	- 1,1	- 0,4	- 1,5
Portugal	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 5,5	- 3,1	- 4,2	- 2,7	- 3,5	- 3,2	- 1,1
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,9	6,9	5,1	4,7	3,3	3,0	2,6
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,4	3,4	4,5	1,3	0,8	1,2	2,0
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,5	0,8	- 1,3	- 2,5	- 2,5	- 1,6
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 1,0	- 1,6	- 2,2	- 2,5	- 2,4	
EU-15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,3	- 0,9	- 1,9	- 2,3	- 2,2	
Japan	- 4,3	- 0,8	2,8	- 4,7	- 7,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0	- 7,0	
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,5	- 0,5	- 3,3	- 4,8	- 4,6	

 $Quellen: F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 1995: EU-Kommission,\ {\tt ``Europ\"{a}} ische\ Wirtschaft"\ Nr.\ 4/2003,\ M\"{a}rz\ 2003.$

Für die Jahre 2000 bis 2004: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003 (ohne UMTS-Erlöse).

Für das Jahr 2005: aus den Stabilitäts-/Konvergenzprogrammen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, 2002; Österreich und die Niederlande 2003.

Stand: August 2003

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $^{^2}$ Nationale Berechnungen für Deutschland 2002: – 3,5 %; Projektion für 2003: – 3,8 %.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land i	n % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,0	60,2	59,5	60,8	62,7	63,0	59 ¹ / ₂
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,6	108,5	105,3	102,7	98,9	93,6
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	47,4	45,4	45,2	42,7	39,9	36,7
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	107,0	104,9	101,0	97,0	92,1
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	60,5	56,9	54,0	52,5	50,5	49,0
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	59,1	61,8	63,1	58,3
Irland	75,2	109,6	101,5	82,7	39,3	36,8	33,3	33,3	33,3	34,9
Italien	58,2	81,9	97,2	123,2	110,6	109,5	106,7	106,0	104,7	98,4
Luxemburg	9,3	9,7	4,4	5,6	5,6	5,6	5,3	4,1	3,4	2,9
Niederlande	46,0	70,1	77,0	77,2	55,8	52,8	52,6	52,4	52,8	52,5
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	66,8	67,3	68,7	68,5	66,8	63,8
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,6	58,1	59,4	60,2	55,3
Finnland	11,5	16,2	14,3	57,1	44,5	43,8	42,7	42,3	41,4	41,4
Schweden	40,3	62,4	42,3	73,6	52,8	54,4	52,6	50,9	49,5	48,0
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,4	39,0	39,8	38,9
Euro-Zone	34,9	52,4	58,6	73,0	70,2	69,2	69,2	69,9	69,6	
EU-15	38,0	53,2	54,4	70,2	64,1	62,9	62,7	63,5	63,2	
Japan					135,7	144,8	154,4	162,4	168,6	
USA					57,7	57,7	59,2	61,5	62,0	

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2003, März 2003.

Für die Jahre 2000 bis 2004: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.

Für das Jahr 2005: aus den Stabilitäts-/Konvergenzprogrammen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, 2002; Österreich und Niederlande 2003.

Für die USA und Japan: IWF, "Weltwirtschaftsausblick", April 2003.

Stand: August 2003

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % de	s BIP					
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001 ²
Deutschland ^{3, 4}	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,6
Deutschland ³	22,5	24,6	23,6	22,3	23,3	23,1	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,5	31,1
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	46,5	46,8
Finnland	29,0	29,2	33,1	35,1	32,6	34,9	33,9
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	29,0	28,9
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,4	29,4
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,0	26,8	24,9
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,4	17,7	17,2	-
Kanada	27,9	27,5	28,2	31,6	30,7	30,7	30,0
Luxemburg	17,2	28,5	33,0	29,8	30,8	31,0	30,8
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,3	25,0
Norwegen	28,9	33,7	34,3	30,8	31,8	31,2	35,7
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,8	30,7
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,6	-
Schweden	33,0	33,8	36,4	39,0	33,7	39,0	37,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,7	22,6
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,2	31,0
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,7	

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2002.

² Vorläufig.

 ¹⁹⁷⁰ bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und So	zialabgaben in % o	des BIP				
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001 ²
Deutschland ^{3, 4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,7	39,1
Deutschland ³	32,3	37,5	37,2	35,7	38,2	37,9	36,4
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,6	45,3
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	48,8	49,0
Finnland	31,9	36,2	40,1	44,8	45,0	46,9	46,3
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,3	45,4
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	31,7	37,8	40,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,7	31,1	29,2
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	42,0	41,8
Japan	20,0	25,1	27,2	30,1	27,7	27,1	-
Kanada	30,8	30,7	32,6	35,9	35,6	35,8	35,2
Luxemburg	24,9	40,2	44,8	40,8	42,0	41,7	42,4
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,4	39,9
Norwegen	34,5	42,7	43,3	41,8	41,5	40,3	44,9
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,7	45,7
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,5	-
Schweden	38,7	47,5	48,5	53,6	47,6	54,2	53,2
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,1	35,7	34,5
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,4	37,4
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,6	-

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2002.

² Vorläufig

 ¹⁹⁷⁰ bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004

		1999	2000	2001	2002	2003	2004
Aus	gabenseite						
a)	Ausgaben insgesamt (in Mrd. €) davon:	80,31	83,44	79,99	85,14	97,50	100,12
	Agrarpolitik	39,78	40,51	41,53	43,52	44,78	46,63
	Strukturpolitik	26,66	27,59	22,46	23,5	33,17	30,5
	Interne Politiken	4,47	5,37	5,30	6,57	6,20	7,4
	Externe Politiken	4,59	3,84	4,23	4,42	4,69	4,7
	Verwaltungsausgaben	4,51	4,74	4,86	5,21	5,36	6,0
	Reserven				•		-
		0,30	0,19	0,21	0,17	0,43	0,4
	Heranführungsstrategien Ausgleichszahlungen	0,00	1,20	1,40	1,75	2,86	2,8 1,4
b)	Zuwachsraten (in %)						
	Ausgaben insgesamt davon:	- 0,5	3,9	- 4,1	6,4	14,5	2,
	Agrarpolitik	2,5	1,8	2,5	4,8	2,9	4
	Strukturpolitik	- 6,0	3,5	- 18,6	4,6	41,1	- 8,
	Interne Politiken	- 8,4	20,1	- 1,3	24,0	- 5,6	20
	Externe Politiken	12,8	- 16,3	10,2	4,5	9,5	1
	Verwaltungsausgaben	6,9	5,1	2,5	7,2	2,9	12
	Reserven	11,1	- 36,7	10,5	- 19,0	152,9	2
	Heranführungsstrategie	,.	30,1	16,7	25,0	54,9	0
	Ausgleichszahlungen			10,7	25,0	34,3	O,
c)	Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
	Agrarpolitik	49,5	48,5	51,9	51,1	45,9	46
	Strukturpolitik	33,2	33,1	28,1	27,6	34,0	30
	Interne Politiken	5,6	6,4	6,6	7,7	6,4	7
	Externe Politiken	5,7	4,6	5,3	5,2	4,8	4
	Verwaltungsausgaben	5,6	5,7	6,1	6,1	5,5	6
	Reserven	0,4	0,2	0,3	0,2	0,4	0
	Heranführungsstrategie	0,0	1,4	1,8	2,1	2,9	2
	Ausgleichszahlungen						1,
Ein	nahmenseite						
a)	Einnahmen insgesamt (in Mrd. €) davon:	86,90	92,72	94,28	95,43	97,50	100,1
	Zölle	11,71	13,11	12,83	11,63	10,71	10,1
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,15	2,16	1,82	1,84	1,43	1,2
	MwSt-Eigenmittel	31,33	35,19	30,69	22,54	24,12	14,3
	BSP/BNE-Eigenmittel	37,51	37,58	34,46	45,85	59,40	74,1
b)	Zuwachsraten (in %) Einnahmen insgesamt						
	davon:	2,8	6,7	1,7	1,2	2,2	2
	Zölle						_
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 3,7	12,0	- 2,1	- 9,4	- 7,9	- 5
	MwSt-Eigenmittel	10,3	0,5	- 15,7	1,1	- 22,3	- 14
	BSP/BNE-Eigenmittel	- 5,3 7,1	12,3 0,2	- 12,8 - 8,3	- 26,6 33,1	7,0 29,6	- 40 24
:)	Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
	Zölle	13,5	14,1	13,6	12,2	11,0	10
	Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,5	2,3	1,9	1,9	1,5	1
	MwSt-Eigenmittel	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7	14
	BSP/BNE-Eigenmittel	30.1		32.0			

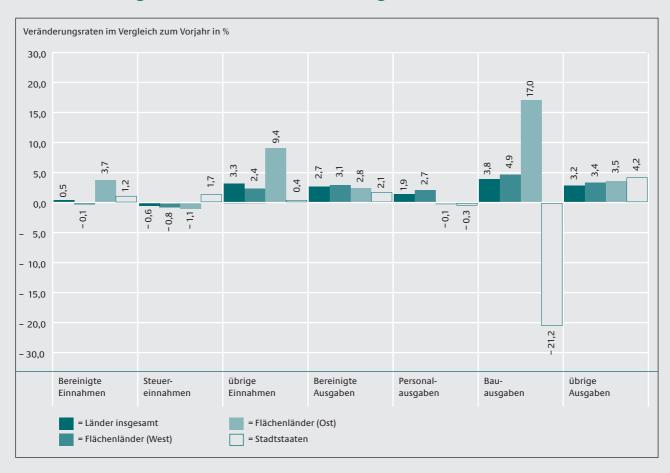
1998 bis 2001 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung (2002 vorl.) und ERH-Jahresbericht.
2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 5/2002, absolute Werte angepasst an HH-Systematik 2004.
2004 Sollansatz gemäß EU-Haushalt für die erweiterte Union.
Stand: September 2003.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003

	Flächenlär	nder (West)	Flächenlä	inder (Ost)	St	adtstaaten	Länder	zusammen
in Mio. €	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	161 773	97 559	51 222	28 253	28 838	17 526	235 879	139 760
darunter:								
Steuereinnahmen	125 473	75 906	23 613	14 607	16 750	10 565	165 836	101 079
übrige Einnahmen	36 300	21 652	27 610	13 646	12 088	6 961	70 044	38 682
Bereinigte Ausgaben	176 883	114 194	54 799	33 248	34 906	23 654	260 633	167 519
darunter:								
Personalausgaben	71 272	48 018	13 778	9 044	11 911	8 037	96 961	65 098
Bauausgaben	2 601	1 369	1 930	870	802	355	5 333	2 594
übrige Ausgaben	103 010	64 807	39 090	23 334	22 193	15 263	158 339	99 827
Finanzierungssaldo	- 15 103	- 16 635	-3 576	-4 995	-6 049	-6 128	-24 729	-27 759

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2003



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats August 2003; in Mio. €

Lfd.	P	August 2002	2		Juli 2003	3	A	ugust 200	3
Nr. Bezeichnung	Bund	Länder³	Ins- gesamt	Bund	Länder³	Ins- gesamt	Bund	Länder³	Ins- gesamt
1 Seit dem 1. Januar gebuchte									
11 Bereinigte Einnahmen ¹									
für das laufende Haushaltsjahr	130 010	139 087	259 581	113 330	123 806	228 881	129 130	139 760	259 583
111 darunter: Steuereinnahmen	115 017	101 647	216 664	99 017	88 832	187 849	113 767	101 079	214 845
112 Länderfinanzausgleich ¹	110.051/	-	150 422	125 1214	44.650	160.770	144 4004	40.550	102.050
113 nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	110 851	39 582	150 433	125 1214	44 658	169 779	144 408 ⁴	48 550	192 958
12 Bereinigte Ausgaben ¹									
für das laufende Haushaltsjahr	172 892	163 130	326 506	160 341	148 708	300 794	181 659	167 519	339 870
121 darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	17 766	63 880	81 646	16 104	57 184	73 288	18 214	65 098	83 313
122 Bauausgaben	2 867	2 499	5 366	2 411	2 199	4 610	2 860	2 594	5 454
123 Länderfinanzausgleich ¹	-	216	216		-208	- 208	-	-268	-268
124 nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	90 372	23 551	113 923	110 094	27 331	137 425	121 142	30 727	151 869
13 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-42 882	-24 043	- 66 925	-47 011	- 24 902	- 71 913	-52 529	-27 759	- 80 288
(Finanzierungssaldo)									
14 Einnahmen der Auslaufperiode des									
Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15 Ausgaben der Auslaufperiode des									
Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	_	_	_	_	_	_	_	_	_
17 Abgrenzungsposten zur Abschluss-									
nachweisung der Bundeshauptkasse/									
Landeshauptkassen ²	28 783	15 715	44 498	17 444	17 303	34 747	25 737	17 733	43 470
2 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21 des noch nicht abgeschlossenen									
Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	_	205	205	_	- 520	- 520	_	- 520	- 520
22 der abgeschlossenen Vorjahre									
(Ist-Abschluss)	-	- 1 437	-1437	-	- 1 134	- 1 134	-	- 1 418	- 1 418
3 Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31 Verwahrungen	10 590	8 064	18 654	12 732	6 558	19 290	10 061	6 731	16 792
32 Vorschüsse	-	10 581	10 581	-	10 541	10 541	-	9 729	9 729
33 Geldbestände der Rücklagen und	-	7 519	7 519	_	6 058	6 058	-	5 967	5 967
Sondervermögen									
34 Saldo (31–32+33)	10 590	5 002	15 592	12 732	2 075	14 807	10 061	2 969	13 030
4 Kassenbestand ohne schwebende	- 3 509	- 4 558	-8 068	- 16 835	- 7 178	- 24 013	- 16 731	- 8 994	- 25 725
Schulden (13+16+17+21+22+34)	5 5 5 5	. 555	0 000	.0000		2.0.5		000.	20.20
5 Schwebende Schulden									
5 Schwebende Schulden 51 Kassenkredit von Kreditinstituten	3 509	4 422	7 932	10 025	C 2C0	22.104	16 721	7 470	24 210
52 Schatzwechsel	3 309	4 422	7 932	16 835	6 269	23 104	16 731 -	7 478	24 210
53 Unverzinsliche Schatzanweisungen	_	_	_	_	_	_	_	_	_
54 Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55 Sonstige	-	177	177	-	-	-	-	90	90
56 Zusammen	3 509	4 599	8 109	16 835	6 269	23 104	16 731	7 568	24 300
6 Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	41	41	0	- 910	- 910	0	- 1 425	- 1 425
7 Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71 Innerer Kassenkredit		1 2 46	1 2 4 6		1 404	1 101		1 40-	1 10-
72 Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-	_	1 340 926	1 340	_	1 461 1 016	1 461 1 016	_	1 427	1 427
kasse/Landeshauptkasse gehörende	_	926	926	-	1016	1 016	-	1 047	1 047
Mittel (einschließlich 71)									

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats August 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	17 862,7	20 205,8°	5 044,6	10 556,4	3 619,2	12 021,0	25 236,1	6 567,6	1 714,8
111	darunter: Steuereinnahmen	13 744,8	15 879,6	2 719,0	8 421,2	1 860,7	8 374,5	20 637,6	4 409,9	1 095,6
112		-	-	262,7	-	253,6	580,7	-	219,6	59,7
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 645,0	2 086,17	1 744,2	2 055,0	1 235,0	3 685,2	10 625,0	2 882,1	852,3
12	Bereinigte Ausgaben ¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	19 665,4	22 163,8 ⁹	6 023,7	12 480,3	4 435,9	13 806,6	31 397,0	8 049,0	2 165,4
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	8 838,5	9 858,6	1 607,4	4 599,6	1 294,8	5 477,4 ³	12 836,9	3 245,1	944,4
122	·	240,7	494,7	146,2	233,0	89,8	152,3	70,3	45,3	39,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	882,8	1 210,9	-	1 486,8	-	-	547,7	_	_
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 339,9	848,28	1 433,9	2 377,3	667,6	2 175,5	7 436,2	2 127,2	493,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 802,7	- 1 958,0°	- 979,1	- 1 923,9	- 816,7	-1 785,6	-6 160,9	- 1 481,4	-450,6
14	Einnahmen der Auslaufperiode des	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Vorjahres Ausgaben der Auslaufperiode des	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Vorjahres Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	(14–15)									
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Landeshaupt- kasse ²	2 305,3	1 472,1	394,9	-330,2	602,3	1 208,0	3 188,8	547,2	355,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen									
	Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	- 471,5	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre									
	(Ist-Abschluss)	204,6	-850,9	-325,7	0,5	- 283,3	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 214,7	1 322,6	1 404,8	-213,7	101,5	583,6	1 147,2	1 079,7	131,6
32	Vorschüsse	1 735,4	2 985,2	3,4	19,2	0,1	1 246,6	379,0	607,8	7,8
33	Geldbestände der Rücklagen und									
	Sondervermögen	208,7	2 999,4	-	523,3	11,5	522,6	299,5	3,5	24,4
34	Saldo (31–32+33)	- 312,0	1 336,8	1 401,4	290,4	112,9	- 140,4	1 067,8	475,4	148,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 76,3	0,0	491,5	- 1 963,1	-384,8	-718,0	- 1 904,3	-458,8	53,2
5	Schwebende Schulden									
5 51	Kassenkredit von Kreditinstituten	_	_	- 540,0	992,4	360,0	560,0	1 950,0	460,0	- 53,2
	Schatzwechsel	_	_	-	-	-	-	-	-	-
	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	_	_	-	-	_	_	_	_
	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	90,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	-540,0	1 082,4	360,0	560,0	1 950,0	460,0	-53,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 76,3 ⁵	0,0	-48,5 ⁵	-880,75	-24,85	- 158,0 ⁵	45,7	1,2	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	-	-	498,4	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	71,7	-	522,6	296,8	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne September-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁵ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne "Interne Kredite" beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁵ Ohne Tilgung aus dem "internen Darlehen" aus Privatisierungserlösen 27,0 Mio. €. – ⁵ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 20 117,0 Mio. €, die Ausgaben 22 003,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 886,0 Mio. €.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats August 2003; in Mio. €

Lfd. Nr. Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thü- ringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder zusammen ⁶
1 Seit dem 1. Januar gebuchte								
11 Bereinigte Einnahmen ¹								
für das laufende Haushaltsjahr	9 547,6	5 291,5	4 213,2	4 750,0	10 299,8	2 052,8	5 208,5	139 760,1
111 darunter: Steuereinnahmen	4 828,0	2 657,6	3 343,1	2 541,9	5 282,8	1 092,5	4 189,7	101 078,5
112 Länderfinanzausgleich ¹	591,8	342,3	-41,0	319,7	1 593,2	249,2	_	-
113 nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 000,1	2 530,9	2 699,1	1 615,1	10 215,0	743,9	935,7	48 549,7
12 Bereinigte Ausgaben ¹								
für das laufende Haushaltsjahr	10 302,2	6 292,3	5 285,4	6 193,7	13 710,3	2 863,9	7 115,2	167 518,6
121 darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 823,7	1 703,9	2 217,9	1 613,7	4 862,4	859,1	2 315,0	65 098,4
122 Bauausqaben	387,7	96,5	93,1	149,7	62,7	78,9	213,0	2 593,5
123 Länderfinanzausgleich ¹	361,1	90,5	95,1	149,7	02,7	70,9	35,3	- 268,0
124 nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	767,8	1 551,1	2 144,4	924,9	6 076,1	364,3	0,0	30 727,4
13 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
(Finanzierungssaldo)	- 754,6	- 1 000,8	-1 072,2	- 1 443,7	-3 410,5	- 811,1	-1 906,7	-27 758,5
14 Einnahmen der Auslaufperiode des								
Vorjahres	-	_	-	-	_	_	_	
15 Ausgaben der Auslaufperiode des								
Vorjahres	-	_	_	-	-	-	_	
16 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	_	_	_	_	_	_	_	
17 Abgrenzungsposten zur Abschluss-	_	_	_	_	_	_	_	
nachweisung der Landeshaupt-								
kasse ²	234,2	922,1	570,9	690,2	4 120,9	512,0	938,5	17 732,
Kasse	254,2	922,1	370,9	090,2	4 120,9	312,0	936,3	17 732,
2 Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21 des noch nicht abgeschlossenen								
Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	_	-	- 48,2	-	-	_	- 519,
22 der abgeschlossenen Vorjahre								
(Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	- 162,9	- 1 417,
3 Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31 Verwahrungen	500,3	198,7	-	- 105,2	- 1 105,4	219,0	251,5	6 730,
32 Vorschüsse	295,5	342,4	-	22,3	-	-8,0	2 091,9	9 728,0
33 Geldbestände der Rücklagen und								
Sondervermögen	305,3	23,9	-	6,6	71,7	-2,7	969,1	5 966,
34 Saldo (31–32+33)	510,1	- 119,8	-	- 120,9	-1 033,7	224,3	-871,3	2 969,
4 Kassenbestand ohne schwebende								
Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 10,3	- 198,5	-501,3	-922,6	-323,3	- 74,8	-2 002,4	- 8 993,8
5 Schwebende Schulden								
51 Kassenkredit von Kreditinstituten	-	199,1	-	1 054,6	345,4	101,1	2 049,0	7 478,
52 Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	
53 Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	
54 Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	
55 Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	90,0
56 Zusammen		199,1	-	1 054,6	345,4	101,1	2 049,0	7 568,4
6 Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 10,3 ⁵	0,6	-501,3 ⁵	132,0	22,1	26,3	46,6	- 1 425,
7 Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71 Innerer Kassenkredit	-	-	-	5,7	-	-	922,5	1 426,6
72 Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-								
kasse/Landeshauptkasse gehörende								
Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	0,9	71,7	-40,8	123,7	1 046,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne September-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ˀ Ohne "Interne Kredite" beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁵ Ohne Tilgung aus dem "internen Darlehen" aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. – ⁵ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 20 117,0 Mio. €, die Ausgaben 22 003,1 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 886,0 Mio. €.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige	im Inland ¹	Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen-		Bruttoinlandspr	odukt (real)		
			·		quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote	
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	Verä	nderung in % p. a	а.	in %	
1991	38,5		50,8	2,1	5,2				23,8	
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0	
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0	
1994	37,3	-0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1	
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4	
1996	37,3	-0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8	
1997	37,2	-0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4	
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4	
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6	
2000	38,7	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7	
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,4	20,3	
20025	38,7	-0,6	50,9	3,4	8,1	0,2	0,8	1,3	18,6	
1997/1992	37,4	- 0,4	49,8	3,2	7,8	1,0	1,4	2,2	22,6	
2002/1997	38,2	0,8	50,5	3,4	8,1	1,6	0,8	1,5	20,8	

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator) Veränderung in 9	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3}	Lohnstück- kosten ⁴
				veranderang in 7	ор. а.		
1991							
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	-0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	-0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	-4,4	1,2	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,5	2,0	1,3
2002 ⁵	1,8	1,6	1,9	1,0	1,3	1,4	0,7
1997/1992	3,0	2,0	0,2	1,9	2,4	2,4	1,2
2002/1997	2,4	0,8	0,0	0,9	1,1	1,3	0,7

¹ Preisbasis 1995.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

² Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Vorläufige Ergebnisse.

² Preisbasis 2000.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Vorläufige Ergebnisse.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderur	ıg in % p. a.	Mrd.€	Mrd. €		Anteile	am BIP in %	, ,
1991			- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	-0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	-0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	17,0	19,0	7,52	- 7,88	33,8	33,4	0,4	- 0,4
2001	6,6	1,7	41,24	11,95	35,3	33,3	2,0	0,6
2002 ²	3,6	-3,4	90,67	65,22	35,9	31,6	4,3	3,1
1997/1992	5,7	4,4	10,1	- 11,9	24,8	24,2	0,6	- 0,7
2002/1997	7,7	6,1	35,0	7,7	31,9	30,2	1,7	0,4

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²	Verä	nderung
		Veränderung in	% p. a.	in	ı %	ir	% p. a.
1991				72,5	72,5		
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,5	1,6
2000	2,7	-0,3	3,9	72,9	73,7	1,6	0,8
2001	2,2	2,8	2,0	72,7	73,7	1,9	1,7
20024	1,9	4,8	0,8	71,9	73,0	1,5	-0,4
1997/1992	2,5	3,9	1,9	73,4	74,0	2,3	- 1,5
2002/1997	2,3	2,2	2,3	72,1	73,1	1,5	0,8

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Vorläufige Ergebnisse.

Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.
 Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Vorläufige Ergebnisse.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränd	erungen in 9	6						
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	1,0	2,0	5,7	1,7	2,9	0,6	0,2	0,4	2,0
Belgien	4,4	1,7	3,1	2,4	3,7	0,8	0,7	1,2	2,3
Dänemark	- 0,6	3,6	1,0	2,8	2,8	1,4	1,6	1,5	2,2
Griechenland	0,7	2,5	0,0	2,1	4,2	4,1	4,0	3,6	3,8
Spanien	1,3	2,3	3,8	2,8	4,2	2,7	2,0	2,0	3,0
Frankreich	1,6	1,5	2,6	1,7	3,8	1,8	1,2	1,1	2,3
Irland	3,1	3,1	7,6	10,0	10,0	5,7	6,0	3,3	4,
Italien	3,5	3,0	2,0	2,9	3,1	1,8	0,4	1,0	2,
Luxemburg	0,8	2,9	5,3	1,3	8,9	1,0	0,4	1,1	2,
Niederlande	1,2	3,1	4,1	3,0	3,3	1,3	0,3	0,5	1,7
Österreich	2,2	2,4	4,7	1,6	3,5	0,7	1,0	1,2	2,0
Portugal	4,6	2,8	4,0	4,3	3,7	1,6	0,5	0,5	2,0
Finnland	5,1	3,1	0,0	4,1	5,5	0,6	1,6	2,2	2,9
Schweden	1,7	2,2	1,1	4,0	4,4	1,1	1,9	1,4	2,
Vereinigtes Königreich	- 2,1	3,6	0,8	2,9	3,1	2,1	1,8	2,2	2,0
Euro-Zone	1,9	2,2	3,6	2,2	3,5	1,5	0,9	1,0	2,3
EU-15	1,3	2,5	3,0	2,4	3,5	1,6	1,1	1,3	2,
Japan	2,8	4,6	5,2	1,9	2,8	0,4	0,3	1,5	1,
USA	- 0,2	3,8	1,7	2,7	3,8	0,3	2,4	2,4	2,

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003. Stand: April 2003.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränd	erungen in 🤊	6						
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	5,8	1,8	2,7	1,9	1,5	2,1	1,3	1,3	1,2
Belgien	6,7	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,4	1,3
Dänemark	9,6	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,4	1,9
Griechenland	22,5	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,8	3,
Spanien	15,7	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,2	2,
Frankreich	13,0	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	1,9	1,!
Irland	18,6	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,2	3,7
Italien	20,8	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,4	1,9
Luxemburg	7,5	4,3	3,6	2,2	3,8	2,4	2,1	2,1	1,6
Niederlande	7,4	3,0	2,2	1,4	2,3	5,1	3,9	2,7	1,
Österreich	5,7	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,8	1,8
Portugal	21,6	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,2	2,3
Finnland	11,1	5,5	5,5	0,4	3,0	2,7	2,0	1,7	1,
Schweden	12,4	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,5	1,8
Vereinigtes Königreich	16,2	5,3	7,5	3,1	0,8	1,2	1,3	1,9	1,8
Euro-Zone	11,8	5,7	4,4	3,0	2,1	2,4	2,2	2,1	1,
EU-15	12,4	5,6	5,1	3,0	1,9	2,3	2,1	2,1	1,
Japan	7,5	1,8	2,6	- 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,6	- 0,
USA	10,8	3,5	4,6	2,3	3,4	2,8	1,6	2,0	1,

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003. Stand: April 2003.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004		
Deutschland	2,7	7,2	4,8	8,0	7,8	7,7	8,2	8,9	8,9		
Belgien	7,4	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	7,8	7,8		
Dänemark	4,9	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,5	5,0	4,8		
Griechenland	2,7	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	9,9	9,5	9,2		
Spanien	8,5	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,4	11,6	11,4		
Frankreich	6,2	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,7	9,2	9,		
Irland	8,0	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,4	5,6	5,0		
Italien	7,1	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	9,1	8,8		
Luxemburg	2,4	2,9	1,7	2,9	2,3	2,0	2,4	3,3	3,		
Niederlande	6,2	7,9	5,8	6,6	2,8	2,4	2,7	4,2	5,		
Österreich	1,1	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,5	4,4		
Portugal	7,6	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,5	7,3		
Finnland	4,7	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,4	9,3		
Schweden	2,0	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,3	5,3		
Vereinigtes Königreich	5,6	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,1	5,		
Euro-Zone	5,6	9,3	7,6	10,6	8,5	8,0	8,3	8,8	8,		
EU-15	5,5	9,4	7,3	10,1	7,8	7,3	7,6	8,0	8,		
Japan	2,0	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,2	5,4	5,		
USA	7,1	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	6,		

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003. Stand: April 2003.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt Veränderungen geg			Verbraucherpreise Jenüber Vorjahr in %			Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts					
	2001	2002	2003 ¹	20041	2001	2002	2003 ¹	20041	2001	2002	2003 ¹	200
Gemeinschaft der unabhängigen												
Staaten	6,4	4,8	4,4	3,9	20,4	14,5	12,3	9,1	7,7	6,9	7,6	2
Russische Föderation	5,0	4,3	4,0	3,5	20,7	16,0	13,4	9,7	10,5	8,8	10,1	6
Ukraine	9,2	4,6	4,5	4,0	12,0	0,8	5,0	5,0	3,7	7,6	4,7	2
Asien	5,0	6,3	6,0	6,3	2,6	1,8	2,3	3,1	2,8	3,5	2,7	2
China	7,3	8,0	7,5	7,5	0,7	- 0,8	0,2	1,5	1,5	1,9	1,4	
Indien	4,2	4,9	5,1	5,9	3,8	4,3	4,1	5,5	-	0,9	0,5	(
Indonesien	3,4	3,7	3,5	4,0	11,5	11,9	9,0	8,4	4,9	4,2	2,2	2
Korea	3,0	6,1	5,0	5,3	4,1	2,8	3,5	3,2	2,0	1,3	0,3	(
Thailand	1,9	5,2	4,2	4,3	1,7	0,6	1,7	0,9	5,4	6,0	2,8	2
Türkei	- 7,5	6,7	5,1	5,0	54,4	45,0	24,7	14,5	2,3	- 1,0	- 1,8	- '
Lateinamerika	0,6	- 0,1	1,5	4,2	6,4	8,7	11,0	6,9	- 2,8	- 1,0	- 1,1	- 1
Argentinien	- 4,4	- 11,0	3,0	4,5	- 1,1	25,9	22,3	13,0	- 1,7	8,3	7,8	6
Brasilien	1,4	1,5	2,8	3,5	6,8	8,4	14,0	5,5	- 4,6	- 1,7	- 1,5	- 2
Chile	2,8	2,0	3,1	4,8	3,6	2,5	3,3	2,9	- 1,8	-0,9	- 1,5	- '
Mexiko	- 0,3	0,9	2,3	3,7	6,4	5,0	4,3	3,3	- 2,9	- 2,2	-2,2	- 3
Venezuela	2.8	- 8,9	- 17.0	13,4	12,5	22,4	37,5	40,9	3,1	8,1	4,9	5

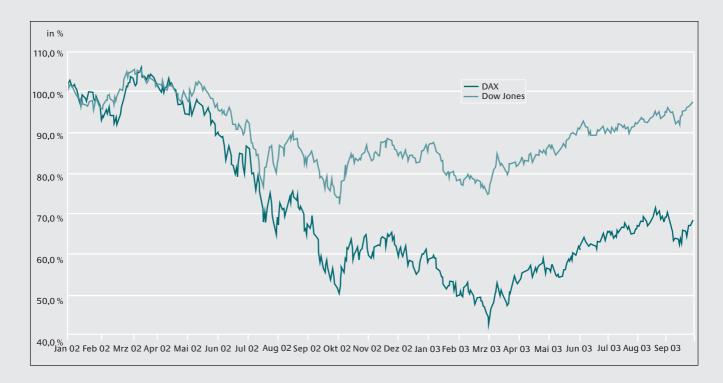
Quelle: IWF World Economic Outlook,

¹ Prognose des IWF Stand: April 2003

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

1. Januar 2002 = 100 %

(1. Januar 2002 bis 14. Oktober 2003)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices

	Stand 14.10.2003	Anfang 2003	Änderung zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2002	
Dow Jones	9 812,98	8 342	17,64 %	7 197	11 750	
Eurostoxx 50	2 527,00	2 508	0,78 %	1 904	5 220	
Dax	3 538,13	2 893	22,32 %	2 189	8 136	
CAC 40	3 344,90	3 064	9,17 %	2 401	6 945	
Nikkei	10 966,43	8 579	27,83 %	7 604	20 434	

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.10.2003	Anfang 2003	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,41	3,82	-	3,57	5,43
Bund	4,34	4,18	-0,07	3,79	5,26
Japan	1,42	0,90	-2,99	0,63	1,67
Brasilien	9,53	18,91	5,12	9,69	30,78

Währungen

	Aktuell 15.10.2003	Anfang 2003	Änderung zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,16	1,05	10,80 %	0,86	1,19
Yen/Dollar	109,55	118,74	- 7,74 %	115,44	134,37
Yen/Euro	127,26	124,63	2,11 %	112,12	140,57
Pfund/Euro	0,70	0,65	7,15 %	0,61	0,72

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Presse und Information Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de Berlin, Oktober 2003

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH, Berlin/Köln

Druck:

Druckhaus Am Treptower Park GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unhabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.